

N i e d e r s c h r i f t
über die 49. bis 55. - öffentliche - Sitzung (Reise)
des Ausschusses für Inneres und Sport
vom 1. bis 7. September 2024
Polen

Tagesordnung:

Seite:

**Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über verschiedene Aspekte der
polnisch-deutschen Zusammenarbeit**

49. Sitzung am 1. September 2024

Besuch des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei-
und Zollzusammenarbeit in Świecko..... 4

50. Sitzung am 2. September 2024

Briefing durch die Deutsche Botschaft Warschau	14
Gespräch mit der Referatsleiterin „Migrationspolitik“ im polnischen Innenministerium.....	15
Gespräch mit der Leiterin des Programms EU- und Migrationspolitik des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP).....	31
Besuch des Hauptquartiers der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und Gespräch zu den Aufgaben von Frontex sowie den Möglichkeiten der Grenzsicherung	39
Gespräch mit dem Direktor des Instituts Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität (ENES)	53
Besuch des Jüdischen Historischen Instituts.....	54

51. Sitzung am 3. September 2024

Gespräch mit dem Vorsitzenden der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Sejm.....	55
Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Körperkultur, Sport und Tourismus im Sejm	65
Gespräch mit Vertretern der Stadt Lubaczów	72

52. Sitzung am 4. September 2024

Besuch des polnisch-ukrainischen Grenzübergangs Budomierz.....	73
Besuch der Stadt Lubaczów	73

53. Sitzung am 5. September 2024

Briefing durch das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland Krakau.....	74
--	----

54. Sitzung am 5. September 2024

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Klempenow.....	75
---	----

55. Sitzung am 6. September 2024

Besuch des Staatlichen Museums und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.....	78
Besuch der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim.....	78
Besuch der Auschwitz Jewish Center Foundation.....	78

Anwesend:**Ausschussmitglieder:**

1. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Deniz Kurku (SPD)
3. Abg. Alexander Saade (SPD)
4. Abg. Julius Schneider (SPD)
5. Abg. Rüdiger Kauroff (in Vertretung des Abg. Ulrich Watermann) (SPD)
6. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
7. Abg. André Bock (CDU)
8. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
9. Abg. Oliver Schatta (in Vertretung der Abg. Birgit Butter) (CDU)
10. Abg. Lara Evers (CDU)
11. Abg. Christian Calderone (in Vertretung des Abg. Alexander Wille) (CDU)
12. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
13. Abg. Nadja Weippert (GRÜNE)
14. Abg. Stephan Bothe (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer:	49. Sitzung:	12:28 Uhr bis 14:22 Uhr.
	50. Sitzung	09:00 Uhr bis 09:52 Uhr, 10:27 Uhr bis 11:46 Uhr, 12:07 Uhr bis 13:03 Uhr, 14:34 Uhr bis 15:33 Uhr, 16:08 Uhr bis 19:15 Uhr und 20:00 Uhr bis 21:45 Uhr.
	51. Sitzung:	10:09 Uhr bis 11:04 Uhr, 11:13 Uhr bis 12:00 Uhr und 17:40 Uhr bis 18:35 Uhr.
	52. Sitzung:	10:30 Uhr bis 12:02 Uhr und 12:35 Uhr bis 15:30 Uhr.
	53. Sitzung:	11:50 Uhr bis 13:05 Uhr.
	54. Sitzung:	13:30 Uhr bis 15:10 Uhr.
	55. Sitzung:	09:30 Uhr bis 16:30 Uhr.

Tagesordnung:

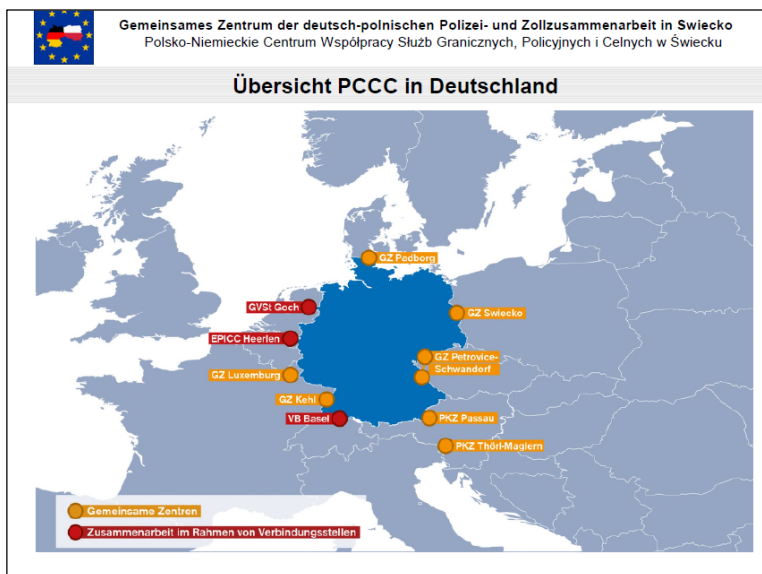
Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über verschiedene Aspekte der polnisch-deutschen Zusammenarbeit

49. Sitzung am 1. September 2024

Besuch des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko

Der deutsche Koordinator des Gemeinsamen Zentrums (GZ), Polizeidirektor **Ulf Buschmann**, die polnische Koordinatorin und Kontingentleiterin des polnischen Zolls, **Kinga Lukaszewicz**, und **Stefan Krella**, seitens der Polizei Brandenburg verantwortlich für die operative Arbeit im GZ, begrüßen die Ausschussmitglieder und stellen die Arbeit des GZ anhand einer Präsentation¹ ([Anlage 1](#)) vor.

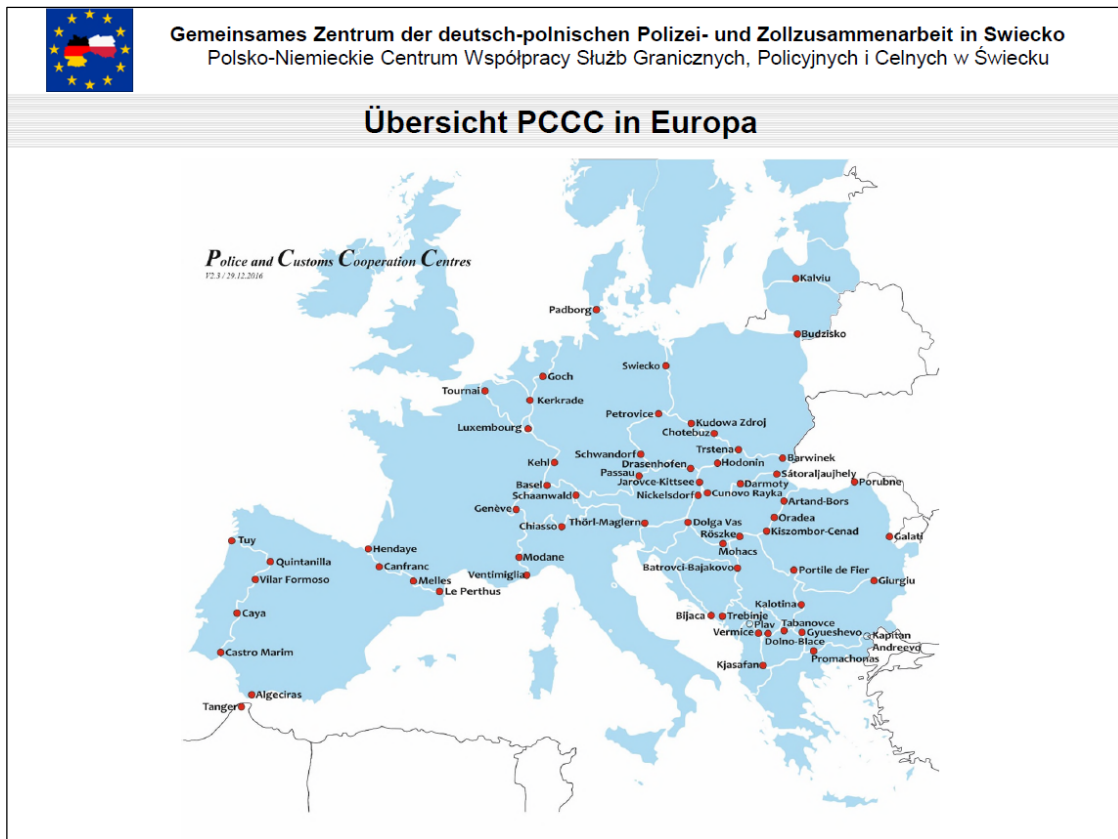
Ulf Buschmann erklärt, für die Polizei des Landes Brandenburg habe die Zusammenarbeit mit Polen einen hohen Stellenwert. Sie sei bereits in der Verfassung des Landes Brandenburg festgelegt² und funktioniere gut, egal welche Regierung in Brandenburg bzw. im Bund und in Polen an der Macht sei. Dafür sei er sehr dankbar, denn aus polizeilicher Sicht sei eine gute Zusammenarbeit sehr wichtig, da es insbesondere im Bereich der Eigentumsdelikte sehr viele Sachverhalte gebe, in denen die Polizei bei auf Brandenburg bzw. Deutschland beschränkten Ermittlungen nicht vorankommen würde.



Gemeinsame Zentren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit bestünden mit allen Nachbarländern Deutschlands. Lediglich in der Schweiz gebe es mit einer Verbindungsstelle in Basel eine besondere Form. Am längsten bestehe das 1999 geschaffene Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl.

¹ Diese und alle weiteren Anlagen zur Niederschrift sind aufgrund ihrer Dateigröße separat mit den Sitzungsunterlagen des Ausschusses für Inneres und Sport im Intranet des Landtags verfügbar.

² Artikel 2 Abs. 1 lautet: „Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt und hierbei insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Polen pflegt und weiterentwickelt.“



Nach diesem Muster hätten sich mehr als 50 grenzübergreifende Dienststellen im europäischen Raum aufgestellt. Mittlerweile gebe es sogar das erste außereuropäische Gemeinsame Zentrum - ebenfalls gefördert durch die Europäische Union - von Panama und Costa Rica. Seitens Interpol habe es zudem vor Kurzem geheißen, dass diese Form der Zusammenarbeit durchaus auch im afrikanischen Raum erfolgreich sein könnte, um in den Grenzgebieten besser kooperieren zu können.

In Świecko sei es gelungen, eine einzige Grenzdienststelle einzurichten, obwohl drei Bundesländer betroffen seien. Das Gemeinsame Zentrum mit Tschechien verfüge zum Beispiel mit Petrovice und Schwandorf über zwei Standorte, die Sachsen bzw. Bayern zugeordnet seien. An dem Gemeinsamen Zentrum mit Polen seien ursprünglich auch alle drei involvierten Bundesländer interessiert gewesen; denn sowohl in Brandenburg als auch in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen habe es vor dem Wegfall der Grenzkontrollen durch den Beitritt Polens zum Schengen-Raum im Jahr 2007 Vorläuferdienststellen gegeben. Letztlich habe Polen den Standort Świecko vorgeschlagen, da dort bereits eine ehemalige Grenzkontrollstation und die entsprechende Infrastruktur vorhanden gewesen sei, und die Länder seien diesem Vorschlag gefolgt. Im Übrigen werde auch das Ziel verfolgt, nur eine Dienststelle pro Nachbarland zu unterhalten, da dies die Kosten und den Personalaufwand reduziere. Polen verfüge noch über je zwei Gemeinsame Zentren mit Tschechien und der Slowakei sowie eines mit Litauen.

Derzeit fänden insbesondere aufgrund der Forderung der Länder Brandenburg und Sachsen mit Blick auf die wachsende Zahl illegaler Einreisen wieder stichprobenartig Grenzkontrollen durch die Bundespolizei statt. Der auf deutscher Seite eingerichtete Kontrollpunkt stau den Verkehr einspurig und Sorge für erhebliche Verzögerungen beim Passieren der Grenze. Um dieses Problem zu lösen, bedürfe es mittelfristig wohl einer baulichen Lösung.

Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko
Polsko-Niemieckie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych w Świecku

GZ PNCW Świecko




Datenaustausch und Koordinierung von Einsatzmaßnahmen
Wymiana danych i koordynacja interwencji



- 56 Beamte aus Polen und Deutschland
56 niemieckich i polskich funkcjonariuszy
- 24 Stunden besetzt
praca 24/7
- 30.000 Ersuchen im Jahr
30 tys. wniosków rocznie

Im GZ in Świecko arbeiteten rund 60 Personen, etwa 40 aus Deutschland und 20 aus Polen. Damit sei Świecko neben dem deutsch-französischen und dem deutsch-tschechischen GZ eines der größten in Europa. Auch das Aufkommen an Sachverhalten in Świecko sei enorm hoch und deutlich höher als bei anderen GZ an den deutschen Grenzen.

Dass die Bundespolizei und die Polizei Brandenburg so stark vertreten seien, liege insbesondere daran, dass der Rundum-die-Uhr-Dienst durch diese abgedeckt werde. Die übrigen Kolleginnen und Kollegen seien ausschließlich im Tagesdienst eingesetzt.

Kinga Lukaszewicz, selbst dem Zoll zugeordnet, ergänzt, auf polnischer Seite arbeiteten insgesamt 19 Kolleginnen und Kollegen im GZ.

Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko Polsko-Niemieckie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych w Świecku		
Deutsche Behörden / Służby niemieckie		
	Bundespolizei: Policja Federalna:	18 Mitarbeiter funkcjonariuszy
	Polizei Brandenburg: Policja Brandenburgia:	14 Mitarbeiter funkcjonariuszy
	Polizei Mecklenburg-Vorpommern: Policja Meklemburgia-Pomorze Przednie:	1 Mitarbeiter funkcjonariusz
	Polizei des Freistaates Sachsen: Policja Saksonia:	1 Mitarbeiter funkcjonariusz
	Polizei Berlin: Policja Berlin:	1 Mitarbeiter funkcjonariusz
	Generalzolldirektion: Służba Celna:	2 Mitarbeiter funkcjonariusza
	Gesamtstärke: Łącznie:	37 Mitarbeiter funkcjonariuszy

Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko Polsko-Niemieckie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych w Świecku		
Polnische Behörden / Służby polskie		
	Grenzschutz: Straż Graniczna:	6 Mitarbeiter funkcjonariuszy
	Polizei: Policja:	8 Mitarbeiter funkcjonariuszy
	Zolldienst: Służba Celna:	5 Mitarbeiter funkcjonariuszy
	Gesamtstärke: Łącznie:	19 Mitarbeiter funkcjonariuszy

Herr Buschmann sei der deutsche Koordinator, sie die polnische Koordinatorin. Auch auf polnischer Seite gebe es den Lagedienst, der 24 Stunden besetzt sei.

Ulf Buschmann fährt fort, der wesentliche Unterschied zwischen der deutschen und der polnischen Organisationen bestehe darin, dass von deutscher Seite alle Kolleginnen und Kollegen als Angehöriger einer Dienststelle betrachtet würden.

Er als Dienststellenleiter sei hinsichtlich der allgemeinen Dienstdurchführung und des Ablaufs allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber weisungsbefugt, sein Stellvertreter von der Bundespolizei ebenso.



Neben dem gemeinsamen Lagedienst verfüge die Dienststelle über die üblichen Bereiche wie ein Geschäftszimmer und eine Sachbearbeitung für kompliziertere Sachverhalte, die nicht im Rahmen des Lagedienstes abzuarbeiten seien, beispielsweise die Begleitung kriminalpolizeilicher Ermittlungen. Ferner verfüge man über einen Dolmetscherdienst mit zwei Dolmetschern. Zwar müsse jede Mitarbeiterin bzw. jeder Mitarbeiter über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen, um die tägliche Arbeit erledigen zu können, aber bei komplexeren Sachverhalten sei ein professioneller Dolmetscher notwendig. Da diese Aufgaben von deutscher Seite übernommen würden, sei dort auch mehr Personal vorhanden.

Kinga Lukaszewicz fügt hinzu, sie verfüge nicht über die Befugnisse einer Dienststellenleitung. Sie habe einen Stellvertreter vom Grenzschutz und einen von der Polizei, die jeweils für ihren Bereich verantwortlich seien.

Ulf Buschmann erklärt weiter, jeder habe sein polizeiliches System und seine Zuständigkeitsbereiche. In seiner Funktion als Koordinator mische er sich beispielsweise nicht in die Bearbeitung von Migrationsfragen ein, für die die Bundespolizei verantwortlich sei. Er trage allerdings die Verantwortung für das Funktionieren der Dienststelle insgesamt. Dabei gehe es zum Beispiel um Dienstpläne und Abläufe. So gebe es auch eine gemeinsame Geschäftsordnung für die Bereiche auf deutscher Seite.

Bedauerlich sei, dass auch die IT- und Vorgangsbearbeitungssysteme getrennt seien. Dies verkompliziere die Arbeit mitunter. Die Länderpolizeien und die Bundespolizei könne sich Daten sicher übersenden, da man sich in einer gemeinsamen Cloud befinde. Zur polnischen Seite sei jedoch keine entsprechende Schnittstelle vorhanden. Vermutlich werde aber bald mit dem System von Europol, der Secure Information Exchange Network Application (SIENA), eine Möglichkeit für den sicheren Datentransfer zur Verfügung stehen. Für den Einsatz warte man nur noch auf die Zustimmung der Hauptkommandantur der polnischen Polizei. Dennoch werde jeder Bereich daneben auch weiterhin sein eigenes System verwenden.

In einem Polizeivertrag seien die Zuständigkeiten geregelt. Das Gebiet auf der Karte innerhalb der roten Linien zeige den Zuständigkeitsbereich der Polizei, die über das GZ Informationen zwischen den Behörden austauschen könnten. Außerhalb dieses Bereichs müsse über das Bundeskriminalamt bzw. die polnische Hauptkommandantur gegangen werden. Dies sei auf polnischen Wunsch vertraglich so geregelt. Lediglich in Ausnahmefällen sei es möglich, außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs zu unterstützen.



Bis zur grünen Linie dürfe der polnische Grenzschutz agieren. Aber dessen Hauptkommandantur habe keinen direkten Kontakt zum BKA, sondern müsse diesen über die polnische Polizei aufnehmen. Insofern bediene der Grenzschutz durchaus ganz Polen. Der Zoll hingegen sei in ganz Polen und ganz Deutschland tätig. Das GZ verstehe sich als eine Art Servicedienststelle, die Maßnahmen vor Ort würden von den örtlichen Polizeidienststellen und Leitstellen angewiesen und kontrolliert.

Auf eine entsprechende Frage von Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD) erläutert **Ulf Buschmann**, dass Terrorismus in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Prinzip keine Rolle spiele. Manchmal gebe es Versuche, in Polen Waffen zu beschaffen, dies aber eher durch Niederländer als durch Deutsche. Ferner würden im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine hin und wieder Waffen sichergestellt.

Stefan Krella erläutert im Folgenden die Aufgaben des GZ. Zunächst gehe es um den bereits erwähnten Informationsaustausch. Dabei gehe es in erster Linie um größere Lagen, wie beispielhaft auf der vorangehenden Folie zu sehen.



Ein weiterer Bereich sei der Datenaustausch. Die polnischen Auskunftssysteme funktionierten sehr gut. In der zentralen Datenbank sei von fast jedem polnischen Bürger ein Bild hinterlegt. Familiäre Verhältnisse seien ebenfalls abgebildet, was für eine Ermittlung sehr komfortabel sei, da zum Beispiel Familienangehörige nach dem Verbleib einer Person befragt werden könnten.

Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko
Polsko-Niemieckie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych w Świecku

Aufgaben / Zadania

2. Datenaustausch / 2. Wymiana danych



Verkehrskontrollen /
Kontrolle ruchu drogowego



Schleusungen/Migration /
Przemyt ludzi



KFZ-Verschlebung /
Przemyt kradzionych aut



Diebstahl / Betrug /
Kradzież / Oszustwo



Zigaretten schmuggel /
Przemyt papierosów

Der interessanteste Bereich sei die Koordinierung von Einsatzmaßnahmen. Lebensrettungen hätten zugenommen, da die Arbeit des GZ mittlerweile bekannt sei und viele Notrufe dort aufliefen, bei denen es insbesondere um sprachliche Vermittlung gehe, wenn zum Beispiel ein polnischer Bürger in Deutschland versorgt werden müsse bzw. ein Deutscher in Polen. Auch beispielweise bei Suizidankündigungen könne das GZ vermittelnd tätig werden, und bisher sei es in der Regel gelungen, die betroffenen Personen rechtzeitig ausfindig zu machen. Dies zeige auch, wie reaktionsschnell das GZ sei.

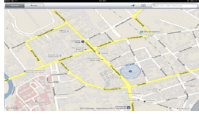
Gemeinsames Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko
Polsko-Niemieckie Centrum Współpracy Służb Granicznych, Policyjnych i Celnych w Świecku

Aufgaben / Zadania

3. Koordinierung Einsatzmaßnahmen / 3. Koordynacja działań w nagłych sytuacjach



GPS-Ortung / Observation /
lokalizacja-GPS / obserwacja



Nacheile / Pościgi




Lebensrettung / Fahndung /
Ratowanie życia / Poszukiwania



Bezüglich der grenzüberschreitenden Nacheile seien die Zuständigkeitsbereiche nicht so streng auszu legen. Unter gewissen Voraussetzungen seien die Verfolgung eines Fahrzeugs, die Festnahme von Personen und die Übergabe an die polnische Polizei bis an die Schengen-Grenzen möglich. Dabei müsse immer Kontakt zur Leitstelle gehalten werden und das Fahrzeug als Polizei-Fahrzeug erkennbar sein. Dabei reiche das Blaulicht. Die grenzüberschreitende Nacheile mit dem Hubschrauber sei, anders als die Grafik suggeriere, nicht möglich. Dieser dürfe nur bis zur Staatsgrenze fliegen. Dies gebe der Polizeivertrag mit Polen vor, auch wenn er sonst erhebliche Möglichkeiten beinhalte. So dürfe beispielsweise ein deutscher Poli-



zeibeamter bei einer entsprechenden Gefahrensituation im Rahmen der Befugnisse der polnischen Polizei selbstständig handeln. Dabei dürften alle zum Standard gehörenden Führungs- und Einsatzmittel eingesetzt werden.

Um zu demonstrieren, wie eine solche Nacheile ablaufen kann, zeigt Stefan Krella den Ausschussmitgliedern eine Aufzeichnung aus einem Polizeiwagen, der ein gestohlenes Auto verfolgt.

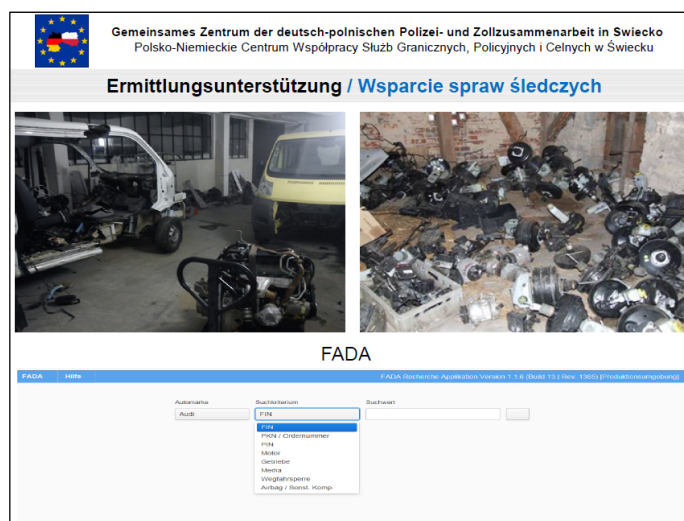
Im Anschluss weist **Ulf Buschmann** darauf hin, dass sich bei Nacheilen immer die Frage stelle, inwiefern sie noch gerechtfertigt seien bzw. wann sie für die Beamten und unbeteiligte Verkehrsteilnehmer zu gefährlich würden.

Stefan Krella fährt fort und berichtet, dass 2023 insgesamt 37 grenzüberschreitende Nacheilen stattgefunden hätten, davon 34 von Deutschland nach Polen und 3 von Polen nach Deutschland.

Ein weiterer Bereich sei die technische Ortung. Früher sei es dabei in erster Linie um GPS-Ortungen gegangen. Mittlerweile mache die Ortung per AirTag die Hälfte der Ortungen aus. Es würden nicht nur Autos geortet, auch Maschinen, Rasenmäher und Ähnliches würden auf diese Weise aufgefunden. Allerdings würden die vom Grenzschutz sichergestellten Gegenstände häufig nicht abgeholt, da dieser Aufwand, oft den Wert überwiege. Werde etwas in Polen geortet, informiere das GZ die betroffene polnische Dienststelle, die dann das Objekt sicherstelle und versuche, die Täter zu ermitteln. Diese nutzten allerdings auch bereits Techniken, um Signale zu stören oder die Sender abzuschalten. Im vergangenen Jahr habe man Sachwerte in einem Wert von mehreren Millionen Euro sicherstellen können.

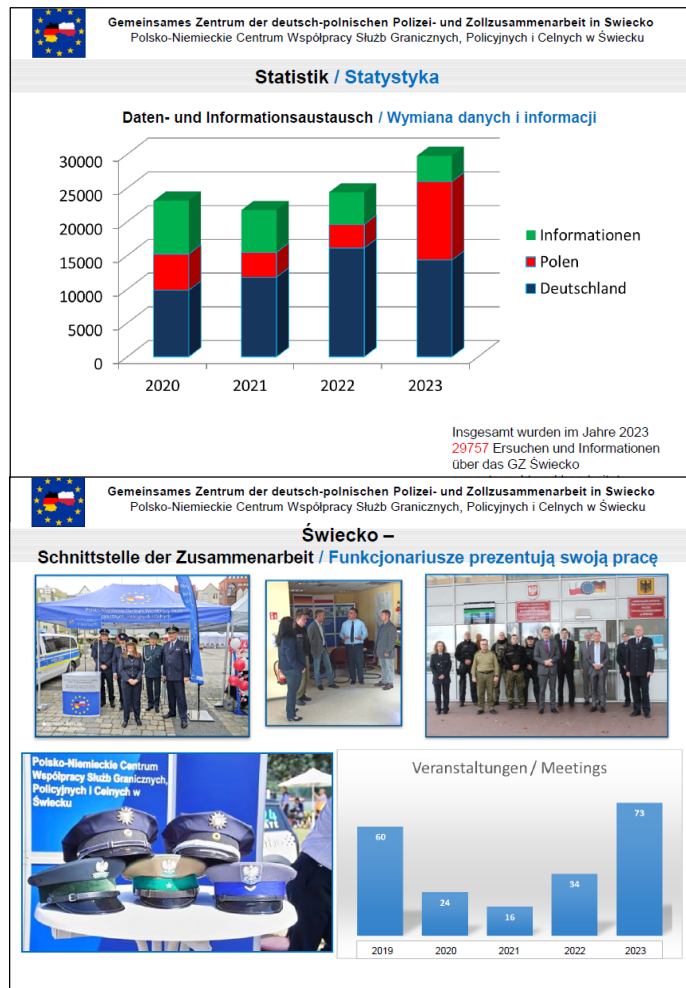


Ulf Buschmann berichtet, das GZ unterstütze die Kollegen in Polen bei Ermittlungen, wenn es beispielsweise um die Identifikation von Fahrzeugteilen anhand von Nummern gehe. Autos würden in der Regel zerlegt und die Einzelteile über die Schengen-Grenze gebracht und weiterverkauft.



Die Sachverhalte, die das GZ bearbeite, verteilen sich mittlerweile relativ gleichmäßig auf Deutschland und Polen.

Relativ häufig empfangt das GZ Besuch. So habe der Chef des chinesischen Grenzschutzes das GZ besucht und sei vor dem Hintergrund der Historie von Deutschland und Polen überrascht gewesen, wie friedlich und gut die polnischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiteten. Auch aus Serbien sei eine Delegation vor Ort gewesen. Dort überlege man, eine ähnliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zu initiieren. Insofern sei das GZ in Świecko offenbar ein Vorbild für andere Länder.



Das GZ arbeite noch mit weiteren Partnern zusammen. Die Bundeswehr und die polnische Armee kämen bei grenzüberschreitenden Katastrophenlagen. Für die Zukunft wünsche er sich, so Buschmann, dass auch die deutschen und polnischen Staatsanwaltschaften in der Dienststelle vertreten seien. Derzeit arbeite die Justiz im Rahmen der Rechtshilfe, und die Vorgänge seien kompliziert und mitunter langwierig.

Kinga Lukaszewicz führt aus, dass sich die Kolleginnen und Kollegen auch privat trafen und gemeinsame Partys oder Sportveranstaltungen organisierten. Dies sei auch für das interkulturelle Verständnis wichtig, ergänzt **Ulf Buschmann**. Denn Polen und Deutsche hätten unterschiedliche Arbeitsweisen und gingen anders an Aufgaben heran. Dies müsse man für eine gute Zusammenarbeit jeweils nachvollziehen können.

Das GZ sei bereits mehrfach Schauplatz für den „Polizeiruf 110“ gewesen. Der RBB sei für jährlich zwei Folgen verantwortlich und habe das GZ quasi nachgebaut. In den Folgen werde nach dem Muster der Dienststelle ermittelt. Fast 2 Millionen Menschen sähen dann dem deutsch-polnischen Ermittlungsdienst bei der Arbeit zu.



Der Standort an der Autobahn, der eine hohe Lärmbelastung mit sich bringe, werde allerdings bald aufgegeben. Geplant sei, dass das GZ in etwa einem Jahr in ein Gebäude in der Kreisstadt Slubice ziehe. Das ehemalige Studentenwohnheim werde derzeit renoviert. Finanziert würden die Bauarbeiten von deutscher und polnischer Seite entsprechend der künftig genutzten Raumkapazitäten. Für Deutschland seien die Kosten in Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro; dabei beteiligte sich jede Behörde entsprechend der Stärke, in der sie im GZ vertreten sei.

Anschließend besucht der **Ausschuss** die Räumlichkeiten des Lagedienstes und lässt sich die dortige Arbeit erläutern.

*50. Sitzung am 2. September 2024***Briefing durch die Deutsche Botschaft Warschau**

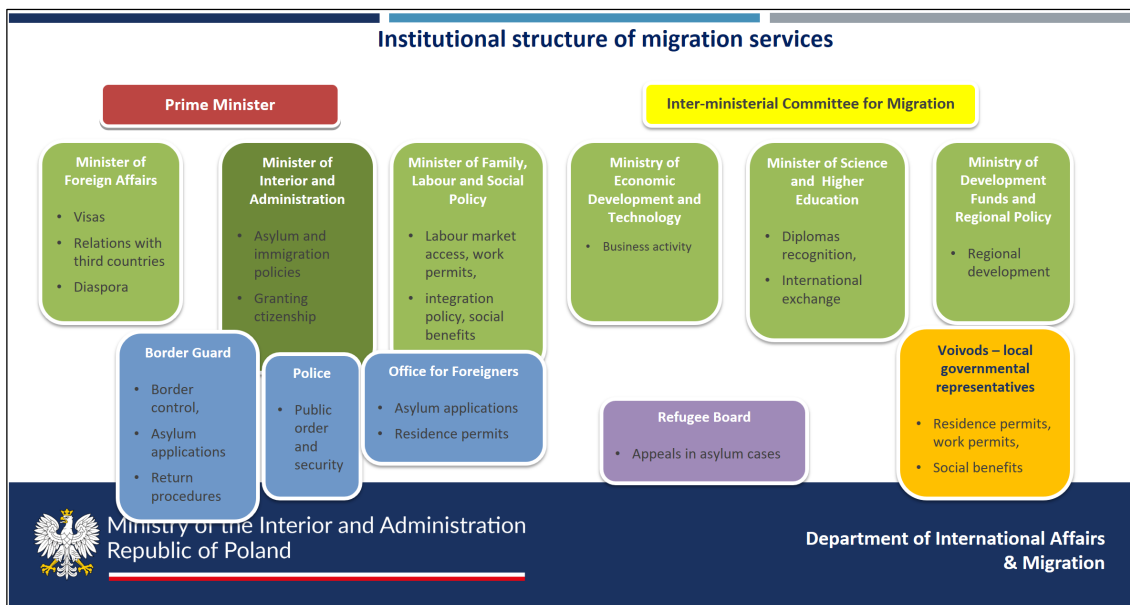
Der Gesandte an der Botschaft **Robert Rohde** begrüßt die Ausschussmitglieder in der deutschen Vertretung und berichtet über das deutsch-polnische Verhältnis aus polnischer Sicht sowie über die Schwerpunkte aktueller polnischer Politik.

In dem Gespräch kommen folgende Themen zur Sprache:

- historisches und aktuelles Verhältnis von Polen und Deutschland mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg,
- Reparationen,
- Blick der polnischen Bevölkerung auf Deutschland,
- wirtschaftliche Entwicklung Polens und polnischer Arbeitsmarkt,
- Selbstverständnis Polens und Rolle Polens in der EU,
- Weimarer Dreieck,
- Verhältnis Polens zu den USA und zu Russland,
- Sichtweise Polens auf den Ukraine-Krieg und dessen Folgen für Polen,
- Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Migrationspolitik unter der PiS-Regierung sowie unter der aktuellen Regierung von Donald Tusk,
- Verhältnis zwischen Staatspräsident Duda und Ministerpräsident Tusk,
- Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen sowie Grenzschutz nach Belarus und Russland,
- Ermittlungen wegen Korruption bei der Visavergabe durch polnische Konsulate 2023 und
- Nord Stream 2.

Gespräch mit der Referatsleiterin „Migrationspolitik“ im polnischen Innenministerium

Magdalena Rychter: Zu Beginn möchte ich Ihnen die institutionelle Struktur der Migrationsverwaltung in Polen vorstellen.³ Sie unterscheidet sich von der anderer Staaten; unser System ist sehr gut ausgebaut. ([Anlage 2](#) und [Anlage 3](#))



Das Ministerium für Inneres und Verwaltung hat eine koordinierende Rolle in der Migrationspolitik. Es ist aber nicht für alle Aufgaben zuständig, die mit der Migrationspolitik zusammenhängen. Hier ist auch der Außenminister wichtig, der die Visapolitik gestaltet. Die Ministerin für Soziales und Familie regelt den Zugang der Ausländer zum Arbeitsmarkt. Der Minister für Entwicklung und Technologie regelt alle Fragen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit, auch von Migranten. Der Minister für Wissenschaft und Hochschulbildung regelt den Zugang zu polnischen Hochschulen, die sogenannte Bildungsmigration, die Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen und die Möglichkeiten, in Polen zu studieren. Das Ministerium für Entwicklungsfonds und Regionale Entwicklung verwaltet die staatlichen Fonds und auch viele europäische Fonds im Zusammenhang mit der sozialen Kohäsion etc. in unserer Gesellschaft. Wir als Ministerium haben die Aufgabe, all diese Bereiche zu koordinieren, damit die Migrationspolitik kohärent und verantwortungsvoll ist, keine Lücken aufweist und Kompetenzen nicht gedoppelt werden.

Deshalb gibt es auch einen interministeriellen Ausschuss für Migration. Vertreter all dieser Ministerien sowie anderer Institutionen, die in der Migrationspolitik wichtig sind, nehmen daran teil. Dort können entsprechende Themen diskutiert werden. Dieser Ausschuss arbeitet jetzt an einer neuen Migrationsstrategie für Polen für die Jahre 2025 bis 2030. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen. Die Strategie soll bis Ende dieses Jahres erlassen werden.

Unser Ministerium, das Ministerium für Inneres und Verwaltung, hat neben der koordinierenden Aufgabe auch eine wichtige Rolle beim Schutz der Grenzen. Es ist zuständig für den Grenzschutz, für die Polizei und alle Sicherheitsfragen. Aber auch das Ausländeramt gehört zu unserem Ressort; es ist unsere ausführende Behörde in diesem Bereich. Sie hat zwei Aufgaben: zum

³ Das Gespräch wird in polnischer und in deutscher und Sprache geführt und simultan übersetzt.

einen, Anträge auf internationalen Schutz entgegenzunehmen und die Antragsteller zu unterstützen, zum anderen eine Überprüfung von Ablehnungen der Woiwodschaftsämter auf der regionalen Ebene. Wir haben 16 Woiwodschaftsämter, bei denen man Anträge auf Aufenthalt stellen kann, und wenn diese einen Antrag ablehnen, ist unser Ausländeramt dafür zuständig, dies zu überprüfen.

In unserem Schema sehen Sie darüber hinaus noch eine weitere wichtige Institution: einen Flüchtlingsrat, der negative Bescheide bezüglich eines internationalen Schutzes prüft, sowohl für kurzfristige als auch langfristige Aufenthalte. Dieser ist dem Premierminister direkt unterstellt, teilweise aber auch dem Innenminister. Wir haben also eine relativ komplizierte und weitgefächerte Struktur, und wir versuchen, all diese Arbeiten hier zu koordinieren.

MIGRATION POLICY

Work on the Polish Migration Strategy for 2025-2030 is underway, it is expected to be completed in December this year. The draft of the Migration Strategy will be determined by the Migration Team, after reviewing the Report from the currently conducted survey and panel discussions covering all researched areas of the Migration Strategy. These areas include:

- Area 1: Mission, goals and functions of migration policy
- Area 2: Access to territory
- Area 3: Access to national and international protection
- Area 4: Access to the labor market
- Area 5: Access to education and educational migration
- Area 6: Integration
- Area 7: Citizenship and Repatriation
- Area 8: Polish Diaspora

Wie bereits erwähnt, ist dieses Jahr ein wichtiges Jahr für uns; denn wir planen für uns, für die Personen, die sich mit der Migration befassen, neue Schritte. Wir wollen eine neue Strategie erlassen. Die vorherige stammt aus dem

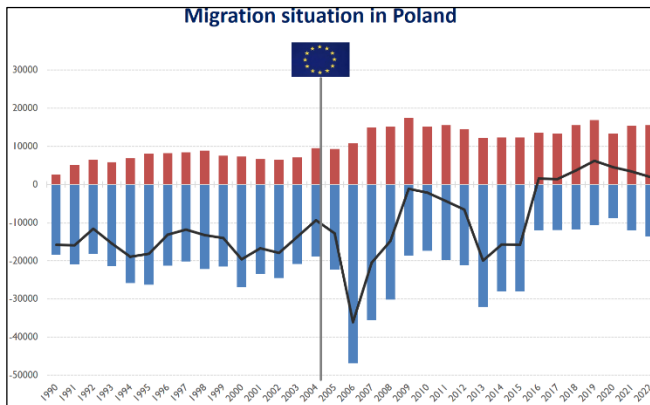
Jahr 2012 und wurde 2016 aufgehoben. Jetzt erlassen wir wieder ein übergeordnetes Richtungs-dokument, das es uns erlaubt, die Migrationspolitik besser zu koordinieren. Sie soll acht Felder umfassen.

Zunächst werden wir unsere Mission, die Ziele und die Aufgaben definieren. Danach folgt der Zugang zum Territorium, also all das, was an der Grenze passiert. Der dritte Bereich ist der Zugang zum internationalen und nationalen Schutz. Der vierte Bereich ist der Arbeitsmarkt - ein sehr wichtiger Bereich; denn wie bei Ihnen sind die Zahlen der illegalen Migration sehr viel höher als die der legalen Migration. Der fünfte Punkt ist der Zugang zur Bildung und die sogenannte Bildungsmigration. Der sechste Punkt - auch sehr wichtig - umfasst die Integration. Der siebte Bereich ist die Staatsangehörigkeit und Rückführung. Die polnische Diaspora - also Polen, die sich im Ausland befinden - umfasst den achten Bereich.

Laut Plan möchten wir bis zum 20. September einen ersten Entwurf vorliegen haben. Danach wird dieser Entwurf auf politischer Ebene diskutiert und wahrscheinlich vom Ministerrat erlassen.

Im Rahmen der Arbeiten an dieser Strategie haben wir eine Forschungsarbeit bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegeben. Hierzu wurden ca. 10 000 Vertreterinnen und Vertreter von NGOs, der Wirtschaft und der Konsulate - also ein sehr großer Kreis - befragt, um zu erfahren, welche Herausforderungen und welchen tatsächlichen Bedarf es in diesem Bereich gibt, damit wir unser Dokument daran auszurichten können.

Eine zweite wichtige Strategie im Zusammenhang mit unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist die integrierte Strategie zum Grenzmanagement für die nächsten fünf Jahre; sie ist für alle Mitgliedsstaaten verpflichtend. Wir erarbeiten zurzeit diese Strategie, die dann bis zum Jahre 2027 gelten wird.



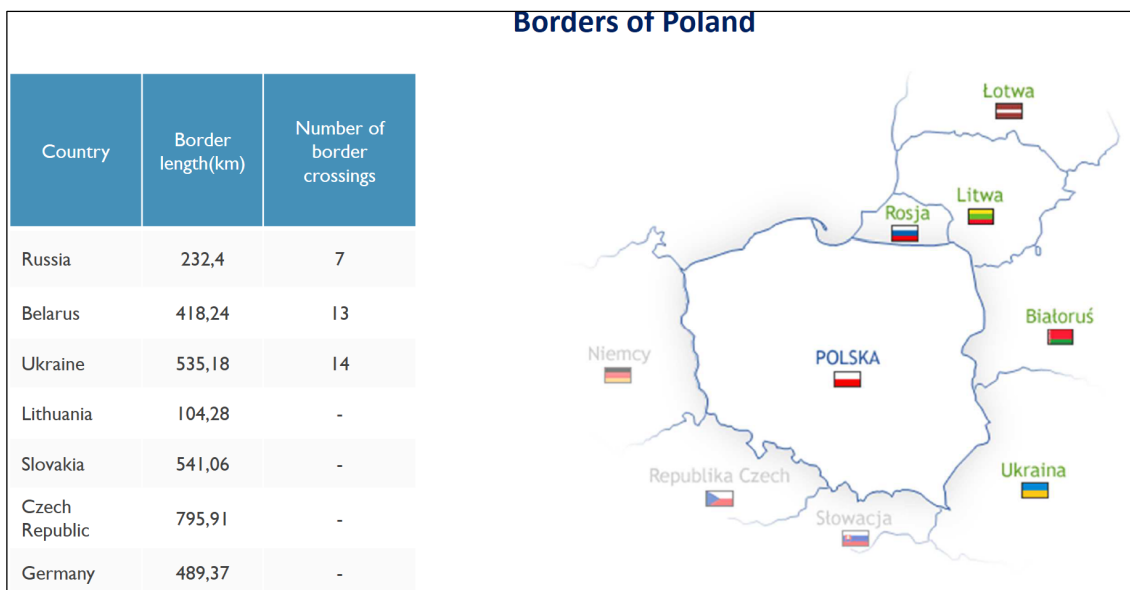
Ich komme zur Migrationssituation in Polen. Hier sehen Sie die Daten bis zum Jahr 2022. Die roten Balken zeigen die Zahl der Migranten, die nach Polen kommen, die blauen Balken die Zahl der Polen, die ins Ausland emigrieren. Polen ist also von einem Emigrationsstaat zu einem Immigrationsstaat geworden. Es gibt ein größeres Interesse von Ausländern, nach Polen zu kommen, als zum Beginn unserer

Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Der Trend drehte sich 2015 um - Sie wissen, was damals passierte. Wir haben zwar 2015 keine Migrationskrise in dem Sinne erfahren, aber seitdem sehen wir auch in Polen diese wachsende Tendenz in Bezug auf die Anzahl der Migranten.

Unsere Strategie, an der wir zurzeit arbeiten, wird die Tatsache berücksichtigen, dass wir insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftsmigration zu einem immer attraktiveren Staat für Migranten werden. Es gibt sehr viele Menschen aus der Ukraine und aus Belarus, die hierkommen, um Geld zu verdienen. Ein Teil von ihnen zieht aber auch weiter Richtung Westen. Es gibt zudem Migranten aus dem Süden. In viele europäische Staaten kommen besonders viele Migranten aus dem Süden, zu uns insbesondere aus dem Osten.

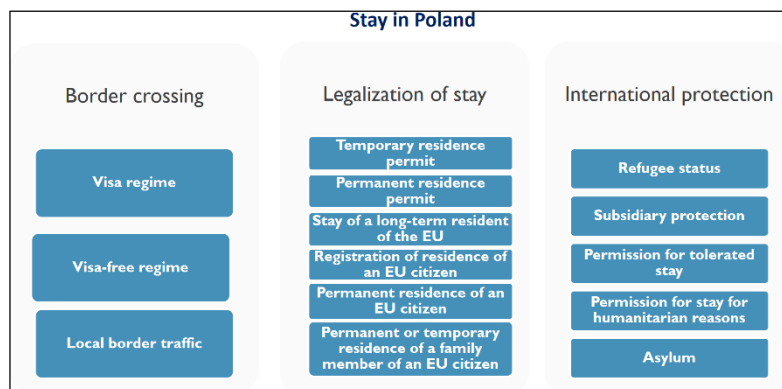
Immigration to Poland

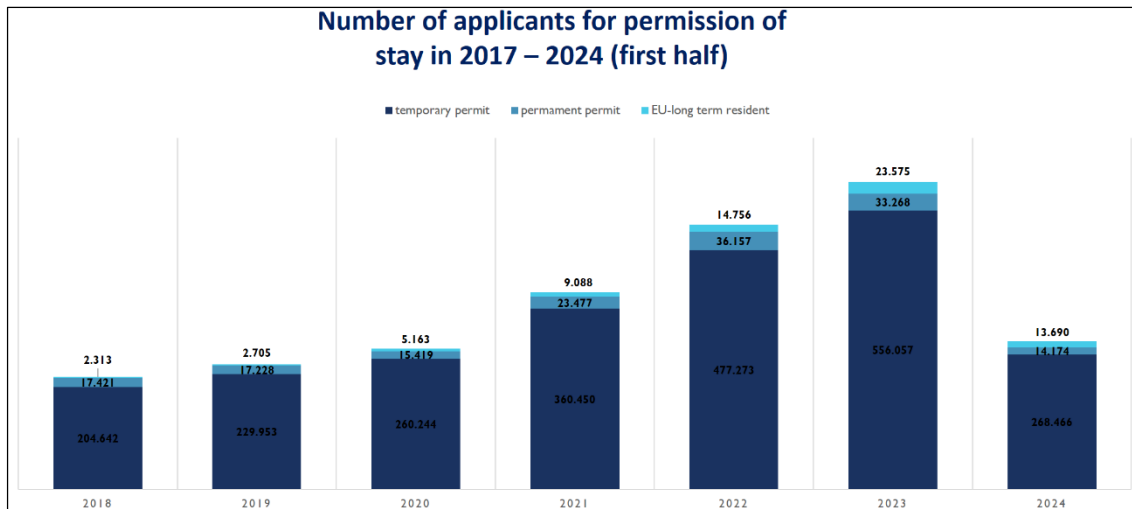
- changing nature of the state and the increasing role of immigration
- direction of migration flow: from East to West
- significant external border with third countries



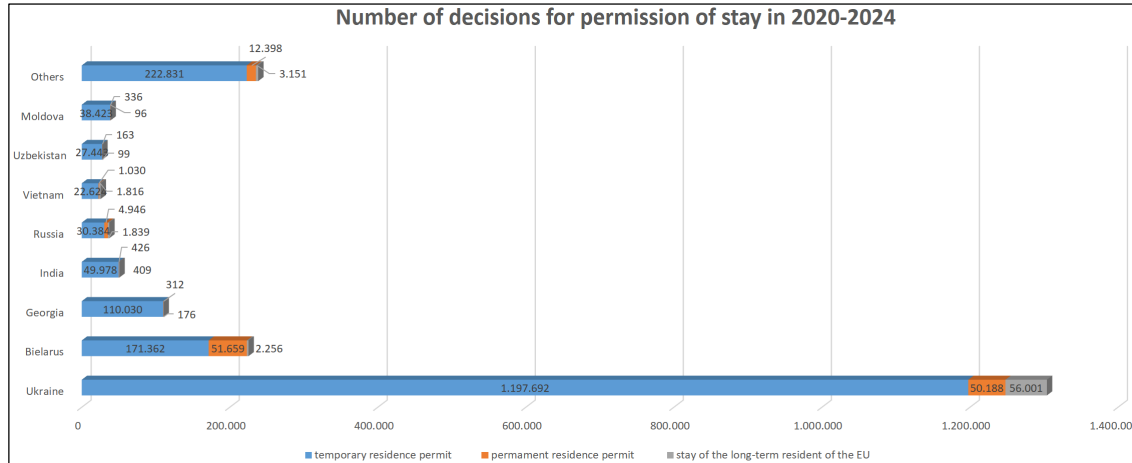
Zudem haben wir eine der längsten Außengrenzen der Europäischen Union. Auch das ist ein wichtiger Faktor für unsere Migrationspolitik. Diese Tatsache müssen wir uns jedes Mal vor Augen halten, wenn wir darüber sprechen. Ich werde das auch noch im Zusammenhang mit der Migrationskrise und der Instrumentalisierung der Migration ansprechen. Hier sehen Sie unsere Außengrenze mit Russland, Belarus und der Ukraine. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir die zweitlängste Grenze mit Drittstaaten. Finnland ist in dieser Hinsicht auf Platz 1. In jedem dieser Länder ist die Situation etwas anders. Unsere migrationsbedingten Herausforderungen sind auch bedingt durch die jeweilige Situation in diesen Nachbarstaaten.

Hier sehen Sie verschiedene Statusformen, die man in Polen, teilweise aufgrund des europäischen Rechts, erlangen kann. Die gleichen gibt es in Deutschland. Teilweise sind es auch nationale Statusgruppen. Sie wissen sicherlich, dass der Bereich des internationalen Schutzes in eine EU-Kompetenz und eine nationale Kompetenz aufgeteilt ist. Wir haben ein gemeinsames Asylsystem. Die legale Migration liegt aber allein in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Hier gibt es daher mehr Spielraum für gewisse nationale Regelungen. Deshalb können manche Aufenthaltstitel in Polen anders als in Deutschland gestaltet sein. Mit Blick auf die Visapolitik gibt es den europäischen Visakodex. Im Schengen-Raum ist dies gleich geregelt, aber die nationale Visapolitik ist jeweils unterschiedlich.





Hier sehen Sie die Anzahl der Personen, die in Polen bis zur ersten Hälfte 2024 einen Antrag auf einen vorübergehenden oder langfristigen Aufenthalt gestellt haben. Die Zahlen wachsen, wie Sie sehen, jedes Jahr. Dieses Jahr wird die Zahl wahrscheinlich ungefähr genauso hoch wie 2023 ausfallen - vielleicht etwas niedriger, weil wir zurzeit das Visasystem „abdichten“, wie wir das nennen. Die aktuelle Regierung schaut sich an - hierzu gibt es einen Sejm-Ausschuss -, wie Visa in den vorangegangenen Jahren erteilt wurden. Man hat hierbei gewisse Unregelmäßigkeiten festgestellt. Momentan wird ad hoc etwas unternommen. Diesen Prozess nennen wir das „Abdichten der Visapolitik“. Im Herbst dieses Jahres werden wir neben der Strategie auch gewisse gesetzliche Vorschriften zum Zugang der Migranten zur Bildung und zum Arbeitsmarkt verändern. In der nächsten Phase werden wir uns auch mit der Visapolitik befassen.

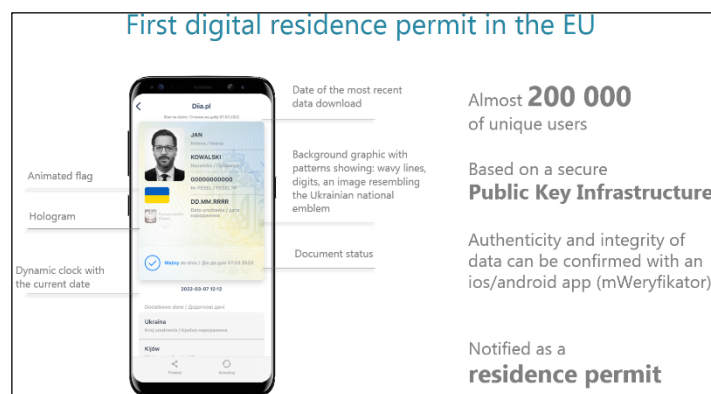


Hier sehen Sie die Entscheidungen über den vorübergehenden und auch den langfristigen Aufenthalt, geordnet nach dem jeweiligen Ursprungsland der Person. Die meisten Anträge kommen aus der Ukraine. Insgesamt zeigen die blau hinterlegten Zahlen die Personen, die aufgrund der Arbeit, eines Studienaufenthaltes, einer wissenschaftlichen Tätigkeit oder eines Familienzusammenzugs eine Genehmigung für einen kurzen Aufenthalt erhalten haben. Die Langzeitaufenthalte sind orangefarben dargestellt. Das sind Aufenthalte für eine Dauer von fünf Jahren. Die zweitgrößte Gruppe kommt aus Belarus. Das ist die Migration aus östlicher Richtung. Immer mehr kommen auch aus Indien. Die Menschen aus Russland werden in unseren Statistiken immer weniger. Ein Teil der unter dem Herkunftsland Russland geführten Personen hat zwar die russische Staatsangehörigkeit, stammt aber ursprünglich aus einer anderen Nation. Wir haben auch große Gruppen aus Vietnam, Usbekistan, Moldau und aus dem Bereich „andere Länder“.

viele von ihnen arbeiten auch schon. Das muss also in Bezug auf die finanzielle Situation beachtet werden. Trotzdem haben sich anfangs, als es diese Unterstützung noch gar nicht gab, viele privat engagiert.

Schnell hat aber auch die Europäische Kommission eingegriffen und zum 4. März 2020 den temporären Schutz eingeführt. Zudem gab es Hilfe von allen Mitgliedstaaten. Wir hatten zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit Partnern aus Deutschland und aus Tschechien, die versucht haben, die Reisen der Flüchtlinge in andere Staaten zu koordinieren, damit alles sicher verläuft, und andere Länder darauf vorbereitet haben, dass Flüchtlinge kommen werden. In Hochzeiten der Krise waren es 150 000 Flüchtlinge in den Aufnahmezentren. Diese Zahl hat sich natürlich verändert. Die Personen haben Privatwohnungen gemietet oder sind weitergereist. Aktuell sind in den Aufnahmezentren 40 000 ukrainische Personen. Insgesamt gibt es derzeit rund 950 000, also fast eine Million Ukrainer in Polen. Zu Hochzeiten waren es 1,2 Millionen.

Vielleicht noch etwas Interessantes für Sie: Weil es eine so hohe Zahl an Flüchtlingen gab, die, nachdem sie die Grenze übertreten hatten, gleich legal in Polen waren, da ihnen dieser kurzzeitige Schutz gewährt wurde, konnten wir deren Ausweise nicht mehr so schnell ausstellen. Deshalb haben wir mit dem Ministerium, das für die Digitalisierung zuständig ist, ein digitales Dokument eingeführt, das sich auf eine E-Governance-App stützt, die man auch in der Ukraine verwendet. In der Ukraine nennt man sie „Diia“. Wir haben diesen Namen übernommen, damit die App schneller angenommen wird; wir nennen sie „Diia.pl“. Das ist ein digitaler Aufenthaltstitel für Flüchtlinge in Polen. Diesen temporären Schutz verlängern wir automatisch, man muss keinen Antrag stellen. Mit diesem Ausweis kann man auch innerhalb der EU reisen.



**Act of 12 March 2022
on assistance to
citizens of Ukraine in
connection with the
armed conflict on the
territory of this state**



- All Ukrainian nationals** residing legally in Poland
- Employer notifies the local labour office through the praca.gov.pl web service
- Possibility to register as an unemployed
- Possibility to work in public administration (central and local)
- Possibility to conduct economic activity
- A web platform connecting employers and employees <https://pracawpolsce.gov.pl>

Polen hat zudem automatisch allen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt. Es gibt sehr viele Ukrainer, die eine Arbeit aufgenommen haben - in der Gruppe der Erwachsenen sind es ca. 80 %. Einige können nicht arbeiten, weil sie zum Beispiel schon im Pensionsalter sind oder eine Behinderung haben.

Allerdings sind die Hälfte der Flüchtlinge Kinder. Für diese gibt es ab diesem Jahr auch eine Schulpflicht in polnischen Schulen. Zwar gab es auch schon zuvor eine Schulpflicht, aber man konnte diese entweder in den polnischen Schulen oder im Rahmen der ukrainischen Online-Bildung erfüllen. Denn die ukrainische Regierung hat ein Online-System für ihre Bürger, die sich außerhalb der Ukraine befinden, vorbereitet. Sie hat die Menschen auch dazu ermuntert, das zu nutzen; denn sie hatte Sorge, dass es zu einer zu großen Integration ihrer Bürger in den Ländern kommt, in denen sie verweilen. Aber nach zwei Jahren haben wir die ukrainische Seite gefragt, ob sie Statistiken darüber habe, wie viele Kinder an dieser Online-Bildung teilnehmen. Wir hatten Bedenken, dass das nicht so wie gedacht durchgeführt wird. Es gab hier auch Probleme. Insofern gilt ab diesem Jahr eine Schulpflicht in polnischen Schulen.

Access to education

Act of 12 March 2022
on assistance to
citizens of Ukraine in
connection with the
armed conflict on the
territory of this state



Access to education for all children aged 7-18

All support available to PL nationals applies

Possibility to attend preparatory classes instead of following normal curriculum

From September 2024 obligation to attend Polish schools by Ukrainian children

Denn die ukrainische Regierung hat ein Online-System für ihre Bürger, die sich außerhalb der Ukraine befinden, vorbereitet. Sie hat die Menschen auch dazu ermuntert, das zu nutzen; denn sie hatte Sorge, dass es zu einer zu großen Integration ihrer Bürger in den Ländern kommt, in denen sie verweilen. Aber nach zwei Jahren haben wir die ukrainische Seite gefragt, ob sie Statistiken darüber habe, wie viele Kinder an dieser Online-Bildung teilnehmen. Wir hatten Bedenken, dass das nicht so wie gedacht durchgeführt wird. Es gab hier auch Probleme. Insofern gilt ab diesem Jahr eine Schulpflicht in polnischen Schulen.

Unser Minister ist hinsichtlich der Vorbereitung der Schulen auf diese Herausforderung mit der Bildungsministerin in Kontakt. Bisher waren 180 000 ukrainische Kinder in polnischen Schulen. Jetzt könnten es 40 000 bis 60 000 Kinder mehr werden. Das wird eine Belastung sein, aber wir werden laufend auf eventuelle Schwierigkeiten reagieren. Heute ist der erste Schultag, und wir werden den weiteren Verlauf beobachten. Nichtsdestoweniger wissen wir, dass es eine Herausforderung sein kann; nicht alle Schulen sind darauf vorbereitet. Manchmal gibt es noch einen Bedarf an kultureller Assistenz oder der Unterstützung durch NGOs. Es gibt vom UNHCR ein großes Programm - den Regional Refugee Response Plan für Polen -, das zur Aufgabe hat, Flüchtlinge zu unterstützen. Es gibt dort auch einen Fonds für NGOs. In Zusammenarbeit mit ihnen und auch mit den internationalen Organisationen versuchen wir, diese Projekte zu koordinieren und zu sehen, in welchen Bereichen es Bedarf gibt. Manchmal reichen die Mittel des Staates einfach nicht aus.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): An dieser Stelle möchte ich etwas zur Situation der Kinder an den Schulen in Niedersachsen sagen. Für das Land Niedersachsen war das eine sehr große Herausforderung. Denn die Menschen aus der Ukraine hatten völlige Niederlassungsfreiheit und konnten sich dort ansiedeln, wo sie schon Angehörige hatten oder die besseren Chancen gesehen haben. Deshalb kam es zu einer sehr starken Verdichtung von Kindern in bestimmten Stadtteilen bzw. in bestimmten Städten.

Wir haben 36 000 Kinder aus der Ukraine in niedersächsische Schulen aufgenommen, aber nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern mit regionalen Schwerpunkten. Die Kinder unterlagen von Anfang an der Schulpflicht, allerdings hat man das großzügig gehandhabt. Teilweise haben sie nachmittags zusätzlich am Online-Unterricht teilgenommen, weil seitens der Ukraine die Bedenken bestanden, dass sie sich in Deutschland zu schnell integrieren, was grundsätzlich nicht so gewünscht ist. Aber wir dachten, dass es für die Kinder auf jeden Fall gut ist, wenn sie in ihren Nachbarschaften Freunde finden und dort eingebunden sind. Dies nur als Hinweis, damit Sie wissen, dass das auch bei uns zu großen Herausforderungen geführt hat.

Magdalena Rychter: Wir haben hinsichtlich der ungleichmäßigen Verteilung dasselbe Problem, nicht nur in Bezug auf die Flüchtlinge aus der Ukraine, sondern in Bezug auf alle Migranten. Natürlich konzentriert es sich auf die größten Städte. Wir haben keine Bundesländer. Alle Migranten kommen in das Land Polen und können dann frei den Ort bestimmen, an dem sie bleiben möchten, ungeachtet ihres Status. Das heißt, die, die einen internationalen Schutz haben, können genauso frei im Land reisen, wie die Personen, die im Rahmen der legalen Migration gekommen sind, wie zum Beispiel die Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir haben keine Möglichkeit, diese Flüsse irgendwie zu steuern. Wir könnten zwar zum Beispiel vorschlagen, an einen bestimmten Ort zu gehen, weil dort eine bessere Infrastruktur mit Blick auf die Schulen vorhanden ist und mehr Wohnungen zur Verfügung stehen, aber dort gibt es dann zum Beispiel weniger Arbeitsplätze. Und das ist das größte Problem.

Die meisten Arbeitsplätze sind in den großen Agglomerationen Warschau, Krakau und Lodz und um diese Städte herum. Migranten wissen sehr oft nicht, wo und wie sie Orte finden, an denen es alles gibt: Schule, Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten. Wir versuchen, mit vielen Ministerien und mit Organisationen zusammenzuarbeiten, und versuchen, kleine Orte zu wählen und Angebote vorzubereiten. Aber die Migranten sind diesbezüglich oft sehr skeptisch; denn sie wollen in einer großen Stadt wohnen. Ein Teil der Migranten glaubt, dass es in einer kleinen Stadt keine Entwicklungsmöglichkeiten für sie geben wird - damit assoziieren sie diese kleinen Orte -, das ist aber nicht immer der Fall. Aber auch wenn wir eine Möglichkeit finden, sie dorthin zu schicken, kommen sie sehr oft wieder an den Ort zurück, an dem sie anfangs bleiben wollten. Auch wenn sie dort keine Unterstützung des Staates haben, sind sie doch in der Lage, eine Wohnung oder auch einen Arbeitsplatz zu finden. Wir haben deshalb ein großes Problem, das innerhalb des Landes zu steuern. Die meisten der Flüchtlinge sind in Warschau und in der umliegenden Woiwodschaft Masowien.

Seit Juli dieses Jahres haben wir ein neues Recht, das die Hilfe für diese Gruppe reguliert. Ich weiß, es ist nicht in allen EU-Ländern so, aber wir haben zu Beginn der Krise beschlossen, ein gesondertes Gesetz zu schaffen, das alle Fragen zu Flüchtlingen aus der Ukraine regelt. Denn es gab so viele Bereiche, die reguliert werden mussten, dass wir gleichzeitig 15 Gesetze hätten ändern müssen. Deshalb haben wir ein Gesetz geschaffen, das neue Möglichkeiten schafft und gegebenenfalls auch andere Gesetze - zum Beispiel hinsichtlich des Arbeitsmarktes - ändert. Wir haben hierbei natürlich die EU-Gesetzgebung berücksichtigt.

Aufgrund des Umstands, dass die Gruppe der Ukrainer immer selbstständiger wird, arbeiten wir zurzeit an Änderungen zu diesem Gesetz. Die haushalterischen Möglichkeiten sind begrenzt, und ein weiterer Faktor ist, dass die Gesellschaft nicht immer befürwortet, dass den ukrainischen Flüchtlingen ein so guter Zugang zu Leistungen gewährt wird. Diese Änderungen werden dazu führen, dass die Personen, die sich weiterhin in den Aufnahmezentren befinden, einen Beitrag werden leisten müssen. Es wird aber auch Personen geben, die davon freigestellt werden, zum Beispiel Personen aus sensiblen Gruppen wie Ältere, Kinder - insbesondere ohne Begleitung - und Behinderte. Diese werden dort so lange bleiben können, wie sie möchten. Die anderen werden einen Beitrag leisten müssen. Zusätzlich wird es eine Familienleistung geben, die für Kinder gezahlt wird. Diese wird nur dann gezahlt werden, wenn die Kinder eine polnische Schule besuchen. Bisher hatten wir diese Bedingung nicht, aber seit der Schulpflicht ab dem 1. September bündeln wir dies. Das wird nächstes Jahr eingeführt werden, damit die Eltern auch mehr Zeit haben, davon zu erfahren, und nicht einfach davon überrascht werden.

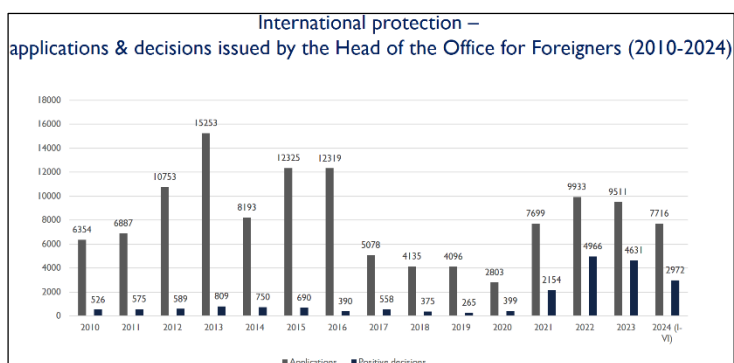
Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Manche Punkte dieser Migrationsstrategie, die Sie soeben umrissen haben, werden im Parlament auch eine Mehrheit benötigen. Nicht alles davon ist Regierungshandeln und allein von Regierungsseite aus zu machen. Gibt es im polnischen Parlament eine relativ große, breite Einigkeit, oder wird das alles sehr kontrovers diskutiert? Das ist bekanntlich in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchaus unterschiedlich.

Magdalena Rychter: Das ist eine sehr gute, aber auch schwierige Frage und hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Hinsichtlich der Gruppe der Geflüchteten aus der Ukraine herrscht Einigkeit. Auch unter der vorherigen Regierung war die Opposition nicht gegen Lösungen, die für die Geflüchteten aus der Ukraine, die nach 2022 kamen, gefunden wurden. Auch jetzt, als wir das Recht geändert haben, dauerte es lediglich zwei Monate, die Verfahrensstufen zu durchlaufen, bis es der Präsident ohne große Änderungen unterschreiben konnte. Es gibt also durchaus eine Einigkeit hinsichtlich der Bearbeitung dieser Fragen.

Hinsichtlich anderer Bereiche der Migration und Personen anderer Kategorien ist es viel schwieriger. Wir sind nicht sicher, ob die Veränderungen, die wir für dieses Jahr planen und dem Parlament vorlegen möchten, auch tatsächlich unterschrieben und letztlich erlassen werden. Denn die aktuelle Regierung wird von einer anderen politischen Partei gestellt als der Staatspräsident. Deswegen sind die Ergebnisse ungewiss. Es wird viel diskutiert. Migration ist ein sehr politisches Thema, und für uns Beamte ist die Situation relativ schwierig. Oft gibt es Diskussionen, und oft gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. Wir sehen zwar, dass man sich einander annähert - zumindest mit Blick auf Fragen, die die belarussische Grenze betreffen -, aber hinsichtlich des Migrationspaktes ist es nicht so einfach. Wir tun unsere Arbeit und werden sehen, wie es weitergeht.

Um auf die Frage der rechtlichen Novellierungen hinsichtlich der Ukrainer einzugehen: Ich weiß, nicht alle Staaten werden das einführen. Wir haben diesen Personen die Möglichkeit gegeben - teilweise auch schon vergangenes Jahr -, vom temporären Schutz zur legalen Migration überzugehen und im Zuge dessen einen dreijährigen Aufenthalt beantragen zu können, wenn sie arbeiten oder sie Kinder von jemandem sind, der berufstätig ist. Ab nächstem Jahr möchten wir etwas Neues schaffen - im Grunde haben wir es schon geschaffen -: einen neuen Aufenthaltstitel für Geflüchtete aus der Ukraine, die den Wunsch haben, diesen Weg der legalen Migration, wie wir es nennen, zu gehen. Die einzige Bedingung ist, dass diese Personen mindestens ein Jahr den temporären Schutz genossen haben. Wenn sie wollen, können sie sich danach anmelden oder einen Online-Antrag stellen und ihren Aufenthaltstitel ändern. Das Ziel dessen ist eine größere Integration, eine größere Unabhängigkeit dieser Personen und eine Entlastung des Systems für potenzielle weitere Wellen. Denn wie Sie wissen, ist die Situation in der Ukraine weiterhin nicht stabil. Wir sind in der ersten Linie und wissen, dass jederzeit wieder 500 000 oder eine Millionen Menschen ankommen können. Unser System muss bereit sein, diese Personen aufzunehmen, die anfangs nicht werden arbeiten können. Der Übergang vom einen zum nächsten System ist freiwillig. Wenn jemand in diesem privilegierteren System bleiben möchte, so kann er das tun. Ein Teil der Personen wird dort verbleiben, insbesondere diejenigen, die sich nicht in den Arbeitsmarkt integrieren konnten.

Ich möchte noch etwas über das Thema internationaler Schutz sagen. Die Gruppe der Personen, die in Polen einen Antrag auf internationalen Schutz stellen, ist nicht die größte Gruppe der Ausländer, mit denen wir im Alltag zu tun haben. Dieses Jahr, insbesondere seit Mai, sind die Zahlen in der Statistik aber doch etwas gestiegen. Das ist natürlich nicht mit Deutschland vergleichbar. Denn beim Thema internationaler Schutz ist Polen nicht das erste Zielland. Viele Personen stellen hier den Antrag und gehen dann nach Deutschland. Das ist die Gruppe, wegen der wir die Kontrollen an den Grenzen innerhalb des Schengen-Raums durchführen.



Die Personen, die den internationalen Schutz beantragen, gehören unterschiedlichen Nationalitäten an. Ein Teil der Anträge stammt von Personen aus Belarus oder aus der Ukraine. Diese Personen bleiben oftmals auch in Polen. Aber die meisten anderen sehen Polen nicht als ihr Zielland. Wir informieren sie über alle notwendigen rechtlichen Schritte. Sie wissen, dass sie eigentlich bleiben müssen, zumindest bis über ihren Antrag entschieden wird. Sie leben aber in offenen Zentren, die sie jederzeit verlassen können. In der Regel fahren sie weiter Richtung Deutschland oder werden weitergeleitet. So reisen sie oftmals lange Zeit umher.

Ich komme jetzt zu einem weiteren schwierigen Thema: dem künstlichen Migrationsdruck, den wir seit Juli/August des Jahres 2021 an der belarussischen Grenze erfahren. Wir haben Beweise dafür, dass die Situation durch das Regime von Lukaschenko mit Unterstützung von Wladimir Putin und der russischen Regierung künstlich geschaffen wurde, um politische Ziele zu erreichen. Das ist für uns momentan ganz offensichtlich. Es gibt viele Dokumente, auch auf europäischer Ebene, die das belegen. Dem entgegenzuwirken und die Situation zu bekämpfen, ist sehr schwer; denn dahinter steht eine Regierung und keine Schleuserorganisation, gegen die man irgendetwas unternehmen könnte. Dort würde nationales oder europäisches Recht greifen, und es gibt Institutionen, die solche Organisationen bekämpfen. Aber hier handelt es sich um eine Regierung, die diese Situation generiert und steuert. Wir haben zudem momentan weder zu Belarus noch zu Russland Kontakt und führen keine diplomatischen Beziehungen zu diesen Regierungen, sodass wir dem auch auf dieser Ebene nicht entgegenwirken können.



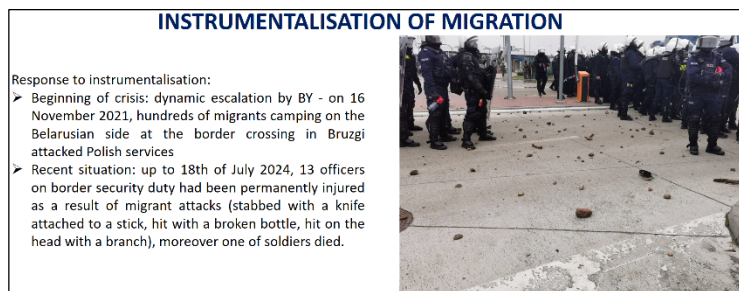
Deshalb handeln wir eher operativ-strategisch. Wir mussten technische Maßnahmen ergreifen, um dem irgendwie beizukommen. 2022 entschied die Regierung, eine ca. 200 km lange Mauer zu bauen. Diese Mauer sieht

auf der gesamten Länge so aus, wie Sie das hier auf dem Foto sehen können. An dieser Mauer ist ein perimetrisches Sicherheitssystem - Bewegungsmelder, Kameras etc. - befestigt.

Es war nicht möglich, eine solche Mauer entlang der gesamten Grenze zu bauen; denn es handelt sich bei manchen Landstrichen um Feuchtgebiete, oder Flüsse müssen überquert werden. Dort gibt es nur ein Kamerasystem, Wärmebildkameras und Bewegungsmelder. Wir haben zudem operative Führungszentren, in denen der Grenzschutz laufend beobachtet, was passiert. Wenn entdeckt wird, dass sich eine Person in der Nähe der Grenze befindet oder sie übertritt, fährt eine Patrouille oder eine Wachmannschaft dorthin.

Die Grenze ist aber sehr lang. Am problematischsten sind die Bereiche, in denen es keine Mauer gibt. Unser Grenzschutz wird in dieser Aufgabe schon seit 2021 von den Streitkräften unterstützt. Die Anzahl der eingesetzten Soldaten variiert, aber grundsätzlich schützen ein paar Tausend Soldaten - momentan sind es, glaube ich, 5 000 - die Grenze gemeinsam mit den Grenzschutzdiensten.

Anfang 2021 haben zum Beispiel viele Migranten versucht, einen der geschlossenen Grenzübergänge zu stürmen - in einem solchen Fall unterstützt dann auch die Polizei. Danach wurden alle Grenzübergänge zu Belarus de facto



geschlossen. Das führte natürlich auch zu Schwierigkeiten mit Staaten, für die diese Grenzübergänge wirtschaftlich wichtig waren. Das betraf zum Beispiel den Handel mit Zentralasien. Die Sicherheitsaspekte waren aber wichtiger.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Die eigene Außengrenze Richtung Osten zu schützen, ist eine sehr große Aufgabe, die Polen aber nicht nur für sich, sondern für die gesamte Europäische Union wahrnimmt. Gibt es an dieser Stelle neben der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen in Polen oder auch mit Frontex weitere Unterstützung von europäischer Seite? Gibt es Erwartungen, dass von anderen europäischen Ländern eine Unterstützung bei dieser großen, schweren Aufgabe erfolgt?

Magdalena Rychter: Wir waren von Anfang an, seit das Problem, diese Herausforderung oder Krise - wie auch immer wir das nennen wollen - aufgekommen ist, im ständigen Kontakt sowohl mit der Europäischen Kommission als auch mit unseren Nachbarstaaten. Gemeinsam mit der Kommission haben wir eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe geschaffen, um einander laufend über die Situation zu informieren. Es gab viele Treffen mit Vertretern unserer Nachbarstaaten, aber auch der baltischen Staaten, die ein ähnliches Problem wie wir haben. Wir haben bisher eine starke Unterstützung der gesamten Europäischen Union für das tägliche Entgegenwirken und Bekämpfen erfahren, sowohl politisch als auch operativ. Es war nicht von Anfang an so, aber ich glaube, momentan denken wir diesbezüglich politisch gleich. Alle wissen, das ist keine einfache Migration, sondern eine Instrumentalisierung der Migration, ein Teil des hybriden Angriffs auf die Europäische Union. Das müssen wir niemandem mehr erklären und mit niemandem mehr darüber diskutieren.

Hinsichtlich der operativen Fragen taucht das Thema Frontex immer wieder auf. Wir haben eine ständige, gute und tägliche Zusammenarbeit mit Frontex, sie wird in jüngster Zeit immer besser. Wir haben uns bisher nicht dazu entschieden und wir werden uns wahrscheinlich auch künftig nicht dazu entscheiden, zusätzliche Beamte hinzuzuziehen, weil die Zahl der Personen, die wir

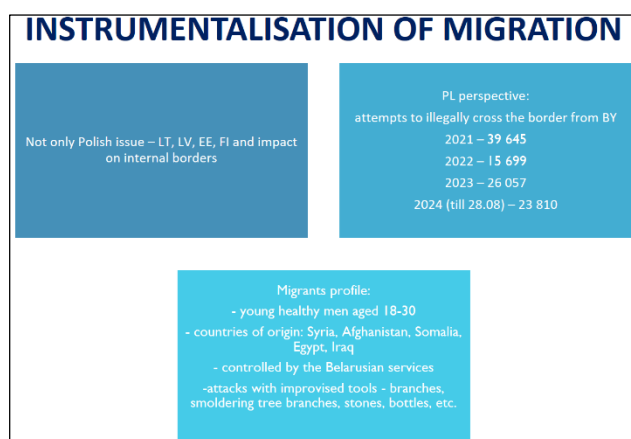
an der Grenze brauchen, sehr hoch ist - sie ist im Grunde für unsere Partner unerreichbar. Die Situation ist auch sehr gefährlich. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber wir hatten einen tragischen Unfall im Mai dieses Jahres. Ein Soldat ist an der Grenze ums Leben gekommen. Ich denke nicht, dass wir imstande wären, für diese Grenzstrecke ein entsprechendes Sicherheitsniveau für die tägliche Arbeit zu gewährleisten. An anderen Orten nutzen wir die Unterstützung von Frontex. Es gibt Offiziere von Frontex an Grenzübergängen zur Ukraine oder an Flughäfen. Sie unterstützen auch die Rückkehraktionen usw. Hier nutzen wir im Bereich Intelligence zum Beispiel auch die technische Unterstützung durch Satellitenaufnahmen. In diesen Bereichen, die wir gemeinsam abgesteckt haben, sind wir sehr froh über die Zusammenarbeit mit Frontex.

Es gab auch Momente, in denen wir bilaterale Unterstützung genutzt haben. Soweit ich mich erinnere, hat uns zum Beispiel Großbritannien ca. 100 Offiziere der Polizei geschickt. Es gab Fälle von Ad-hoc-Unterstützung durch andere Staaten. Hinsichtlich der personellen Unterstützung ist die Situation aber momentan unter Kontrolle, und wir haben 4 000 Soldaten und Offiziere des Grenzschatzes im Einsatz. Auch von der Europäischen Kommission haben wir eine große finanzielle Unterstützung bekommen. Diese war hingegen nicht für die Mauer. Sie wissen, es gibt eine große Debatte in der Europäischen Union, ob man Mauern aus europäischen Mitteln finanzieren kann. Zurzeit kann man es nicht. Aber die elektronische Ausstattung, die Kameras und Bewegungsmelder, sind in Teilen von der EU finanziert worden.

Wir planen, diese Unterstützung weiterhin zu beantragen, und bekommen sie hoffentlich auch. Denn diese Geräte müssen oft ausgetauscht und allgemein instandgehalten werden. Zudem wollen wir noch weitere Kameras installieren. Die jetzige Regierung möchte die Mauer mithilfe nationaler Mittel verstärken. Aber wir sehen - und das ist auch der Grund, warum ein Teil dieser Personen zu Ihnen kommt -: Diese Mauer ist nicht 100-prozentig dicht. Man kann die Latten mit bestimmten Geräten auseinanderschoben. Die belarussische Regierung stattet die Migranten mit entsprechenden Geräten aus. Auch kann man mit Leitern über die Mauer klettern. Auf den Stacheldraht, der oben befestigt ist, legt man dazu Materialien, um sich nicht zu verletzen. Man kann sich auch unter der Mauer hindurchgraben; denn die Mauer hat keine tiefen Fundamente. Jetzt ist beschlossen worden, die Mauer abzudichten. Bis Mitte 2025 soll die Mauer verstärkt werden, insbesondere damit man diese Stäbe, aus denen die Mauer besteht, nicht auseinander-schieben kann. Die Infrastruktur wird also immer weiter verbessert.

Um zu Ihrer vorherigen Frage zurückzukommen. Ich denke, es gibt zwischen der regierenden Partei und der Opposition eine Übereinstimmung darüber, wie wir an der polnisch-belarussischen Grenze vorgehen sollten. Es gibt seitens Belarus und Russlands offenbar auch keine Bereitschaft zum Dialog und damit auch keine Möglichkeit, sie dazu zu bewegen, diese Politik zu ändern. Wir müssen darauf vorbereitet sein, dass diese Situation anhalten wird.

Mit Blick auf die Zahlen ist festzustellen, dass die meisten Personen im Jahr 2021, dem ersten Jahr der Instrumentalisierung, kamen. Ab August jenes Jahres gab es fast 40 000 Versuche, die Grenze zu übertreten. Das waren nur die Personen, die wir zählen konnten. Einige von ihnen konnten die Grenze passieren, andere nicht. Die Schwierigkeit liegt darin, hierzu präzise Statistiken zu erstellen; denn die Personen, denen es nicht gelingt, probieren es immer wieder. Wenn



sie die Grenze dann passieren und vom Grenzschutz aufgehalten werden, wissen wir nicht, ob es dieselben Personen sind, die es schon einmal versucht haben, oder nicht. 2022 waren es weniger Personen, nur etwa 16 000. 2023 stieg die Zahl wieder: Es gab mehr als 26 000 Versuche, die Grenze zu passieren. Bis Ende August dieses Jahres gab es bereits fast 24 000 Versuche; ein Anstieg der Zahlen ist somit zu beobachten. Es gab auch mehr gefährliche Fälle für die Soldaten und die Beamten, die die Grenze schützen. Im Mai und Juni waren die Zahlen am höchsten. Wir denken, das hing mit den Europawahlen und dem Versuch zusammen, in dieser Situation Druck aufzubauen, um gewisse politische Ziele zu erreichen. Jetzt sinken die Zahlen wieder. Aber wir gehen davon aus, dass sie wieder steigen werden. Denn Polen übernimmt im Januar die EU-Ratspräsidentschaft, und wir fürchten, dass dann das Regime von Lukaschenko, inspiriert von Putin, versuchen wird, noch einmal mehr Druck auf uns auszuüben und uns diese Zeiten noch ein wenig zu erschweren.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Vielen Dank für Ihren Vortrag und für die Arbeit, die Sie hier leisten. Der Grenzzaun zu Belarus mag das eine sein, das andere Problem ist aber sicherlich die Schleuserkriminalität. Gerade über die Slowakei und die Ukraine gibt es immer wieder viele Schleuseraktivitäten. Bei uns sind die Hauptherkunftsländer der Menschen, die Asyl beantragen, glaube ich, Afghanistan, Syrien und der Irak - also genau die Länder, die Sie auch auf der Folie aufgelistet haben. Welche Maßnahmen ergreifen Sie im Bereich der Schleuserkriminalität?

Magdalena Rychter: Anfangs waren Afghanistan, Syrien und insbesondere Irak an erster Stelle. Später ist es uns gelungen, die Zahlen durch diplomatische Gespräche zu senken. Die Migranten, die schon in Belarus waren, wurden durch die irakische Regierung zurückgefordert und sind nach Bagdad zurückgekehrt. Das hat uns geholfen, die Situation zu lösen. Dabei waren auch Nationalitäten, bei denen es sehr schwer fällt, die Personen zurückzuschicken, weil es dazu keine Möglichkeiten gab. Zuletzt kamen die Migranten aus Afrika, aus Eritrea und Äthiopien. Das sind Migranten, die nicht zurückkehren können. Dort gibt es keine Zusammenarbeit.

Wie ich bereits betont habe, sind wir uns darüber im Klaren, dass das Lukaschenko-Regime und Putin sich dort engagieren. Aber sie könnten das nicht tun, wenn sie nicht mit den Schleusern zusammenarbeiten würden. Deshalb ist bestimmt eine Mafia-Organisation involviert. Es gibt Personen, die angeworben wurden, die Flüchtlinge zur Grenze zu fahren. Andere übernehmen dann diese Personen und bringen sie weiter Richtung Grenze. Hinter der Grenze warten wieder andere Kuriere auf sie und bringen sie dann weiter, zum Beispiel nach Deutschland. Das alles ist sehr gut organisiert.

Unser Grenzschutz sowie die Polizei reagieren darauf, versuchen, dem vorzubeugen und entgegenzuwirken. Ich weiß nicht, ob wir Statistiken darüber haben, wie viele Migranten wir inhaftiert haben, weil sie Teil dieser organisierten Kriminalität waren, aber allein in diesem Jahr wurden 300 Migranten inhaftiert, weil sie in Schleuserbanden mitgewirkt haben. Wir erhalten sehr oft operationale Informationen, aber unsere Polizei arbeitet auch mit der Polizei aus anderen Mitgliedstaaten zusammen. Es gibt zudem eine Zusammenarbeit mit Europol und den Vertretern der Polizeibehörden. Diese besprechen sich zu diesen Themen und versuchen, dem entgegenzuwirken. Das ist aber keine leichte Aufgabe.

Die derzeitige Situation in der Ukraine verbessert die Lage sicherlich nicht. Wir kontrollieren die Grenze, aber es werden zum Beispiel auch Waffen und Drogen geschmuggelt. Es handelt sich diesbezüglich aber um keine Krisensituation, und es wird alles beobachtet. Doch in Bezug auf die Ukraine gibt es auch Sicherheitsfragen. Das ist eine unserer Prioritäten für unsere Präsidentschaft. Deshalb behalten wir dies im Auge, und im Ministerium wird auch viel Wert darauf gelegt. Viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind in kriminelle Handlungen verwickelt. Wir wissen das und versuchen auch, dies zu bekämpfen.

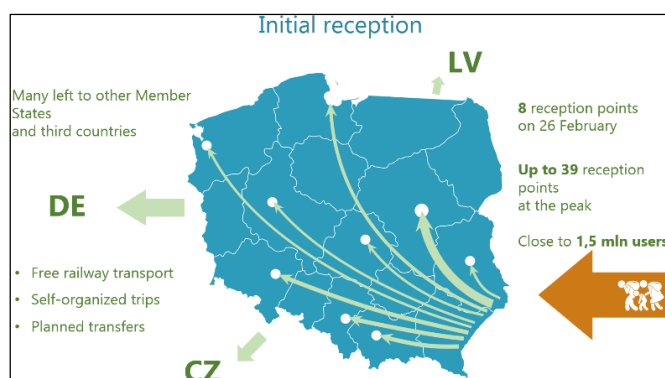
Wir haben auch Kontrollen an der südlichen Route, an der Grenze zur Slowakei durchgeführt, aber diese wurden mittlerweile aufgehoben. Dort sehen wir zurzeit auch keinen größeren Risiken oder eine Bedrohung. Es ist auch nicht geplant, diese Kontrollen wieder einzuführen.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Die Reise unseres Ausschusses steht unter der Überschrift „Migration“. Wir wissen um die herausragende und bedeutende Rolle, die Polen dabei spielt - auch für unsere Sicherheit. Inzwischen haben diese Fluchtbewegungen auch Auswirkungen auf unser politisches System und die Stabilität unserer Demokratie. Das, was Sie hier leisten, hat auch unmittelbare Auswirkungen auf uns. Wir versprechen uns von Ihrer Expertise auch eine sehr erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft.

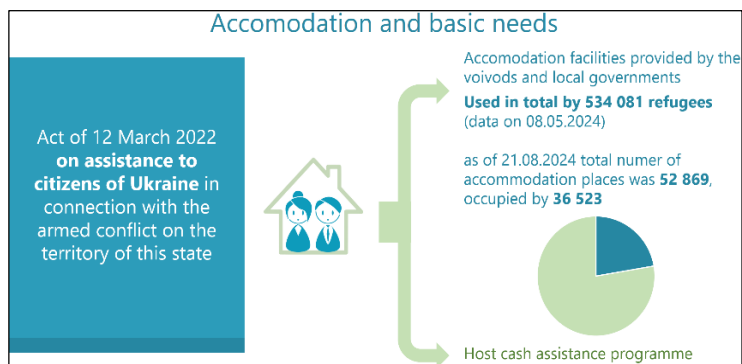
Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihren Vortrag. Wir konnten sehr viel mitnehmen und auch sehen, was hier anders als bei uns ist. Beispielsweise läuft die Digitalisierung in Polen anscheinend besser.

Ich möchte etwas zu Ihren Aufnahmezentren fragen. Sie haben dargestellt, dass ein sehr dynamisches Geschehen zu beobachten sei und sich die Situation in der Ukraine von heute auf morgen völlig anders darstellen könne. Dadurch würden Sie hier dann - wie am 24. Februar 2022 - wieder vor großen Herausforderungen stehen. Wie viele Aufnahmezentren haben Sie, und wie groß sind die Kapazitäten, die Sie kurzfristig zur Verfügung stellen könnten?

Magdalena Rychter: 2022 hatten wir in den Woiwodschaften, die an die Ukraine angrenzen, 39 Aufnahmezentren, in denen Migranten für ein oder zwei Tage aufgenommen werden können, um sich zum Beispiel zu registrieren, erste Hilfe zu bekommen oder Lebensmittel zu erhalten. Jetzt haben wir dort acht solcher Aufnahmezentren. Die Zahlen sind zwar nicht mehr so hoch, aber jeden Tag kommen einige Personen aufgrund des Krieges über die



Grenze zu uns. Es gibt auch einen laufenden Grenzverkehr: 25 000 Personen übertreten pro Woche die Grenze. Aber natürlich handelt es sich dabei nicht nur um Flüchtlinge. Inbegriffen sind wirtschaftliche Kontakte, militärische Hilfe und andere laufende Kontakte.



Zu den Zentren. Wie ich sagte, haben wir zurzeit 40 000 Ukrainer in den Aufnahmezentren. Aber wir könnten weitere 40 000 aufnehmen und die Kapazität bis auf 150 000 Plätze ausbauen. Im vorliegenden Beispiel waren es ca. 36 000 bei mehr als 52 000 freien Plätzen. Aber wir hätten noch die Kapazität,

weitere 100 000 Personen aufzunehmen, so wie es auch im März/April 2022 der Fall war. Diese Plätze werden ganz unterschiedlich angenommen, manche für einige wenige Tage, andere für mehrere Tage. Insgesamt haben mehr als 500 000 Personen Plätze in Anspruch genommen. Wir treffen uns auch mit den UNHCR-Vertretern und besprechen, wie wir vorbereitet sind, wo unsere Kapazitäten enden und wo wir Unterstützung brauchen würden. Wir informieren auch andere darüber.

Abg. Saskia Buschmann (CDU): Ich habe eine Frage zum Thema Grenzschutz. Man meldet sich sicherlich eher zum Grenzschutz, wenn man nicht damit rechnen muss, sein eigenes Leben zu riskieren, und nicht davon bedroht ist, mit Krieg konfrontiert zu werden. Haben Sie dort einen Rückgang zu verzeichnen? Stellen Sie fest, dass sich weniger Leute melden? Wie halten Sie die Attraktivität dieses Berufes, der sowohl für den polnischen als auch für den europäischen Schutz wichtig ist, aufrecht?

Magdalena Rychter: Zurzeit sind sowohl beim Grenzschutz und bei der Polizei als auch in der öffentlichen Verwaltung ca. 15 bis 20 % der Stellen nicht besetzt. Die Arbeit des Grenzschutzes fordert viel. Aber wir wissen von den Beamten, dass diejenigen, die sich jetzt melden, auch sehr motiviert sind. Sie haben das Gefühl, eine konkrete Aufgabe zu erfüllen und den Staat auch wirklich zu schützen, wenn sie an der Grenze stehen. Das ist eine große Motivation und ermuntert sie.

Das Hauptproblem dreht sich in diesem Kontext um finanzielle Fragen. Auf dem privaten Arbeitsmarkt kann man mehr verdienen als in der öffentlichen Verwaltung oder im uniformierten Diensten. Man muss dort erst mehrere Jahre arbeiten, bis die Vergütung höher wird. Auch demografisch sieht die Situation bei uns nicht so gut aus. Auf die jungen Menschen, die bereit sind zu arbeiten, warten nach dem Studium bzw. der Ausbildung sehr viele Arbeitgeber. Daher muss man wettbewerbsfähig sein, damit man sie für sich gewinnen kann.

Um diese Probleme anzugehen, wurden bereits Maßnahmen ergriffen. Auf der Ebene des Ministeriums wurde ein Dokument erstellt, das sich mit der Erhöhung der Beschäftigung auf der Regierungsebene beschäftigt. Hierzu gibt es einige Ideen. An einer Erhöhung der Bezahlung wird mit Blick auf den Haushalt des nächsten Jahres bereits gearbeitet. Der gesamte öffentliche Dienst wäre davon betroffen. Die Regierung plant das jetzt zu ändern, und wir hoffen, dass es auch gelingen wird. Eine andere Idee wäre, die Menschen früher in Pension gehen zu lassen. Auch das könnte die Menschen ermuntern, diese Arbeit aufzunehmen.

Abg. **André Bock** (CDU): Sie haben vorhin zum digitalen Ausweissystem für die ukrainischen Geflüchteten ausgeführt. Ist das extra für die ukrainischen Geflüchteten eingeführt worden, weil es etwas Vergleichbares in der Ukraine gibt, oder gibt es in Polen generell ein digitales Ausweissystem?

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Grenzschutz. Sie haben von 200 km Mauer plus Kameraausrüstung usw. gesprochen und auch gesagt, es werde weiter investiert. Können Sie skizzieren, wie viel bisher im Rahmen des Grenzschutzes in diese technischen Maßnahmen investiert worden ist und wie viel geplant ist, dort jedes Jahr zu investieren?

Magdalena Rychter: Der digitale Ausweis ist nur für die Flüchtlinge aus der Ukraine gedacht. Aber er stützt sich auf unsere nationale App. Wir haben ein nationales System, eine App für polnische Bürger, auf deren Basis eine gesonderte App für die Flüchtlinge aus der Ukraine entwickelt wurde. Es gab auch Interesse von deutscher Seite, mehr über diese Lösung zu erfahren. Bei Ihnen hätte man das auch gern. Vielleicht wird das in der Zukunft noch passieren; soweit ich weiß, haben Sie immer noch diese Plastik-ID-Karte.

Für die physischen Barrieren haben wir 1,65 Milliarden PLN investiert. Für die elektronischen Barrieren in den Sumpfgebieten haben wir 364 Millionen PLN mithilfe von EU-Mitteln investiert. Polen hat zu jedem Projekt 10 bis 15 % der Kosten aus dem eigenen Haushalt beigetragen. Die weiteren Informationen reichen wir gern nach.

*

Im Nachgang zu dem Besuch wurden per E-Mail vom 3. September 2023 folgende weitergehende Informationen durch das polnische Innenministerium bereitgestellt:

Ein Abschnitt der Landgrenze zu Belarus wird durch eine physische Sperre (186 km lang, Gesamthöhe 5,5 m vom Boden bis zum Faltenbalg, fest mit dem Boden verbundene Stahlkonstruktion mit Servicetoren und Toren, die unter anderem für die Migration von Tieren geöffnet werden) zusammen mit einer elektronischen Sperre (206 km lang, unter anderem mit rund 3 000 Tag-/Nacht- und Wärmebildkameras ausgestattet) gesichert. Die Kosten für die Grenzsperre auf dem polnisch-belarussischen Abschnitt belaufen sich auf 1,65 Milliarden PLN (Finanzierungsquelle: nationale Mittel, einschließlich des Staatshaushalts; Fonds zur Unterstützung des Grenzschutzes; Programm zur Modernisierung der Polizei, des Grenzschutzes, der staatlichen Feuerwehr und des staatlichen Schutzdienstes in den Jahren 2022-2025).

Eine elektronische Sperre wird auch dort errichtet, wo aus technischen Gründen keine physische Sperre gebaut werden konnte, zum Beispiel entlang des Flusses Bug sowie entlang der Flüsse Svisloch und Istoczanka mit einer Gesamtlänge von 219 km (Finanzierungsquelle: EU-Mittel). Die Gesamtkosten für beide Investitionen belaufen sich auf mehr als 364 Millionen PLN.

Gespräch mit der Leiterin des Programms EU- und Migrationspolitik des Instituts für öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych, ISP)

Małgorzata Kopka-Piątek: Zunächst möchte ich mich vorstellen. Ich bin am **Institut für öffentliche Angelegenheiten** hier in Warschau für Europa- und Migrationspolitik zuständig. Das Institut ist einer der führenden Thinktanks in Polen. Es wurde 1995 gegründet und gehört damit zu den ersten, die nach der Wende in Polen entstanden sind, und mittlerweile auch zu denen, die am längsten bestehen. Wir arbeiten zum Thema Sozialpolitik. Dort forschen wir hauptsächlich zur Zukunft des Arbeitsmarkts und bemühen uns, Empfehlungen an die Politik, an die Kommunen und regionale Vertretungen sowie an die Wirtschaft zu formulieren. Meine Abteilung arbeitet sehr eng mit dem Bereich Sozialpolitik und Arbeitsmarkt zusammen, weil dies alles eng miteinander verbunden ist.

Wir bekommen keinen Zuschuss vom polnischen Staat bzw. von Ministerien. Wir beteiligen uns an Ausschreibungen und finanzieren uns - inklusive unserer Gehälter, Büromiete usw. - über Projekte. Wir sind stolz darauf, dass wir alle festangestellt sind und volle Arbeitnehmerrechte inklusive Urlaub, Sozialabgaben usw. haben. Aber für unseren Vorstand und die Leitung der Stiftung ist es eine Herausforderung, das Institut ausschließlich über Projektmittel zu finanzieren, und dies über eine so lange Zeit, insbesondere da wir in den vergangenen acht Jahren bei allen Ausschreibungen der vorherigen Regierung durchgefallen sind. Insofern haben wir nicht nur auf einen Regierungswechsel gehofft, weil wir die Reformen in vielen Bereichen kritisch gesehen haben, sondern auch weil wir erwartet haben, dass damit auch die öffentlichen Gelder transparenter und gerechter vergeben werden und auch Organisationen wie die unsere profitieren können.

Unsere Bereiche sind Sozialpolitik, Migration, Europapolitik, nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik sowie Demokratie und Zivilgesellschaft. Dort, wo es sich ergibt, versuchen wir, themenübergreifend in den Teams zu arbeiten. Wir hatten immer einen guten Kontakt zur Politik, sei es lokal zu den polnischen Woiwodschaften oder auch zu der zentralen Regierung in Warschau und den Ministerien. Wir sind auch Herausgeber eines spezifisch deutsch-polnischen Berichts, des „Deutsch-Polnischen Barometers“, der seit 2000 fast jährlich veröffentlicht wird. Er enthält Meinungen von Polen und Deutschen über die gegenseitige Wahrnehmung, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie deren aktuelle Herausforderungen. Dazu werden repräsentative Gruppen aus Deutschland und Polen befragt. Die aktuellsten Themen sind die Europapolitik, die Klimapolitik, die Hilfe für die Ukraine und die Bedrohung seitens Russlands. Wir haben vergangene Woche die neuste Umfrage abgeschlossen und werden im Oktober die neuesten Daten präsentieren können.

Bei Fragen der **Migration in Polen** muss man immer im Hinterkopf behalten, dass die Rolle als Einwanderungsland für Polen relativ neu ist. Polen ist historisch gesehen immer ein Auswanderungsland gewesen. Große Migrationsbewegungen von Tausenden von Menschen hat Polen zuletzt im Zuge der polnischen Westverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg und der damit einhergehenden Vertreibung von Deutschen aus den früheren deutschen Gebieten und von Polen aus den nun sowjetischen Gebieten im früheren Ostpolen erlebt. Polen hat insofern einen völlig anderen gesellschaftlichen und historischen Hintergrund.

Eine große Migrationsbewegung gab es dann mit dem Beitritt Polens zur EU 2004. Großbritannien, Spanien und weitere Länder haben sofort den Arbeitsmarkt für polnische Bürgerinnen und Bürger geöffnet, und laut Schätzungen sind etwa 2 Millionen - vor allem junge und gut ausgebildete - Menschen ausgewandert und größtenteils auch im Ausland geblieben. In den Köpfen der polnischen Menschen ist Polen folglich ein Land, aus dem die Bürgerinnen und Bürger auswandern, und keines, in das man einwandert.

Selbstverständlich sind nach dem Krieg bis heute auch Menschen als Migranten und Asylbewerber nach Polen gekommen. Im Ersten und Zweiten Tschetschenien-Krieg in den 90er- und 2000er-Jahren hat Polen zwischen 80 000 und 90 000 Tschetschenen aufgenommen. Das ist ohne größeren politischen Widerstand passiert, auch weil Tschetschenien von Russland angegriffen worden ist und man damit einen gemeinsamen Feind hatte. Das wird auch heute im Zusammenhang mit dem **Ukraine-Krieg** so gesehen.

Im Februar 2022 hat Polen die Grenze geöffnet, und viele polnische Bürgerinnen und Bürger sind an die Grenze gereist, um den Menschen zu helfen und sie aufzunehmen. Diese Reaktion ist sehr stark historisch bedingt. Wenn Russland ein Land angreift, kommen selbst in den jüngeren Generationen die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg hoch. Die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg spielen in den Familien, in den Geschichtsbüchern und in der Politik immer noch eine große Rolle und sorgen für Solidarität mit von Russland angegriffenen Menschen - auch mit dem Hintergedanken, dass Polen das nächste Land sein könnte, das angegriffen wird. Zudem lebten schon seit der Annexion der Krim 2014 viele ukrainische Bürgerinnen und Bürger in Polen. Zeitweise waren es bis zu 2 Millionen Menschen. Sie haben einen großen Teil der Hilfsleistungen organisiert und Menschen - häufig Familienangehörige, Freunde und Bekannte - bei sich aufgenommen. Die erste Zeit nach Kriegsausbruch war von privater Hilfe und der Unterstützung seitens der an der Grenze gelegenen Kommunen sowie von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Vereinen und Kirchengemeinden geprägt. Der Staat als solcher bzw. das Innenministerium waren unvorbereitet und sind lange nicht aktiv geworden. Dabei war man schon im November gewarnt worden, dass es zu einem Angriff kommen könnte. Polen hatte ganz wenige große Aufnahmeeinrichtungen. Die Menschen wurden in den ersten Wochen in Privathäusern, Pensionen und Hotels untergebracht. Im Moment leben etwa 50 000 Menschen in den Aufnahmeeinrichtungen. Das ist angesichts der Zahl von etwa 1 Million Ukrainern, die im Moment in Polen leben, ein geringer Wert.

Unglaublich wichtig ist das Engagement der NGOs. Sie waren zum Teil auch schon erfahren, weil sie bereits seit 2014 Ukrainerinnen und Ukrainern geholfen hatten, obwohl sie damals nicht als Kriegsflüchtlinge bezeichnet wurden. Sie waren Migranten im Sinne von Arbeitsmigranten, wenige waren Asylbewerber im legalen Sinne. Die NGOs konnten dann im Februar 2022 auf ihre Erfahrungen zurückgreifen. Dennoch war die Situation überfordernd. Das ist nicht nur die polnische Erfahrung. Auch für die großen internationalen Hilfsorganisationen war es ungewöhnlich, dass sie auf einmal einen so großen Flüchtlingshilfeeinsatz in einem demokratisch regierten Land hatten, das sich nicht in der Krise befindet. Trotz der Hilfe vieler internationaler Organisationen und trotz der Hilfgelder hat es an Arbeitskräften gefehlt, an Menschen, die wussten, wie man die Hilfe für so viele Menschen organisiert.

Abg. **Deniz Kurku** (SPD): Wir haben im Innenministerium gehört, dass man, was die Integration und Unterbringung von Flüchtlingen angeht, in der Vergangenheit sehr stark auf privates Engagement und NGOs gesetzt hat. Jetzt hören wir von Ihnen, dass Ihr Institut nicht staatlich finanziert ist. Gilt das generell für alle NGOs, oder gibt es manche, die quasi staatliche Aufgaben übernommen haben und strukturell ganz anders aufgestellt sind als Ihre?

Małgorzata Kopka-Piątek: Wir als Institut haben von der PiS-Regierung keine Unterstützung bekommen. Wir sind aber auch keine Hilfsorganisation. Wir machen wirklich nur Recherchen, Studien und Analysen und beschäftigen uns nicht mit der direkten Hilfe. Wir analysieren eher, wie sie organisiert ist, und geben gegebenenfalls Empfehlungen für NGOs im Migrantenumfeld und auch für die Regierung.

Aber prinzipiell bekommen die kleinen Hilfsorganisationen, die sich um Flüchtlinge aus der Ukraine kümmern, viel Geld von den internationalen Hilfsorganisationen wie der Internationalen Organisation für Migration oder der UNO-Flüchtlingshilfe.

Die Finanzierung hängt im Übrigen von der Art von Migranten bzw. Flüchtlingen ab. Im Moment ist alles etwas chaotisch, denn Polen hat eine große Zahl ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen, die sofort einen anderen Status hatten. Wie überall in Europa durchlaufen sie nicht das übliche Asylverfahren. Das ist für die Menschen und die Behörden natürlich viel einfacher, aber es entsteht Chaos, weil vor 2022 auch schon viele Ukrainer gekommen sind, die diesen besonderen temporären Schutz nicht haben. Zusätzlich gibt es auch noch Menschen aus Belarus und aus Russland, die zum Teil wegen des Krieges gekommen sind oder noch vor dem Krieg wegen der gefälschten Präsidentschaftswahl in Belarus und der Repression der Opposition dort. Das sind inzwischen auch Zigtausende. Für sie gab es ebenfalls ein Sonderprogramm von der PiS-Regierung. Deswegen rede ich von chaotischen Zuständen. Denn wenn es um die Frage der Unterstützung geht, muss man das wirklich separat, Gruppe für Gruppe betrachten, und man verliert schnell den Überblick.

Zudem gab es auch eine Unterstützung von 40 PLN pro Person vom polnischen Staat für Privatpersonen, die Ukrainer bei sich aufgenommen haben. Diese Unterstützung wurde über die Kommunen ausgezahlt und am 1. Juli dieses Jahres für die Allgemeinheit gestrichen. Es gibt nur noch Unterstützung für ältere Leute, Menschen mit Behinderung, große Familien mit mehreren Kindern usw. Asylbewerber und -bewerberinnen bekommen Sozialhilfe. Das sind 750 PLN pro Person. Aber eine vierköpfige Familie bekommt nicht mehr als 1 500 PLN. Eine Wohnung zu mieten, kostet nicht nur in Warschau, sondern auch in Posen oder woanders etwa ab 2 000 bis 3 000 PLN im Monat. Wir haben einen sehr engen Wohnungsmarkt in Polen. Es gibt sehr wenige Mietwohnungen, nach der Wende ist die Zahl der Eigentumswohnungen sehr stark gestiegen. Wohnungen sind folglich selbst für Polen knapp, und für Zuwanderer ist es noch einmal schwieriger, eine Wohnung zu finden, insbesondere seit 2022, weil viele private Wohnungen Ukrainern zur Verfügung gestellt worden sind - zunächst zu günstigeren Preisen, aber mittlerweile hat der Markt das geregelt, und die Preise sind stark gestiegen.

Abg. Sebastian Zinke (SPD): Im Innenministerium haben wir gehört, dass die Regierung dabei ist, eine umfassende neue Migrationsstrategie aufzusetzen, die nicht nur auf das Thema Flucht ausgerichtet ist, sondern auch darauf, was die Gesellschaft und die Wirtschaft brauchen. Sie soll wissenschaftlich fundiert sein. Ich finde, es ist ein sehr interessanter Ansatz, ein umfassendes Konzept zu entwickeln. Sind Sie dort involviert?

Małgorzata Kopka-Piątek: Das Ministerium arbeitet mit vielen Organisationen zusammen. Wir waren in den Vorgesprächen dabei. Vizeminister Duszczuk ist Professor für Migration und sehr wissenschaftlich an die Sache herangegangen. 12 000 Fragebögen wurden an mehrere Stellen verschickt, inklusive Kommunen, Rechercheorganisationen und auch einzelnen Personen, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Wir warten alle gespannt auf die Ergebnisse. Denn - ich sage es mal so - die Erwartung war eher, dass Professor Duszczuk, ein Experte in diesem Thema, schon mit ein paar Vorschlägen und Lösungen kommt und nicht damit anfängt, zunächst Fragebögen zu verschicken. Denn der Staat, die Kommunen und die polnische Wirtschaft können nicht so lange warten, bis jemand 12 000 Fragebögen analysiert hat. Ich bin da vielleicht sehr kritisch, aber es ist unsere Rolle, kritisch zu sein, egal, wer regiert.

Die erste Maßnahme der Regierung war, damit aufzuhören, Visa zu verteilen, und sich einen Überblick zu verschaffen. Das war durchaus gut, weil die vorherige Regierung inflationär Arbeitsvisa vergeben hat und nicht mehr wusste, wie viele der Menschen tatsächlich nach Polen gekommen sind und wie viele geblieben sind bzw. wo die Menschen jetzt sind. Denn in vielen Fällen waren es Schengen-Visa, das heißt, viele von ihnen sind in Deutschland oder woanders in Europa. Im Innenministerium und im Parlament laufen Ermittlungen, um herauszubekommen, wie es dazu gekommen ist, dass wir so viele Arbeitsvisa vergeben haben, ohne zu wissen, was eigentlich der Stand ist.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Könnte die Befragung von 12 000 Personen nicht auch dazu dienen, eine Legitimationsbasis in einem schwierigen politischen Feld zu schaffen? Denn die politischen Mehrheiten für Veränderungen sind bekanntlich nicht so einfach herzustellen.

Małgorzata Kopka-Piątek: Natürlich hat es auch diesen Legitimationshintergrund, und es war auch eine Strategie, um sich etwas Zeit zu verschaffen, auch weil wir über Monate in einem ständigen Wahlkampf waren. Die Parlamentswahlen waren im Oktober 2023, dann kamen die Kommunal- und Regionalwahlen im April 2024 und schließlich die Europawahl im Juni 2024. Das heißt, wir waren wirklich rund ein Jahr lang - wenn man die Wahlkampagne für die Parlamentswahlen dazurechnet - im Wahlkampf. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, was das für Entscheidungen, für schwierige Themen und vor allem auch für das Thema Migration bedeutet.

Zudem haben wir eine Koalitionsregierung. Sie besteht nicht nur aus drei Parteien, sondern die Parteien, die die Regierung bilden, sind auch Koalitionen aus Parteien. Die Regierung hat also wirklich viel auszubalancieren, und das alles in diesem Wahlkampagnenmodus. Das war sicherlich nicht einfach. Das ist auch ein Kritikpunkt der NGOs, der Hilfsorganisation und der Migrantenorganisation. Inzwischen wurden zusätzlich sehr engagierte Organisationen gegründet - von Ukrainern und Belarussen, die in Polen leben. Auch sie werden ins Innenministerium eingeladen. Aber bezüglich der Erwartung, dass sich mit der neuen Regierung etwas im Sinne eines positiven Narratives rund um das Thema Migration verändert, sind viele enttäuscht worden. Auch wenn wir verstehen, dass die Aufgaben schwierig sind, dass es Chaos gibt, dass man sich zuerst sortieren muss, und es nachvollziehbar ist, dass es für die neue Regierung schwierig ist. Dazu kam auch der EU-Migrations- und Asylpakt, den die Tusk-Regierung nicht komplett umsetzen will usw.

Sie waren an der deutsch-polnischen Grenze, Sie fahren noch an die polnisch-ukrainische Grenze, problematisch ist aber die **polnisch-belarussische Grenze**. Das prägt sehr stark das Narrativ um Migration in Polen. Damit, dass inzwischen viele Ukrainer und Belarussen hier leben - man hört die Sprache auf der Straße, in den Kneipen wird man überall von Menschen mit russischem Akzent bedient -, können bis auf ein paar Extreme wie Vertreter der Konfederacja alle leben. Aber nicht unbedingt mit dem, was entlang der polnisch-belarussischen Grenze passiert. Es war wirklich eine große Hoffnung der polnischen NGOs und von Menschenrechtlern, dass die neue Regierung die Situation dort verändert. Sie soll auf der einen Seite die Grenze schützen - das ist nicht nur die polnische Grenze, das ist die Außengrenze der EU, und wir wissen schon, dass es eine gezielte Aktion von Putin und Lukaschenko ist, Migranten in den Wald zu schicken, zu pushen usw. -, aber dass die polnischen Grenzschutzbeamten die Menschen dann auf der anderen Seite in den Wald zurückpushen, wollen viele nicht.

Vor den Europawahlen ist ein polnischer Soldat erstochen worden. Wir kennen den Täter nicht, es war eine Person auf der anderen Seite des Zauns. Das hat natürlich die Emotionen hochko-

chen lassen. Die Opposition - die PiS-Partei, aber auch die Konfederacja, also die Rechtsextreme - nutzt das, um die gesellschaftliche Stimmung gegen die Aufnahme von Migranten und Asylbewerbern im Allgemeinen zu schüren. Auch mit Blick darauf nimmt sich die neue Regierung etwas Zeit, um das strategisch anzugehen und Aufgaben neu zu verteilen.

Aber ein wenig Ungeduld ist schon vorhanden - nicht nur bei Menschenrechtlern und Forscher, sondern auch bei der **polnischen Wirtschaft**. Sie braucht dringend Arbeitskräfte, laut mancher Angaben sind hier bis zu 400 000 Arbeitsplätze zu besetzen. Wir halten uns mit dem Bruttoinlandsprodukt besser als erwartet über Wasser, aber die Stagnation der deutschen Wirtschaft bekommen wir sehr stark zu spüren, und um die Wirtschaft anzukurbeln, brauchen wir neue Arbeitskräfte, und die bekommen wir intern nicht. Viele der Ukrainer arbeiten, 60 % der Flüchtlinge aus der Ukraine haben eine Beschäftigung. Diejenigen, die arbeiten können, haben eine Arbeit aufgenommen. Aber der Anteil wird nicht mehr wesentlich steigen, denn die Übrigen sind Mütter mit kleinen Kindern, Ältere, Menschen mit Behinderungen etc. Wir sind an unseren Grenzen, und die Wirtschaft pocht auf Migration, auf reguläre Migration natürlich.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Sie hatten gesagt, Sie hätten auf Lösungsvorschläge und politische Ideen gehofft. Ich habe mich gefragt, welche Lösungsvorschläge Sie erwartet hätten.

Małgorzata Kopka-Piątek: Eine Sache, die wir auf der Agenda hatten, ist schon passiert. Ab heute gibt es eine **Schulpflicht für ukrainische Kinder**. Das war bisher nicht der Fall. Es herrschte Chaos, denn man wusste von vielen ukrainischen Kindern und Jugendlichen nicht, ob sie überhaupt eine Schule besuchen bzw. online Unterricht erhalten. Bei uns gibt es die Verbindung von Kindergeld und Schulpflicht. Auch die ukrainischen Kinder haben Kindergeld bekommen, darauf gab es einen Anspruch, aber man wusste nicht einmal, ob das Kind überhaupt in Polen ist, weil es eben keine Schulpflicht gab. Das war ein hochpolitisches Thema. Die ukrainische Regierung hat sich das nicht gewünscht, aber die polnische Regierung ist jetzt nach zwei Jahren mit ihr übereingekommen.

Ein sehr wichtiger Punkt, der auch auf unserer Agenda steht, ist, polnische Schulen mehr zu zentralen Punkten der Integration zu machen. Denn dort erreicht man auch ukrainische Eltern, vor allem Mütter, die nicht arbeiten. Man erreicht Schüler, Studenten, Jugendliche, die arbeiten, aber Mütter, die mit den Kindern zu Hause sind, erreicht man meist nur über die Schule, und zwar im Sinne von Integration, damit sie die Sprache lernen, in die Gesellschaft integriert werden und auch Kontakt zu polnischen Eltern aufbauen, mit denen sie sonst nicht unbedingt in Berührung kommen würden. Die Schulpflicht einzuführen, war eine sehr gute Entscheidung. Die polnischen Schulen sollen auch finanziell und personell gestärkt werden, um diese Integrationsaufgaben erfüllen zu können - ebenso Kommunen, denn diese sind die ersten Anlaufstellen. In Polen leben 80 % der Migranten in Großstädten und kaum in kleineren Gemeinden. Aber dort gibt es durchaus die Bereitschaft, Migranten aufzunehmen. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind auf dem Lande angesiedelt, sie brauchen Arbeitskräfte, und Schulen werden geschlossen, weil es zu wenig Kinder gibt.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Gibt es denn genug Lehrkräfte in Polen?

Małgorzata Kopka-Piątek: Es gibt 20 000 vakante Stellen.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Sie haben den Bedarf an Arbeitskräften angesprochen. In Deutschland haben wir dasselbe Problem. Die Gesellschaft überaltert, die Generation der sogenannten Boomer geht bald in Rente. Geschätzt werden auch bei uns rund 332 000 Menschen jährlich fehlen. Wie sieht denn die **Altersstruktur in Polen** aus? Arbeitsmigration über die Grenze zur Ukraine gibt es nach wie vor, wie wir heute im Innenministerium gehört haben. Stellen Sie eine Verschiebung fest? Kommen die Polen, die nach Deutschland kommen, auch wieder zurück?

Małgorzata Kopka-Piątek: Polen hatte vergangenes Jahr mit 1,15 die niedrigste Geburtenrate in Europa. Wir sind voll konfrontiert mit einer alternden Gesellschaft. Deswegen gibt es auch den Druck seitens der Wirtschaft, neue Arbeitskräfte über Migration zu bekommen. Die polnische Wirtschaft beruht auf niedrigen Kosten für die Arbeitgeber. Wenn es zu wenig Arbeitskräfte gibt, steigen die Preise, und die Produktionskosten werden höher. Die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft verschlechtert sich. Dazu kommt, dass wir in der Energiewende viel nachzuholen haben. Wir sind noch kohlebasiert. Die Kosten für die CO₂-Emissionen lasten auf der Wirtschaft. Deswegen sind neue Arbeitskräfte so wichtig. Solange die Wirtschaft kein neues Modell für sich findet, sind wir auf diese Arbeitskräfte angewiesen.

Die Konzepte der früheren Regierung, um Polinnen dazu zu bewegen, mehr Kinder zu bekommen, haben auch nicht funktioniert. Denn zunächst braucht man Frauen in einer Altersgruppe, in der sie noch Kinder auf die Welt bringen können. Ich hatte erwähnt, dass 2 Millionen Polen nach Großbritannien und in anderen Länder ausgewandert sind. Sie haben dort Familien mit zum Teil vielen Kindern gegründet. Sie haben viel mehr Kinder als polnische Familien in Polen, und das ist nicht so, weil sie so viel Sozialhilfe bekommen. Sie alle sind dort voll beschäftigt und bezahlen manchmal auch für private Schulen etc., wenn sie es sich leisten können. Das zeigt: Um mehr Kinder zu bekommen, braucht man mehr als direkte Zahlungen und Druck seitens der Politik.

Auch frühere Regierungen, nicht nur die PiS-Regierung, haben dort vieles versäumt. Es gab zu wenig Krippen- und Kindergartenplätze. Der Arbeitsmarkt war zu unflexibel, es gab keine halben Stellen oder flexible Arbeitszeiten usw. Dass man mehr von zu Hause arbeiten konnte, kam erst mit der Coronapandemie. Durch das Kindergeld „500 Plus“ - jetzt sind es „800 Plus“ -, das die PiS-Regierung eingeführt hat, gab es in den ersten Monaten einen kleinen Peak, die Geburtenrate ist gestiegen, aber sie wäre ohnehin gestiegen, weil in dieser Zeit die letzten starken Jahrgänge junger Frauen, Kinder bekommen haben. Jetzt ist das Reservoir ausgeschöpft, und „800 Plus“ ändert daran auch nichts.

Aber am Anfang hat es geholfen, viele Familien und Kinder aus der Armut herauszuholen. Das ist auf jeden Fall ein Plus dieser Politik. Das Kindergeld hat auch das Vorurteil entzaubert, dass nur sozial Bedürftige Transferleistungen vom Staat erhalten, sondern es hat alle gleichgemacht und die Stigmatisierung beendet. Das ist positiv für die Stimmung in der Gesellschaft allgemein, obwohl es immer noch Menschen gibt - auch Befürworter der Tusk-Regierung -, die sagen, man soll das Kindergeld einkommensabhängig oder nur an Berufstätige auszahlen.

Abg. **Deniz Kurku** (SPD): Ich habe mir die Zahlen angesehen. 2022 sind 152 000 Polinnen und Polen nach Deutschland gekommen, auf der anderen Seite sind 128 000 aus Deutschland zurückgekehrt. Haben diese Menschen schon im Vorfeld Arbeitsverträge unterschrieben, oder sind sie hier erst einmal arbeitssuchend?

Małgorzata Kopka-Piątek: Grundsätzlich würde niemand zurückkommen, wenn er nicht wüsste, dass er hier auf dem Arbeitsmarkt eine Anschlussbeschäftigung findet. Bei einer Arbeitslosenquote von 5 % kann man aber schon zurückkommen und sich in Ruhe umschauchen. Hier bekommt man schnell Anschluss auf dem Arbeitsmarkt, sowohl als hochausgebildete Fachkraft als auch als einfacher Arbeiter. Viele der polnischen Arbeitsmigranten in Deutschland sind Handwerker oder haben eher körperliche Arbeit erledigt. Für diese Menschen gibt es hier auch sehr viele Arbeitsplätze, die wiederum frei geworden sind, weil viele ukrainische Männer zurück mussten. Die ukrainischen Frauen können diese frei gewordenen Stellen nicht eins zu eins übernehmen.

Besuch des Hauptquartiers der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und Gespräch zu den Aufgaben von Frontex sowie den Möglichkeiten der Grenzsicherung

Reza Ahmari, External Communication officer bei Frontex, begrüßt die Ausschussmitglieder im Management Board Room und stellt sich kurz vor. Im weiteren Verlauf erläutert er dem Ausschuss die Arbeit von Frontex anhand einer Präsentation. ([Anlage 4](#)) Das Gespräch verläuft im Wesentlichen wie folgt:

Reza Ahmari (Frontex): Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Frontex ist - und das ist noch diplomatisch ausgedrückt - schwierig. Ich bin mitverantwortlich für die externe Kommunikation. Das ist eine sehr spannende und auch strategische Arbeit. Ich nehme mit unserem Exekutivdirektor an Dienstreisen durch ganz Europa teil, und zu meinem Job gehört auch die Betreuung der zahlreichen Besuchergruppen.

Es gibt sehr viele Nachrichten über Frontex: Pushbacks, teuer, menschenverachtend, unnütz. - Sie alle kennen das. Wir haben eine der schlechtesten Reputationen, vor allem im deutschsprachigen Raum. Ich arbeite daran, das zu ändern.

Allerdings arbeite ich dabei mit Journalisten zusammen, die jahrelang diese Stereotypen bedient haben. Unsere Arbeit mag auch wirklich kritikwürdig sein, aber es gibt auch ganz viele gute und wichtige Dinge. Angesichts dessen, was derzeit in der Welt passiert - wie stark Europa bedroht ist, der Ukraine-Konflikt, die vielen Migrationsströme, das Geschehen in Solingen etc. -, haben das Thema Migration und die Unterstützung und Sicherung der Außengrenzen durch uns eine erhebliche Bedeutung. Das wiederum macht die Pressearbeit so politisch und ideologisch. Ich merke natürlich, dass das alles sehr emotional diskutiert wird.⁴

Nächstes Jahr wird es uns 20 Jahre geben. Mitte der 80er-Jahre wurde das Schengener Übereinkommen getroffen. Politisch wurde entschieden, dass wir die Grenzen innerhalb von Europa öffnen wollen, was ich bis heute für eine grundsätzlich sehr gute und richtige Entscheidung halte. Jedem Staat war aber klar, dass es, was die Sicherheit betrifft, Ausgleichsmaßnahmen geben muss: Schleierfahndungen, Grenzfahndungen, befristete Grenzkontrollen bei Großereignissen. Man war sich auch einig, dass der europäische Außengrenzschutz verstärkt werden muss und dass das nicht allein möglich ist, sondern nur gemeinsam, weshalb eine entsprechende Einheit gebraucht wird.

Jeder Mitgliedstaat, der eine europäische Außengrenze hat, ist nach europäischem Recht verpflichtet, diese zu schützen. Wir sind nicht in der Hauptverantwortung. Das können wir rechtlich auch gar nicht sein, denn der Außengrenzschutz obliegt den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Hauptaufgabe von Frontex ist es, die Mitgliedstaaten bei diesem Grenzschutz personell und materiell zu unterstützen. Wenn ein Asylantrag eines Asylbewerbers an einer EU-Außengrenze nicht berücksichtigt wird, spricht man von einem Pushback. Die Entscheidung dafür treffen aber die Mitgliedstaaten, basierend auf nationalem Recht. Wir können sie gar nicht treffen. Berechtigte Kritik gibt es, wenn Frontex bei diesen Geschehnissen auch vor Ort ist und in

⁴ An dieser Stelle wird ein Imagefilm abgespielt, der unter https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=nh45_HEnRp8 im Internet abrufbar ist.

diesen Momenten vielleicht auch unterstützt. Wir müssen Europa sicherer machen. Die Innengrenzen sind offen, wir brauchen einen verstärkten Außengrenzschutz. Das war die Idee, als Frontex vor 20 Jahren gegründet worden ist.

Warum ist der Sitz von Frontex hier in Polen? - Dafür gibt es eine sehr einfache Erklärung: Es gibt ca. 50 EU-Agenturen, die einigermaßen gerecht über alle Mitgliedstaaten verteilt sein sollen. Polen war vor ca. 20 Jahren ein neuer Mitgliedstaat, und deshalb wurde Frontex hier angesiedelt. Das hatte also keine geopolitischen Gründe. Den Ukraine-Konflikt zum Beispiel konnte vor 20 Jahren niemand errahnen. Wir befinden uns gerade im Hauptsitz. In diesem Gebäude und teilweise auch nebenan arbeiten ca. 1 000 Mitarbeiter. Frontex ist die größte der 50 EU-Agenturen und die am schnellsten wachsende.

Im Jahr 2015 hat es eine der größten Migrationskrisen in Europa gegeben. Deutschland war mit am stärksten betroffen. Frontex ist damals verstärkt in die Diskussion und in den politischen Fokus gekommen. Man hat sich darauf verständigt, Frontex und die EU-Regulation - also unsere gesetzliche Grundlage - zu verändern. Mit der jüngsten Frontex-Verordnung von 2019, die bis heute gültig ist, hat man sich das politische Ziel gesetzt, Frontex zu vergrößern. Wir haben den EU-Auftrag bzw. das politische Ziel, bis Ende 2027 auf 10 000 Mitarbeiter anzuwachsen.

Die EU-Außengrenze an Land umfasst 15 000 km, zudem gibt es 60 000 km Küstengrenze. Wenn man also sagt, man müsse die europäischen Außengrenzen dichtmachen, bedeutet das 60 000 km mehr Grenze. Griechenland hat mehr als 400 Inseln.



Ich sage es ganz offen: 30 000, 80 000 oder 100 000 Frontex-Offiziere werden nichts daran ändern, dass sich Europa nicht „abschließen“ lässt. Auch unser Chef hat gesagt - dafür hat er viel Ärger bekommen, weil er das Narrativ nicht bedient hat -: Wenn jemand eine Grenze überschreiten will, wird er es irgendwann tun. - Wir haben das in den USA und Mexiko gesehen: Der Zaun kann noch so hoch sein. Sie verlangsamten aber natürlich diese Prozesse. Wichtig ist - und das will ich an dieser Stelle betonen -, dass man mit Blick auf die Sicherheit weiß, wer mit welchen Absichten in das Land kommt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und Frontex möchte dabei helfen, die Migration unter Kontrolle zu bekommen.

380 000 unerlaubte Einreisen sind auch ein ganz wichtiger Punkt. Ich gehöre nicht zu denen, die sofort von einer Massenimmigration sprechen. Sie wissen, in der EU leben mehr als 450 Millionen Menschen. Migration zielt in erster Linie in Nachbarländer. Millionen von Menschen verlassen ein Krisengebiet wegen Klima, Krieg oder Armut, um in das Nachbarland zu gehen. Das heißt, ca. 2 Millionen Afghanen sind im Iran, und circa 2 Millionen Afghanen sind in Pakistan. Das sage ich, um die Dimensionen einzuordnen, die Europa betreffen. Die Verteilung ist natürlich eine ganz andere Frage. Ich glaube, auch aus deutscher Sicht gibt es besonderen Handlungsbedarf, mit den europäischen Partnern darüber zu reden.

Zu den derzeit 1 000 Mitarbeitern kommen ungefähr 1 500 operationale Mitarbeiter. Das ist auch nicht allen bewusst: Wir haben es geschafft, seit 2019 - innerhalb von vier Jahren - uniformierte Frontex-Angehörige zu haben, die zum Teil bewaffnet sind und denen Mitgliedstaaten zum Teil exekutive Souveränitätsrechte gegeben haben. Das hat es weltweit noch nicht gegeben. Das haben wir uns nirgendwo abgucken können. Staatliche Souveränität - die Polizei, die Exekutive - ist Macht, das verkörperte Symbol eines Staates. Dies an eine supranationale Organisation abzugeben, fällt verständlicherweise jedem Land schwer. Dafür muss Vertrauen wachsen, und das ist ein hochkomplexer Prozess, den wir gerade durchlaufen. Wir haben ca. 1 500 Standing Corps Officer, die wir bis Ende 2027 bis auf 3 000 anwachsen lassen müssen. Das ist das politische Ziel, das in der Verordnung steht. Ich habe aber von 10 000 Mitarbeitern gesprochen. Die anderen 7 000 kommen aus den Mitgliedstaaten. Das sind die Frontex-Beamten, die die Mitgliedsstaaten nach einem bestimmten Schlüssel stellen müssen: Lichtenstein muss nur einen stellen und Deutschland derzeit 200 - ständig, in der Masse Bundespolizisten.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Die Grenzschutzkompetenz wird bekanntlich in den Mitgliedstaaten ausgebildet. Wäre es nicht möglich gewesen, zu sagen, diese vorhandene Kompetenz gibt man zeitweise oder auch dauerhaft in die Agentur?

Reza Ahmari (Frontex): So wird es jetzt auch gemacht. Die 7 000 Personen sind nicht dauerhaft hier, sondern für Kurzezeiteinsätze, die zum Beispiel vier Wochen oder zwei oder drei Monate dauern, oder für Langzeiteinsätze über zwei Jahre.

Sie sprechen damit ein ganz aktuelles Thema an: Sie erinnern sich an die Rede von Ursula von der Leyen, die sie hielt, um wiedergewählt zu werden. Sie musste natürlich sowohl das rechte als auch das linke Lager im Europäischen Parlament bedienen und hat dann von 30 000 Mitarbeitern gesprochen. Es wird noch Diskussionen darüber geben, was das bedeutet: Wir haben die 10 000 noch nicht mal voll, was soll das mit den 30 000?

Links auf der Folie sehen Sie eine Frontex-Mitarbeiterin und auf der rechten Seite einen der Beamten aus den Mitgliedstaaten, die uns unterstützen - in diesem Fall aus Tschechien.



Wir haben jährlich ca. 23 Operationen. Genau wie das BKA oder die Bundespolizei haben wir Verbindungsbeamte, die uns bei unserer Arbeit unterstützen; vor allem in Ländern oder Anrainerstaaten, von denen Migration ausgeht, zum Beispiel in der Türkei.



Zu unseren Hauptaufgaben gehört natürlich der Schutz der Außengrenzen. Der Punkt „Fighting cross-border crime“ ist keine Kleinigkeit. Wir hatten jetzt bei der Olympiade unseren größten Spezialansatz in Westeuropa. Denn die Franzosen hatten natürlich zu Recht Angst um die Sicherheit bei den Olympischen Spielen. Meines Wissens waren auch Hunderte Polizisten aus ganz Deutschland eingesetzt. Wir haben mehr als 250 Frontex-Beamte nach Frankreich geschickt. Das lief super, und das ist so vertrauensbildend: Die französischen Kollegen haben mitkontrolliert, Sie haben mit für Sicherheit gesorgt. Unser Chef hat gesagt: Wenn nur einer dieser Frontex-Beamten einen potenziellen Terroristen mit einem gefälschten Pass entdeckt, rettet er vielleicht schon ganz viele Menschenleben. - Ich wünsche mir, dass Frontex auch damit in Zusammenhang gebracht wird. Wir waren auch bei der Fußball-Europameisterschaft unterstützend tätig.

Return and reintegration: Ganz viele wissen nicht, dass Frontex eine große Rolle beim Thema Abschiebung und Rückführung spielt. Sie kennen die Zahlen: 250 000 Personen in Deutschland sind ausreisepflichtig, 20 000 bis 25 000 müssen abgeschoben werden. 7 000 bis 8 000 davon werden vom Frankfurter Flughafen abgeschoben, weil die Verbindungen von dort so gut sind.

Jede dritte Abschiebung wird letztlich von Frontex finanziert und organisiert, vor allem sogenannte Sammelrückführungen. Das heißt, wenn Deutschland, Italien oder Österreich sich entscheiden, dass Menschen zum Beispiel nach Pakistan abgeschoben werden müssen, wird ein Antrag an Frontex gestellt. Wir chartern ein Flugzeug zum Einsammeln dieser Leute, das beispielsweise in Frankfurt startet und nach Wien, Rom und dann nach Islamabad fliegt. Das wird koordiniert, gesteuert und effizient durchgeführt. Das passiert jede Woche in Europa.

Natürlich spielt sich das vermehrt im Hintergrund ab, weil dieses Thema sensibel und schwer zu kommunizieren ist. Vergangene Woche war es ganz wichtig zu kommunizieren, dass man nach Afghanistan abgeschoben hat. Frontex ist hierbei ein großer Player, und die Rolle wird noch größer werden.

Abg. Stephan Bothe (AfD): Waren Sie an der Abschiebung vom Freitag beteiligt?

Reza Ahmari (Frontex): Frontex war daran nicht beteiligt. Was Afghanistan betrifft, hält sich Frontex jetzt zurück, auch vorher schon. Das war eine rein nationale Maßnahme. Die Bundespolizei war beteiligt, ist aber nicht mitgeflogen.

Die Grenzüberwachung ist eine ganz wichtige Aufgabe, die insbesondere im sechsten Stock dieses Gebäudes stattfindet. Wir haben ca. 900 Millionen Euro Budget und eine riesige Einsatzzentrale. Die Überwachung der europäischen Außengrenzen kostet richtig viel Geld. Das machen wir mit Hightech: mit Drohnen, mit Flugzeugen, mit Hubschraubern. Das gesamte Bild wird 24/7 hier in die Einsatzzentrale übertragen.

Abg. Sebastian Zinke (SPD): Betreiben Sie eigene Anlagen, oder werden Daten durch die Grenzschutzstellen zugeliefert?

Herr Ahmari (Frontex): Wir greifen auf Bilder von europäischen Satelliten zurück. Wir haben Drohnen und Flugzeuge, aber das ist outgesourct, sie sind nicht gekauft. Für Drohnen, glaube ich, gibt es jetzt eine Ausschreibung. Das wird aber von Firmen für uns gemanagt.

Im sechsten Stock sitzt zum Beispiel auch eine Firma, die diese Flugzeuge steuert. Wir sagen einfach nur: Wir brauchen eine Luftüberwachung im Bereich von Lampedusa und Libyen, weil es dort viele Sightings von Migrantenbooten gibt; da soll zu bestimmten Zeiten ein Flugzeug fliegen, und wir brauchen Bilder. - Diese werden live übertragen und übrigens auch den Mitgliedstaaten, die betroffen sind, zur Verfügung gestellt.

Regelmäßig sitzen hier unten italienische und griechische Coast Guard Officer. Manchmal hören Sie, dass Italien - bis in die höchsten Ränge, bis zum Ministerpräsidenten - sagt: Frontex hat uns nicht informiert. - Das kann gar nicht sein, weil hier Beamte der italienischen Küstenwache sitzen. Denn wir machen das nicht für uns, sondern wir machen es für die Mitgliedstaaten und insbesondere für die Länder Italien und Griechenland, die am meisten von der Migration betroffen sind.

„Training“ ist ein wichtiger Punkt: Jedes Land, jede Grenzpolizei hat Spezialisten. Deutschland zum Beispiel ist relativ gut bei der Erkennung von Urkundenfälschung. Hier dient Frontex als Koordinationsstelle. Wir halten hier Seminare ab und bringen Fachleute zusammen, damit dieses Wissen ausgetauscht wird. Die Rumänen können besonders gut die Grüne Grenze im Waldgebiet schützen, wir haben besonders gute Dokumentenspezialisten - und darüber wird sich ausgetauscht und koordiniert. Diese Funktion, die Frontex innehat, ist ganz wichtig.

„Research and Innovation“ bezieht sich insbesondere auf Grenzkontrolltechnik bei Grenzübertreten. Sie bekommen das mit, wenn Sie regelmäßig fliegen. In Frankfurt ist mittlerweile mehr als ein Drittel der Grenzkontrollen automatisiert. Das Verfahren nennt sich EasyPASS. Da sitzt also kein Beamter mehr. Für die genutzten Technologien wie die Erkennung von Gesichtern oder anderer biologischer Merkmale gibt es eine Research-and-Innovations-Abteilung.

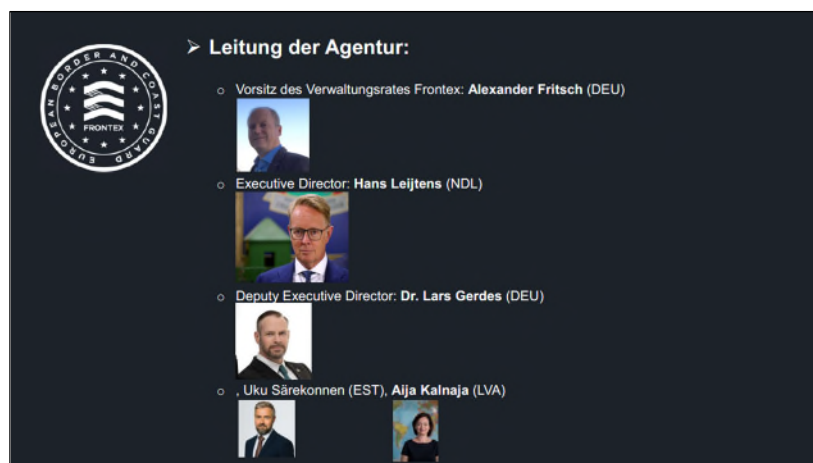
Der letzte Punkt: ETIAS und EES sagen vielen von Ihnen wahrscheinlich nichts. Frontex wird dabei aber eine große Rolle spielen. 250 Mitarbeiter sind hierfür schon eingestellt worden. Es geht um das, was die Amerikaner bereits vor zehn, fünfzehn Jahren aus Sicherheitsgründen gemacht haben. Sie haben gesagt: Ich möchte schon im Vorfeld wissen, wer in Frankfurt ins Flugzeug steigen will. - Persönlichen Daten der Passagiere werden vorher schon durch das Transportunternehmen übermittelt, damit diese überprüft werden können. Und wenn darunter zum Beispiel ein Terrorist ist, der in den USA schon einen Anschlag verübt hat, sagen sie der American Airlines, dass er gar nicht einzusteigen braucht, weil er nicht einreisen darf. Das hat Europa jetzt auch beschlossen. ETIAS wird Europa sicherer machen. EES -The Entry/Exit System - wird zuerst kommen. Startdatum ist der 10. November 2024, und sechs Monate später soll ETIAS kommen.

EES ist für die Menschen, die in Europa einreisen wollen und ein Visum brauchen. ETIAS ist beispielsweise für Amerikaner, Engländer oder Kolumbianer, die für drei Monate visafrei einreisen dürfen: 7 Euro, 3 bis 4 Minuten, alles eingeben, und innerhalb kürzester Zeit kriegt man, wenn nichts vorliegt, das Okay. Das ist - glaube ich - drei Jahre lang gültig. Die Zentrale, die 24/7 dafür verantwortlich ist, wird Frontex leiten. Die größten Herausforderungen waren technischer Art. Das ist ein Projekt mit 27 Mitgliedstaaten. Der geplante gemeinsame Start musste schon vier- oder fünfmal verschoben werden. Eigentlich sollte es schon längst online gegangen sein. Dabei, die ganzen Datenleitungen zusammenzubekommen, hilft uns die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA). Sie muss nun die Sicherheitscomputer in Europa zusammenführen und der Leitung hier Zugriff erlauben.

Das Management Board leitet diese Agentur. Deutschland hat nicht viele Mitarbeiter bei Frontex, aber sie arbeiten an sehr interessanten und entscheidenden Stellen. Der Verwaltungsratsvorsitzende Alexander Fritsch ist Angehöriger der Bundespolizei. Deutschland hat derzeit also noch den

Verwaltungsratsvorsitz. Hans Leijtens hat vergangenes Jahr nach dem Rücktritt von Frontex-Direktor Fabrice Leggeri bei uns angefangen. Sie kennen die ganzen Skandale etc.

Hans Leijtens ist Niederländer und war Kommandant der Koninklijke Marechaussee, also der niederländischen Grenzpolizei. Mein Dienstzimmer liegt nur drei Zimmer von seinem entfernt. Ich arbeite sehr eng mit ihm zusammen; das ist fantastisch. Es waren keine leeren Worte, als er



von „new transparency“ sprach. Dazu gehört, dass wir jede Anfrage - auch kritische - beantworten, und das möglichst zeitnah. Das ist seine Devise, und das haben wir bisher auch eingehalten.

Dr. Lars Gerdes ist auch freigestellter Bundespolizist. Er hat hier die Stelle als Deputy Executive Director bekommen, er ist der „Einsatzchef“. Dann haben wir noch zwei weitere Deputy Executive Directors: aus Estland Uku Särekonnenman, den Verwaltungschef, und Aija Kalnaja, die für den Bereich Capacity Building - in Polizeisprache: Führungs- und Einsatzmittel - verantwortlich ist.

Derzeit haben wir ca. 200 deutsche Polizisten: mehr als 90 % Bundespolizisten und einige Länderpolizisten. Ich glaube, dass es mehr Länderpolizisten werden müssen. Denn wenn wir auf 7 000 Beschäftigte anwachsen sollen, müssten 100 weitere deutsche Polizisten gestellt werden,

und das würde für die Bundespolizei schwierig werden. Das muss aber politisch in Deutschland entschieden werden. Die Abordnung von aktuell rund 200 Polizisten tut der Bundespolizei selbstverständlich auch weh, weil sie im Dienstalltag fehlen.

Es gibt 14 Seconded National Experts. Ich bin einer davon. Die meisten sind von der Bundespolizei. Hier gibt es auch ein oder zwei Länderpolizisten, und zwei Kollegen sind vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Stand August gibt es hier ca. 35 deutsche Mitarbeiter. Von den 1 000 Mitarbeitern hier sind ca. 500 Polen. Das ist keine Seltenheit. In der Verwaltung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt sind zum Beispiel mehr als die Hälfte der dort arbeitenden Leute Deutsche.

Von dem Ziel, auf 7 000 Grenzpolizisten zu kommen, habe ich bereits gesprochen.



DEU Engagement:

- Rund 200 DEU Polizisten für Frontex im Einsatz (Lang- und Kurzzeitverwendung).
- 14 Seconded National Experts der BPOL und des BAMF im Frontex HQ eingesetzt.
- 4 Vertragsangestellte der BPOL (freigestellt) im Frontex HQ eingesetzt.
- Mit Stand August 2024 sind insgesamt 35 DEU Mitarbeiter in der Agentur tätig.




Abg. **Alexander Saade** (SPD): Wie viele davon wären dann in Deutschland?

Reza Ahmari (Frontex): Tagesaktuell sind unter der Koordinierung von Frontex 2 950 Beamte im Einsatz. Davon sind rund 200 deutsche Polizisten, wovon derzeit ungefähr 180 der Bundes- und 20 der Landespolizei angehören. Von diesen 200 deutschen Polizisten sind ca. 80 in einer Langzeitverwendung, also zwei bis vier Jahre für die Agentur tätig. Die restlichen 120 sind in der Kurzzeitverwendung, in der Regel für zwei Monate. Dieser Anteil wird Jahr für Jahr steigen müssen, weil das im Anhang der EU-Verordnung von 2019, der vorhin schon angesprochen wurde, so festgelegt worden ist. Wir müssen einen festgelegten Anteil von Personen in Langzeitverwendung stellen und einen festgelegten Anteil von Personen in Kurzzeitverwendung, sofern die operativen Bedürfnisse, die von der Agentur und den Mitgliedstaaten jedes Jahr ausgehandelt werden, das verlangen. Dann ist Deutschland in einem bestimmten Monat zum Beispiel mit 150 bis 180 Polizisten dabei.

Wenn im Jahr 2027 die Endstufe nach der Verordnung erreicht werden soll, müsste Deutschland permanent 225 Personen in Langzeitverwendung stellen. Das ist eine sehr hohe Zahl. Und wir müssten im Maximum etwa 600 Personen in Kurzzeitverwendung stellen. Das ist sehr herausfordernd, gerade im Bereich Langzeitverwendung. Wie Sie wissen, dauern normale internationale Polizeimissionen ein Jahr an, was auch von der Dienststelle gut leistbar ist. Bei Langzeitverwendung über zwei bzw. vier Jahre wird das aber schon schwieriger. Damit haben wir zu kämpfen.

Abg. **Alexander Saade** (SPD): Es hat ein Urteil des Bundesfinanzhofs zum Frontex-Tagegeld gegeben, wonach dieses vollständig in Deutschland versteuert werden müsse. Dabei ist das - machen wir uns nichts vor - durchaus ein Anreiz für Auslandsmissionen. Familiäre Härten etc. müssen irgendwie vergütet werden. Gibt es diesbezüglich schon Rückmeldungen?

Reza Ahmari (Frontex): Das ist noch relativ frisch. Wir haben das zur Kenntnis genommen und müssen erst einmal prüfen, wie sich das auswirken wird. Die Finanzämter haben große Schwierigkeiten mit der EU-Besteuerung, und das wird in unserem föderalen Staat nicht einheitlich gehandhabt, obwohl das eigentlich der Fall sein müsste. Die Attraktivität der Auslandsverwendung ist ein Thema. Bisher ist ein Frontex-Einsatz noch attraktiv, weil Frontex und auch die Bundespolizei einen Auslandszuschlag zahlen.

Deutsche Polizisten erhalten ein EU-Tagegeld, die Daily Subsistence Allowance (DAS). Sie ist von Land zu Land unterschiedlich. Für einen Einsatz in Albanien bekommt man 50 Euro und für einen Einsatz in Griechenland 80 Euro pro Monat, weil dort der Lebensstandard etwas höher ist. Die Bundespolizei zahlt außerdem noch einen Auslandsverwendungszuschlag, der für Frontex-Einsätze in allen europäischen Ländern auf Stufe 2 gesetzt ist. Das sind meines Wissens 69 Euro pro Tag. Das soll ein Motivationsfaktor sein, was anfangs auch gut funktioniert. Im Laufe der Zeit schleift sich das aber ab. Dementsprechend müssen wir uns immer wieder neue Dinge ausdenken.

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Kann grundsätzlich jede Polizeibeamtin oder jeder Polizeibeamte zu Ihnen? Kann also ein Beamter aus Bayern, der in den Bergen im Einsatz war, ans Meer nach Italien? Oder muss erst eine Schulung durchlaufen werden?

Reza Ahmari (Frontex): Unsere eigenen Einheiten bilden wir selbst aus. Das sind ehemalige Polizei- oder Militärangehörige oder Sicherheitsmitarbeiter. Spanien und Portugal helfen uns dabei mit ihren Ausbildungseinrichtungen. Die Ausbildung dauert zwischen sechs und zwölf Monaten.

Zu den Unterstützungseinheiten: Frontex hat verschiedene Qualifikationsanforderungen. Wenn wir einen Dog Handler - einen Diensthundeführer - oder einen Spezialisten zur Erkennung von Kfz-Verschleibungen brauchen, werden entsprechende Ausschreibungen gemacht. Weil eben nicht nur grenzpolizeiliche Erfahrung gebraucht wird, können uns in manchen Bereichen auch Landespolizisten unterstützen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Zum Frontex Standing Corps: Wenn Sie die Guardia Civil in Spanien unterstützen oder an der polnischen Grenze stehen, sind die spanischen oder polnischen Beamten weisungsgebunden, oder ist es umgekehrt? Ich kann mir vorstellen, dass es da durchaus auch zu Kompetenzgerangel kommt.

Reza Ahmari (Frontex): Hierfür zeige ich die Karte Europas.



Das sind unsere Einsatzgebiete. Wir befinden uns gerade in einer Umstrukturierung, worum es jetzt aber nicht gehen soll. Wir haben Verträge mit den Staaten, in denen genau geregelt ist, was Frontex macht und zur Verfügung stellt, was Frontex darf und was nicht. Dürfen wir Waffen tragen? Dürfen wir selbst Festnahmen durchführen? Dürfen wir nur beobachten? Sollen wir nur unterstützen? - Das ist im Prinzip alles geregelt, wenn auch nicht einheitlich. Die Hauptverantwortung liegt immer beim aufnehmenden Staat, den wir unterstützen. Das geht auch rechtlich gar nicht anders.

Sie sehen aber auch, dass wir auch viele Leute in den grauen Bereichen, die nicht zu Europa gehören, im Einsatz haben, was an der Balkanroute liegt. Wir haben zum Beispiel Abkommen mit Serbien. Auf der Basis eines Staatsvertrags, den die EU-Kommission abschließt, können wir Verträge mit der Grenzpolizei schließen. Darin ist geregelt, wie viele Leute wir schicken, wo sie eingesetzt werden, was sie dürfen, wie sie ausgestattet und untergebracht werden, wie die Kommunikation zu sein hat. Das ist alles bis ins Detail geregelt. Verantwortlich für die Maßnahmen bleibt aber der jeweilige Nationalstaat.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Sind die dann gemeinsam operativ tätig, oder werden Teilaufgaben vergeben? Auf der Balkanroute auf See zum Beispiel ist bekanntlich die Grenzpolizei unterwegs. Wird diese Aufgabe dann nur Frontex zugewiesen, oder gibt es gemeinsame Streifen? Übernimmt Frontex nur die Drohnen? Wie genau ist das festgelegt?

Reza Ahmari (Frontex): Das ist unterschiedlich. Unser neues Management will aber eigentlich zu einer Professionalisierung kommen, damit wir nicht mehr wie ein Supermarkt sind: Ich rufe mal Frontex an, weil wir drei Leute, die etwas absperren, fünf Autos, einen Hubschrauber und ein Schiff brauchen. Selbst nachdenken müssen sie aber nicht. - Davon wollen wir weg. Das ist unsere Vision für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Wir wollen irgendwann so weit sein, dass in Serbien festgelegt wird, dass der Grenzabschnitt A bis B Frontex-Bereich ist, für den wir eine eigene Lagebeurteilung vornehmen und kalkulieren, wie viele Autos, Schiffe, Hubschrauber, Einheiten gebraucht werden. Dazu bedarf es aber natürlich Souveränität und entsprechender Rechte.

Insbesondere Drittstaaten - zum Beispiel die Republik Moldau, die sehr stark von Migrationsströmen aus der Ukraine betroffen ist, da die Menschen nachvollziehbarerweise unbedingt in die EU kommen wollen - haben uns das Recht für First-Line-Checks gegeben. Das bedeutet, die Frontex-Beamten, die an der Grenze zwischen der Ukraine und der Republik Moldau stehen, haben die gleichen Eingriffsbefugnisse wie der Grenzpolizist aus der Republik Moldau. Sie dürfen jemanden festnehmen, unmittelbaren Zwang anwenden etc.

Abg. **Deniz Kurku** (SPD): Das birgt doch sicherlich auch Gefahren. Wenn etwas schiefgeht - und sicher gibt es auch Akteure, die das provozieren -, wird doch bestimmt schnell die Frage der Verantwortung und Legitimation von Frontex diskutiert.

Reza Ahmari (Frontex): Vielleicht ist es besser verständlich, wenn ich darlege - die Polizisten unter uns werden das wissen -, wie das in Deutschland geregelt ist. Die Bundespolizei unterstützt regelmäßig die Länderpolizei. Dann sind die Verhältnisse einfach: Wenn die Bundespolizei bei einer Demonstration in Berlin eingesetzt ist, um dort eine Absperrung aufzubauen, dann sind die Beamten formalrechtlich Berliner Polizisten. Sie agieren für die Berliner Polizei. Nach dem gleichen Prinzip funktioniert auch das Verhältnis von Frontex und den Mitgliedstaaten.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Nur, dass Frontex eher wie ein Sicherheitsdienst ist und nicht wie die Bundespolizei. Die von Ihnen geschilderte Ausbildung der eigenen Kräfte ist nicht vergleichbar mit der der Bundespolizei. Das Ziel ist natürlich richtigerweise eine Angleichung.

Reza Ahmari (Frontex): Das ist natürlich ein hehres Ziel. Wir haben in Deutschland eine ziemlich gründliche, intensive und lange Ausbildung. Ich habe im mittleren Dienst angefangen, war im gehobenen Dienst, in meinen 36 Jahren Dienstzeit hatte ich 6,5 Jahre Ausbildung. Die Verhältnisse sind aber nicht einmal in Europa gleich. Wir führen da mit Abstand. Trotzdem haben Sie natürlich recht.

Die Anforderungen für einen Beitritt zum Standing Corps sind relativ hoch. Das sind, wie gesagt, häufig ehemalige Polizisten oder Militärs, die leider oft nicht aus westeuropäischen Ländern kommen, da das für diese nicht so attraktiv ist. Ich sage es einmal provokant: Wir haben sehr viele Leute aus Rumänien und Griechenland, weil das Gehalt eines Grenzpolizisten oder einer -polizistin dort, glaube ich, noch nicht mal annähernd so hoch ist wie die Hälfte dessen, was man in Deutschland verdient. Wenn jemand vom Rang eines Polizeidirektors in Rumänien 800

oder 900 Euro verdient, ist es interessant für ihn, als Standing Corps Officer mit Auslandsverwendung in Griechenland 5 000 Euro bei Frontex zu verdienen.

Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD) Wie Sie am Anfang gesagt haben, steht Frontex immer wieder in der Kritik, zu Recht und zu Unrecht. Wir als Mitgliedstaat der Europäischen Union bzw. des Schengen-Raums wollen bekanntlich, dass unsere Außengrenzen durch Sie geschützt werden. Wir wollen uns aber auch die Finger nicht schmutzig machen. Man soll die Migranten also abhalten, aber nicht zurückdrängen. Mit welchen humanitären Standards und mit welchen Ausbildungsstandards schaffen Sie es, die Aufgaben und die Anforderungen zu erfüllen, ohne aber die „zartbesaiteten Menschen“ in bestimmten Teilen der Europäischen Union zu vergraulen?

Reza Ahmari (Frontex): Ich beginne bei der Aussage, mit der ich auf der sicheren Seite bin, weil ich den Exekutivdirektor oft begleite, wenn er Interviews gibt. Er betont eindeutig - und das ist der Unterschied zu Fabrice Leggeri -, dass er davon überzeugt ist, dass der Schutz der Außengrenzen mit dem Schutz der Werte der Europäischen Union einhergehen kann. Das kann bei einer rechtsstaatlichen Organisation für Law Enforcement, die wir sein wollen, auch nicht anders sein. In Deutschland würden wir die grundsätzliche Rechtsstaatlichkeit der Polizei auch nie infrage stellen.

Die zweite Aussage bezieht sich auf eine Neuerung im Gesetz. Frontex hat nach aktuellem Stand quasi einen Grundrechtsbeauftragten hinten auf der Rückbank sitzen, der uns auf die Finger schaut. Wir haben ein Fundamental Rights Office



mit 46 Leuten für das Monitoring, das vollkommen unabhängig ist. Sie können sagen: Wir fahren morgen nach Griechenland, gehen auf ein Schiff und schauen uns an, was die Griechen dort machen. Deswegen haben wir 40 bis 50 sogenannte Serious Incident Reports, weil Frontex-Beamte beobachtet haben, dass Handlungen der Mitgliedstaaten nicht in Ordnung waren, weil sie nicht mit den europäischen Werten und Rechten vereinbar sind. Das passiert regelmäßig. Der Fundamental Rights Officer berichtet hier in diesem Raum regelmäßig dem Management Board und spricht unabhängig von der Pressestelle mit der Presse über diese Fälle.

Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD): Und was passiert dann?

Reza Ahmari (Frontex): Jetzt wird es interessant. Und das ist auch eine große Kritik. Wir können nur das machen, was unser Mandat erlaubt. Wir machen hier keine Politik. Frontex hat keine großartigen Möglichkeiten, selbst zu reagieren. Wir haben ein eigenes Disziplinarrecht für den Fall, dass sich ein Beamter falsch verhält. Die einzige Möglichkeit, die gemäß Artikel 46 besteht, ist, dass der Exekutivdirektor einen Einsatz beendet, wenn er feststellt, dass es bei diesem zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen gekommen ist.

Ich hatte hier schon Leute von NGOs wie Sea-Watch, die sagten: Herr Ahmari, aus Griechenland hätten wir schon längst rausgemusst. - Griechenland ist für Europa einer der Hotspots für illegale Migration. Lassen wir mal den politischen Skandal weg: Was wäre, wenn Herr Leijten morgen einen Abbruch für Griechenland entscheiden würde? - Mehr als 450 Beamte kämen zurück. Hot-spot? Das interessiert uns nicht mehr; sie können alle kommen! - Ich habe auch mit NGO-Leuten gesprochen: Wäre mehr Frontex nicht sogar besser? Denn, provokativ gesagt, wer würden den Griechen denn dann noch auf die Finger schauen? - Niemand! Selbst die NGO-Leute haben dann gesagt: Darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht. Es wäre vielleicht gar nicht so förderlich, wenn niemand mehr da wäre.

Wir sind oft nicht glücklich mit der Situation. Manchmal werden wir weggeschickt, und dann fragen wir auch nach. In Briefen von unserem Exekutivdirektor an den Küstenwache-Chef steht: Warum durften wir in der Zeit von 18 bis 23 Uhr dort nicht Streife fahren? Das ist ja auffällig. - Aber ein wirklich scharfes Instrument haben wir nicht. Wir könnten nur sagen: Wir hören einfach auf, in Griechenland zu arbeiten.

Das haben wir in der Vergangenheit schon getan. Ungarn ist in vielen Bereichen - Presserecht etc. - so vorgegangen, dass es mit unseren europäischen Werten nicht mehr vereinbar war. Daher haben wir in Teilen Ressourcen zurückgefahren. Das könnte vielleicht in Griechenland auch kommen, um den Druck zu erhöhen. Sie würden nächstes Jahr gern ihr neues Schiff der Küstenwache von Frontex finanziert bekommen. Wir könnten sagen, dass wir das dieses Mal vielleicht nicht machen, sondern unser Engagement abgestuft zurückfahren. Das ist aber eine unheimlich schwere Entscheidung, die formal beim Exekutivdirektor liegt. Dieser wird das aber gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und auch mit Griechenland diskutieren. Das macht er auch regelmäßig. Ich sage nicht, dass das zufriedenstellend verläuft und wir glücklich damit sind, sondern ich beschreibe nur die Situation, in der wir uns derzeit befinden.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Wir sind nun in Polen und werden noch an die Grenze zur Ukraine fahren. An der Grenze zu Belarus ist die Situation bekanntlich sehr komplex. Wie ist es dort um die Einbindung von Frontex bestellt?

Herr **Ahmari** (Frontex): Ich fange einmal in Finnland an, weil ich da mit unserem Chef vor sechseinhalb Wochen an der Grenze gewesen bin. Das war ein hochinteressanter Besuch. Was in Finnland passiert ist, wissen Sie sicherlich noch aus den Medienberichten des vergangenen Jahres.

Wir haben erfahren, dass Migranten von russischer Seite als hybride Waffe eingesetzt werden. Das fand erstmalig vor ein paar Jahren von Belarus aus statt. Im vergangenen Jahr ereignete sich dieses Phänomen im Frühjahr an der finnischen Grenze im Norden. Finnland hat sieben große Grenzübergänge. Als dort bei minus 30 °C Afghanen, Syrer und andere Afrikaner in kurzer Hose auf dem Fahrrad angekommen sind und um Asyl gebeten haben, haben die Finnen gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Der finnische Grenzschutz ist ein sehr gut, straff militärisch organisierter Grenzschutz mit 3 800 Mitarbeitern und einer Intelligence-Abteilung. Ich habe Fotos als Nachweis dafür gesehen, dass das wirklich russische Sicherheitskräfte organisiert haben. Wie sollen diese Menschen auch sonst dorthin kommen?

Die Situation ist dann irgendwann so sehr eskaliert, dass die Finnen Ende vergangenen Jahres die Entscheidung getroffen haben, die Grenze komplett zu schließen. Was das bedeutet, ist mir dort bewusst geworden: 7 Millionen Grenzübergänge finden nicht mehr statt. Die Wirt-

schaft - Supermärkte, Tankstellen -, alles ist komplett zusammengebrochen. Familien sind getrennt worden. Der Grenzpolizeichef sagt: Es gibt perfekt Russisch und Finnisch sprechende Familien in einem Dorf, das durch die Staatsgrenze getrennt ist. Sie fliegen jetzt nach Helsinki, von Helsinki nach Istanbul und von Istanbul nach St. Petersburg, um ihre 2 km entfernt lebenden Verwandten zu besuchen. Sie sind zwei Tage unterwegs und zahlen 2 000 Euro dafür. Er sagte: Diesen Druck hält unsere Regierung nicht mehr aus. - Es gibt übrigens noch regelmäßige Treffen der Grenzpolizeichefs; das ist eine Tradition. Die Russen sagen: Wenn ihr die Grenze wieder öffnet, schicken wir wieder Menschen rüber. Wir haben noch ganz viele Touristen.

Die Finnen - nun komme ich auch langsam auf die Situation in Polen zu sprechen - haben die Grenze massiv gesichert. Sie haben die Zäune erneuert und erhöht. Sie haben in Vaalimaa einen Grenzübergang geschaffen, weil sie Angst haben, dass die Russen auf einmal 500 oder 600 Migranten schicken, die die Grenze überrennen. Die Finnen können dann auch nicht schießen. Sie haben jetzt einen Stahlkäfig gebaut, um sie darin einzufangen zu können. Und sie haben ihr Gesetz geändert; und dieses Gesetz, sagten sie uns, ist nur noch schwer mit europäischem Recht vereinbar. Es wurde ein Verfahren eingeführt, damit Menschen in Einzelfällen auch zurückgewiesen werden dürfen, wenn offensichtlich ist, dass es nicht darum geht, dass ein Syrer einen Asylantrag stellen will, sondern er nur als hybride Waffe eingesetzt wird. Dieses Gesetz ist wohl nur mit einer Stimme Vorsprung verabschiedet worden. Die Grenzen sollen wohl bald sukzessive wieder geöffnet werden. Es bleibt spannend.

Frontex ist übrigens auch vor Ort. Wir wurden darum gebeten, zu kommen. Wir haben dort 25 Beamte. Vergangenes Jahr haben wir 50 geschickt. „It's all about holding up the European flag.“ Europa soll mit dort sein und sich solidarisch zeigen, um den Russen zu demonstrieren, dass wir die Finnen nicht alleinlassen.

In Polen gab es eine rechte Regierung. Die PiS-Partei stand der Zusammenarbeit mit Frontex sehr kritisch gegenüber. Die Zusammenarbeit war in personeller, kooperativer und unterstützender Hinsicht also sehr eingeschränkt. Polen hat gesagt: Wir brauchen Frontex nicht großartig. Aufgrund der Bedrohungssituation durch den Konflikt ist insbesondere die Grenze nach Belarus massiv - auch militärisch - überwacht und gesichert. Pressevertreter kommen nicht dorthin. Von unserem Management und unserem Operationsbereich höre ich, dass sich das jetzt mit dem Regierungswechsel wieder ändert. Das heißt, es gibt wieder mehr Gespräche, man geht wieder aufeinander zu, und es kann sein, dass sich Frontex wieder stärker gemeinsam mit dem polnischen Grenzschutz engagieren wird.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Sie stehen nicht an der weißrussischen Grenze?

Reza Ahmari (Frontex): Nein, dort sind wir nicht im Einsatz.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Findet keinerlei Zusammenarbeit statt? Das Innenministerium hat heute Vormittag gesagt, es gebe eine Zusammenarbeit.

Reza Ahmari (Frontex): Doch, es gibt eine Zusammenarbeit. Frontex-Beamte unterstützen an den noch geöffneten Grenzübergängen in Richtung Belarus - und an der ukrainischen Grenze sowieso -, aber sie unterstützen nicht bei der Grenzüberwachung. Frontex wird nur auf Bitten und Anforderung des jeweiligen Mitgliedstaates tätig, und da - aus welchen Gründen auch immer - keine Anforderung vonseiten Polens an Frontex gestellt wurde, wird die Agentur nicht tätig. Wir sind in unserer Rolle immer abhängig von den übermittelten Anforderungen.

Polen hat seit dem 1. August 4 000 Soldaten an die Grenze gebracht, die im ständigen Einsatz sind. Und weitere 17 000 Soldaten sind in Bereitschaft, innerhalb von zwei Tagen in den Einsatz zu gehen. So wird die Größenordnung der Mitarbeiter, die Frontex stellen könnte, in eine gewisse Relation gesetzt.

Das Problem besteht seit 2021. Zu Spitzenzeiten waren 15 000 Soldaten und Polizisten an diesem 290 km langen Grenzabschnitt, der bis zum Sumpf geht, eingesetzt. Überlegt man, dass Frontex dort möglicherweise Unterstützung in einer Größenordnung von 150 bis 200 Beamten hätte leisten können, kann man sich ausrechnen, welchen prozentualen Anteil diese Unterstützung ausmachen würde. Welchen operativen Nutzen hat das? - Deshalb hat man davon abgesehen - unabhängig davon, dass die politische Lage in Polen, wie eben schon gesagt wurde, das gar nicht hergegeben hätte.

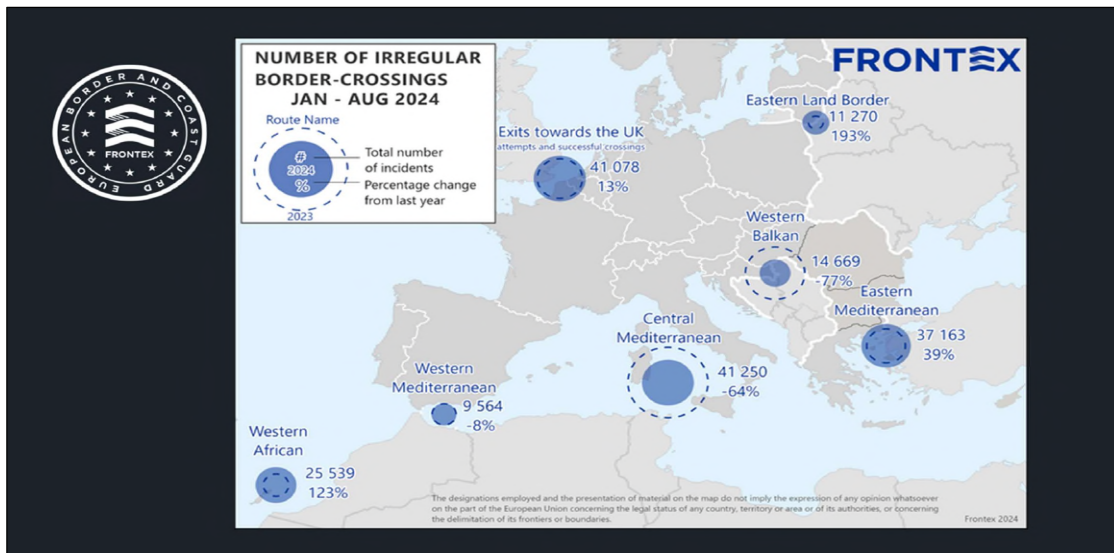
Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Die Ostgrenze ist - auch angesichts der Zuführung von Geflüchteten als hybride Kriegsführung - neben dem Mittelmeer einer der zentralen Bereiche, in denen wir eine gemeinsame Grenzsicherung in der EU betreiben. Die Frage, ob die Mitgliedstaaten Frontex akzeptieren, ist hierbei ganz wichtig. Das ist eine andere Herausforderung, als nur uns zu überzeugen. Wir glauben, dass die Grenzen gesichert werden müssen. Aber die Mitgliedstaaten müssen den Einsatz von Frontex wollen. Es scheint mir, dass diesbezüglich noch Arbeit vor Ihnen liegt. Heute Morgen lautete die offizielle Begründung, man habe Bedenken, weil man die Sicherheit externer Kräfte nicht garantieren könne. Aber man hat den Eindruck, dass die Polen das selbst machen wollen, obwohl die Agentur hier Ihren Sitz hat.

Reza Ahmari (Frontex): Generell lässt sich sicherlich sagen, dass bei einigen Mitglied- und Drittstaaten in dieser Hinsicht noch Luft nach oben ist. Das ist ein Prozess, bei dem es auch darum geht, dass das Vertrauen wächst. Die nationalen Interessen bei Grenzsicherung sollten einheitlicher sein, unterscheiden sich teilweise aber.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Meine Frage gilt den Ausbildungsstandards. Schon in der Bundesrepublik unterscheiden sich die Standards von Bundesland zu Bundesland. Aber die Bandbreite in der EU mit so vielen Ländern ist riesig. Ich habe bei dem Beispiel der Differenz zwischen 900 Euro und 5 000 Euro angesichts der Frage nach den Ausbildungsstandards etwas gezuckt. Bei einem so großen finanziellen Anreiz tritt die intrinsische Motivation in den Hintergrund. Zwischen einem niedersächsischen Landespolizisten, dessen primäres Einsatzmittel die Kommunikation ist, und einem Ex-Militär gibt es, was das Mindset angeht, sicherlich große Unterschiede, allein schon die Ausbildung betreffend. Wie regelt man das, bzw. wie bekommt man alle auf einen gemeinsamen Nenner?

Reza Ahmari (Frontex): Wir bilden beide zu Frontex-Beamten aus. Es ist nicht so, dass wir den Leuten in sechs bis zwölf Monaten gar nichts beibringen könnten. Sie sprachen Kommunikation an. Sie ist das wichtigste Mittel, das wir haben. Ich habe kürzlich von einem NGO-Vertreter gehört, wir hätten Waffen, um sie gegen die Migranten einzusetzen. - So ein Blödsinn! Die Waffen tragen wir für die Notwehr, weil wir in gefährliche Situationen kommen, in denen wir möglicherweise zum Beispiel mit einem Messer angegriffen werden.

Weil uns die Zeit davonrennt, will ich Ihnen noch kurz ein paar Informationen mitgeben:



Dies ist das aktuelle Lagebild. In vielen Bereichen - auf den klassischen Routen - ist das Geschehen rückläufig.

Aber es gibt ein neues Phänomen: Aus Westafrika kommen Hunderte von Migranten - und zwar täglich - auf den Kanarischen Inseln an. Die Zahlen explodieren. Das wird in Zukunft von großer Bedeutung sein. Dort im Atlantik haben wir keine Satelliten und somit keine Überwachung. Wir wissen aber, dass die Schleuser dort Boote einsetzen, die nicht seetauglich sind. Das, was dort passiert, ist sehr schwierig und sehr gefährlich. Das ist in Spanien ein großes Problem, und das wird es auch bei uns letztlich sein.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen, die auch Solingen betreffen: Ich habe die Diskussion über Migration, Abschiebung etc. mitbekommen. Ich habe hier eine europäische Perspektive entwickelt. Es war zu lesen, das Problem hätte es gar nicht gegeben, wenn die Person abgeschoben worden wäre. Aber heißt das, dass es uns egal wäre, wenn er diesen Anschlag bei unseren bulgarischen Kollegen verübt hätte? - Diesen Punkt habe ich in der öffentlichen Diskussion vermisst.

Die zweite Aussage betrifft die Dublin-III-Verordnung. Sie ist komplett gescheitert. Als Bundespolizist weiß ich von einigen Personen, die wir nach Italien rücküberstellt haben und die am nächsten Tag alle wieder da waren. Das ist auch logisch; denn es gibt ja keine Grenzkontrollen. Wir haben jemanden in den Flieger nach Rom gesetzt, und er hat mir die Zugverbindung für denselben Abend zurück gezeigt. Mit dem Nachtzug wäre er am Folgetag um 8 Uhr in München gewesen. Das und dieser europäische Gedanke haben mir in der ganzen Diskussion rund um den Anschlag wirklich gefehlt.

Gespräch mit dem Direktor des Instituts Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität

Der Direktor des Instituts Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität (ENES), **Rafał Rogulski**, und Koordinator **Prof. Dr. Jan Rydel** stellen den Ausschussmitgliedern die Arbeit des Instituts anhand einer Präsentation vor. ([Anlage 5](#)) Hauptaufgabe des Instituts sei die Unterstützung des Dialogs über die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts, erklärt **Rafał Rogulski**.

Dies finde zum Beispiel über Konferenzen, Symposien, Ausstellungen und Bildungsprojekte statt. Der Schwerpunkt liege zwar auf Mitteleuropa, dennoch agiere das Institut in fast allen europäischen Ländern und vereinzelt sogar außerhalb Europas in den USA oder Japan. Ziel sei letztlich, Menschen, die nicht unbedingt historisch interessiert seien, mit Geschichte in Kontakt zu bringen und die unterschiedlichen Blickwinkel auf die europäische Geschichte zu zeigen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellt Rafał Rogulski verschiedene Projekte des Instituts vor. Ferner sprechen die Vertreter des ENES und die Ausschussmitglieder unter anderem über die Finanzierung des Netzwerks, die unterschiedlichen Blickwinkel auf die europäische Geschichte in verschiedenen Ländern und deren Hintergründe sowie über die Möglichkeiten, insbesondere jungen Menschen Geschichte zu vermitteln.

Besuch des Jüdischen Historischen Instituts

Der **Ausschuss** besucht das Jüdische Historische Institut in Warschau und erhält eine Führung durch die Ausstellung „Capturing the ghetto. Artistic Portrayals of Everyday Life in the Łódź Ghetto“, in der Zeichnungen, Bilder und Kunstwerke gezeigt werden, die im Ghetto von Lodz entstanden sind.

*

Im Anschluss besuchen die Ausschussmitglieder das Denkmal der Helden des Ghettos, das Denkmal des Kniefalls von Warschau sowie das Umschlagplatz-Denkmal. Am Abend folgt ein Arbeitsessen mit dem Leiter der Warschauer Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung, **Dr. Max Brändle**, und **Dr. Daniel Lemmen**, Projektkoordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau.

*51. Sitzung am 3. September 2024***Gespräch mit dem Vorsitzenden der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Sejm**

Marek Krzakała: Ich freue mich, dass Sie heute hier sind und wir über ein interessantes Thema sprechen können, das eine der größten Herausforderungen für Deutschland darstellt: die Migration. Das Thema ist in Deutschland aufgrund der Zwischenfälle in Solingen und anderen heikel; dasselbe gilt für Polen. Vor Kurzem fand die Wahl zum Europaparlament statt; im dazugehörigen Wahlkampf war die Migration kein Top-Thema - gerade in Polen nicht. Dennoch wissen wir genau, dass wir dieses Thema - vor allem mit Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen - nicht ignorieren können. Wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Kurz zu mir: Neben meiner Tätigkeit als Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe bin ich stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten und Mitglied des Außenausschusses.

Ich möchte eine kurze Einführung mit Blick auf das Thema Migration geben. Global betrachtet gab es im Jahr 2023 36,4 Millionen Flüchtlinge und 75 Millionen Binnenvertriebene aufgrund von Gewalt und bewaffneten Konflikten, von denen es zurzeit auf der Welt bekanntlich mehr als 180 gibt. Hinzu kommen der Klimawandel und wirtschaftliche Erwägungen. Schätzungsweise wird die weltweite Zahl der Migranten von derzeit ca. 200 Millionen Menschen im Jahre 2050 auf 400 Millionen steigen. Das ist die Faktenlage.

Europa hat momentan 446,7 Millionen Einwohner, von denen 23,8 Millionen bzw. 5,3 % nicht EU-Bürger sind. Europa wird immer ein attraktiver Lebensraum für Migration, für Migranten und für Flüchtlinge sein. Das ist für uns eine Herausforderung. 2015 war ein Rekordjahr. Damals kamen 1,9 Millionen Migranten und Flüchtlinge nach Europa. Normalerweise liegt die Zahl bei 300 000 bis 400 000.

Die ehemalige EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, sprach kürzlich noch darüber, dass die EU-Länder jährlich ca. 1 Million zusätzliche Migranten benötigten, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Was ist also das Problem? - Problematisch ist die irreguläre Migration, die leider zu Kriminalität, Leid und Chaos führt, und vor allem die Unfähigkeit der EU-Länder, diejenigen zurückzuschicken, die nicht das Recht auf Schutz oder Aufenthalt erhalten. Dies basiert auf einem sachlichen Bericht einer Stiftung, in dem diese Zahlen zusammengefasst wurden. Und das schlimmste Beispiel ist Deutschland.

Im Jahr 2022 kamen zum Beispiel 55 000 Menschen aus Ägypten, Bangladesch und Indonesien nach Italien. Fast die Hälfte von ihnen hatte nicht einmal einen Asylantrag gestellt, sodass sie sofort hätten abgeschoben werden müssen. Von diesen 55 000 Menschen, wurden aber nur 2 600 Menschen zurückgeführt. In Deutschland gibt es derzeit knapp 300 000 Ausreisepflichtige. Und wie viele haben Sie zurückgeschickt? - Ich glaube, ungefähr 3 000. Das sind nur 1 %.

Diese Situation führt dazu, dass sich die Menschen in den europäischen Ländern bedroht fühlen und das Gefühl haben, die Regierungen hätten die Kontrolle über die Migration verloren. Selbst die Akzeptanz für diejenigen, die Schutz verdienen, nimmt ab. In Deutschland, wo die Zahl der Asylanträge europaweit am höchsten ist, lehnen beispielsweise zwei Drittel der Bevölkerung die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab, und 80 % wollen, dass diejenigen, deren Antrag abgelehnt wurde, in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.

Zurück zum Jahr 2015, in dem die Bürgerkoalition die Wahl verloren hat. In Polen war Migration damals eines der Hauptthemen. Damals hätten 6 000 Flüchtlinge - nicht Migranten; den Unterschied kennen Sie - aufgenommen werden sollen. Auch zum Teil dadurch hat sie die Wahl verloren. Denn die Migranten oder die Flüchtlinge - keiner kannte den Unterschied - brächten Insekten, Parasiten usw. ins Land, weswegen man keine Migranten und Flüchtlinge wolle - das hat damals der Vorsitzende der PiS-Partei gesagt. Interessanterweise waren dann vier Jahre später - 2019 - wieder die sexuellen Minderheiten der Hauptfeind im Wahlkampf. Sie hat deswegen knapp die Europawahl verloren und auch die Wahlen 2019 hier im Land - das sage ich aus Sicht der zurzeit regierenden Koalition. Das heißt, die PiS suchte immer einen Feind: 2014 waren es die Migranten, 2019 die sexuellen Minderheiten, 2023 waren es die bösen Deutschen und die bösen Beamten aus Brüssel. Diese beiden Feindbilder wurden zu einem vermengt: Brüssel und Berlin waren für die PiS dasselbe. Zum Glück ist es ihnen nicht gelungen, zu gewinnen; das ist das Positive.

Seit 2022, nach Beginn des Krieges in der Ukraine, leben nach verschiedenen Schätzungen momentan ungefähr 800 000 Ukrainer und ca. 130 000 Belarussen in Polen. Was ist hierbei der Unterschied zwischen der Situation in Deutschland und in Polen? - Ich würde sagen, die Menschen aus der Ukraine konnten in Polen ziemlich schnell allein zurechtkommen. Als diese Fluchtwelle begann, gab es eine unheimliche Solidaritätsbewegung innerhalb unserer Gesellschaft - jeder wollte helfen. Hilfsprogramme wurden eingeführt; den Menschen wurde spontan geholfen. Das war das Positive. Dann hat die Regierung begonnen, zu helfen; sie hatte zunächst abgewartet, in der Hoffnung, dass der Krieg nach zwei Wochen vorbei sein würde. Die Ukrainer haben sich des Weiteren ziemlich schnell auf unserem Arbeitsmarkt wohlfühlt, weil sie positiv aufgenommen wurden.

Die Fluchtwelle im Jahr 2022 war auch nicht die erste, die wir in Polen erlebt haben; denn nach 2014, als die Krim annektiert wurde, kamen bereits Menschen aus der Ukraine. Als nun wieder Menschen kamen, sind viele erstens zu ihren Freunden und Familien gegangen, die schon vorher nach Polen gekommen waren, und zweitens haben sie sofort begonnen, zu arbeiten, sodass wir keine Arbeitslosen hatten. Zudem gibt es ein sogenanntes Sozialgeld bzw. Kindergeld - jedes ukrainische Kind bekommt das Gleiche wie ein polnisches Kind. Natürlich gab es auch eine Gruppe von Menschen, die das ausgenutzt haben. Aber allgemein haben wir es nicht so wahrgenommen, dass auf einmal Menschen kommen, die Probleme verursachen. Natürlich hat man immer mal wieder davon gehört, dass jemand betrunken einen Autounfall verursacht hat; aber von Todesfällen haben wir nichts gehört. Die Ukraine ist kein muslimisches Land mit einer anderen Kultur. In Deutschland gibt es diesbezüglich viel größere Herausforderungen; dessen bin ich mir bewusst.

Wie Sie wissen hat der Rat der Europäischen Union im Mai den EU-Pakt zu Migration und Asyl beschlossen; Polen hat diesen aus zwei Gründen abgelehnt. Erstens hatte die vorherige Regierung diesen vorbereitet; wir hatten keinen Einfluss darauf. Zweitens hatten wir den Eindruck, dass dieser Pakt die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze nicht berücksichtigt.

Eine letzte Sache noch. Laut diesem Bericht, den ich bereits erwähnt habe, macht Polen momentan den gleichen Fehler wie Deutschland. Das heißt, wir rechnen damit, dass die Wirtschaftsmigranten - jetzt spreche ich nicht von Flüchtlingen, sondern von Wirtschaftsmigranten, obwohl die Ukrainer eigentlich Flüchtlinge sind; aber sie helfen unserer Wirtschaft - zurückkehren können und werden, wenn der Krieg vorbei ist - das wird aber nicht der Fall sein. Die Stiftung sagt: Die Menschen, die gekommen sind, werden bleiben, und das Problem werden die zweite und dritte

Generation sein. Zu denken ist hier zum Beispiel an die Türken in Deutschland. Das heißt, die Menschen, die bleiben, können oder werden sich in einem anderen Land nie völlig wohlfühlen, Beispiel Frankreich oder Deutschland. Viele können sich nicht zu Hause fühlen. Das Gleiche wird auch in Polen stattfinden. Denn diejenigen, die schon da sind, werden bleiben. Aber wir haben momentan nicht das Gefühl, dass sie uns stören - und das, obwohl 1 Million Menschen gekommen sind. Viel größere Probleme haben wir mit denjenigen, die nicht arbeiten wollen und die keinen Respekt vor der Kultur des Landes haben. Sie müssen sich zwar nicht an die Kultur anpassen, aber sie sollten zumindest Respekt vor der Kultur des Landes haben, in das sie gekommen sind. Das zu lösen, ist, glaube ich, die größte Herausforderung. Hier haben Sie viel größere Erfahrungen.

Die Last der Flüchtlinge liegt bei uns - so wie bei Ihnen in Deutschland - auf den Kommunen. Diese haben Zuschüsse bekommen, und vor allem die Großstädte wie Warschau, Breslau und Danzig haben Programme eingeführt, die momentan gut funktionieren. Aber auch die kleinen Städte beklagen sich jetzt nicht mehr so sehr wie am Anfang. Ihnen wurde viel finanzielle Hilfe versprochen - hier gab es Verzögerungen. Aber momentan haben die Kommunen eigentlich keine großen Probleme. Unser Hauptproblem ist es, die Grenze zu stärken, damit die illegalen Migranten nicht nach Europa kommen.

Damit komme ich zum Schluss, möchte nun gern Ihre Meinung dazu hören und bin offen für alle Fragen.

Abg. **Deniz Kurku** (SPD): Herzlichen Dank für die Einführung. Mich interessiert - hier habe ich aufgehört - die Perspektive der Gastarbeiter, gerade auch der muslimischen, vor allem, da Sie auch die Erfahrungen Deutschlands angesprochen haben.

Natürlich haben wir Probleme. Sie haben das Thema Anschläge angesprochen; es gibt auch Integrationsunwillige. Aber als Sohn einer Deutschen und eines türkischen Gastarbeiters stelle ich fest: Polen und die Türkei haben ernstzunehmende wirtschaftliche sowie anderweitige Verflechtungen; sie haben eine gemeinsame 600 Jahre lange Historie. Vor diesem Hintergrund und auch vor dem Hintergrund Ihrer Funktion - sehen Sie es mir nach - fand ich Ihre Ausführungen zu den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern etwas eindimensional: Im Endeffekt würden mit ihnen Probleme importiert, und es gäbe nur Schwierigkeiten.

Allein auf dem Weg hierher habe ich einige Unternehmen gesehen, von denen ich weiß, dass nicht nur der CEO türkischstämmig ist. Darüber hinaus gibt es auch entsprechende kleine Betriebe - gerade hier in Warschau -, die auch schon länger bestehen. Nehmen Sie es nicht persönlich, aber ich möchte es wirklich direkt ansprechen: Wenn Menschen in unseren Funktionen so sprechen und das nur auf Fälle wie beispielsweise jenen in Solingen verkürzen, was ist dann mit all denjenigen, die hier schon lange zu einem friedlichen Miteinander beitragen und sich auch als Polinnen und Polen fühlen, auch wenn sie vielleicht in beiden Ländern ihre Wurzeln haben? Können Sie dazu noch etwas sagen?

Marek Krzakała: Wir wollten heute meines Wissens über Probleme sprechen. Deshalb kam gegebenenfalls der Eindruck auf, dass ich nur auf das Negative hinweise. Ich persönlich denke aber überhaupt nicht so, wie ich das gesagt habe. Polen hat eine sehr spezifische Geschichte. Bis 1989 waren 90 bis 95 % der Menschen hier Einheimische, denn die Grenzen waren zu. Daneben kamen Studenten aus Vietnam und anderen sozialistischen Republiken. Doch nur sehr selten kamen Menschen aus dem Ausland nach Polen. Die Zahl war sehr gering. Die ersten Erfahrungen

mit Menschen aus dem Ausland konnten hier erst nach der Wende, also nach 1989, gemacht werden. Sie haben daher recht: Es sind viele hierhergekommen - auch aus der Türkei; wir haben auch muslimische Gemeinden -, die sich gut eingelebt haben; ich habe hier von keinen Problemen gehört.

Ich habe vielmehr von der Migration gesprochen, die politisch ausgenutzt wird. 2015 sollten wir 6 000 Flüchtlinge, überwiegend Christen, aus Eritrea und, ich glaube, Äthiopien aufnehmen. Doch die PiS-Regierung wollte diese Menschen nicht aufnehmen, obwohl täglich 20 000 Touristen nach Polen kommen. Und da soll es ein Problem sein, wenn auf einmal 6 000 Menschen kommen? - Das heißt, das wurde politisch ausgenutzt. Wenn Sie heutzutage durch unser Land und durch die hiesigen Städte gehen, dann sehen sie regelmäßig Menschen aus dem Ausland, nicht nur Ukrainer. Zum Glück gibt es keine großen Spannungen. Selbstverständlich kommt es gelegentlich zu Demonstrationen. So wie in jedem Land gibt es auch bei uns national-konservative Parteien und Bewegungen, die gegen Migranten sind. Aber normalerweise haben sich die Menschen gut integriert; nicht, dass Sie mich falsch verstehen.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Wir verstehen die Geschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Deutschland grundsätzlich als Erfolgsgeschichte, das muss man auch sagen. Ein Standort wie Wolfsburg wäre nicht denkbar ohne die Italiener. Conti und VW-Nutzfahrzeuge in Hannover wären nicht denkbar ohne türkische Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Wir sind sehr dankbar, dass diese Menschen der deutschen Wirtschaft in einer wichtigen Zeit geholfen haben.

Diese Dankbarkeit, die Sie jetzt empfinden, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer - überwiegend sind bekanntlich die Frauen geflüchtet - da sind, haben wir in der Wirtschaftswunderzeit auch empfunden. Das ist auf jeden Fall eine Erfolgsgeschichte.

Unser Problem ist momentan eher, dass zu viele neue Menschen in zu kurzer Zeit auf die deutschen Strukturen, auf den Wohnungsmarkt, auf die Schulen treffen. Das ehrenamtliche Engagement war zu Beginn zwar in sehr hohem Maße vorhanden, aber langsam werden die Menschen müde, weil es einfach sehr viel Arbeit ist. Das ist eher das Problem: Es ist nicht die reine Anzahl an Menschen, sondern es ist der Umstand, dass zu viele Menschen in zu kurzer Zeit auf die Strukturen treffen, in denen nicht mehr die Kraft vorhanden ist, das alles zu leisten. Bei einem angespannten Wohnungsmarkt können Sie sich zudem sicherlich vorstellen, dass zum Beispiel die Unterbringung in den Kommunen ein großes Thema ist.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Tatsächlich ist die erste Generation dankbar, wenn sie Arbeit findet und sich integrieren kann. Das haben wir bei uns auch erlebt. Das Problem ist tatsächlich, die zweite und dritte Generation so zu integrieren, dass sie sich nicht abgehängt fühlt. Das mussten auch wir feststellen. Die zweite Generation haben wir verloren, und die dritte Generation sagt: Wir haben das Gefühl, immer die Bösen zu sein, auf uns wird immer mit dem Finger gezeigt. - Ich selbst komme von der Polizei und habe die Erfahrung gemacht, dass diese Menschen dann tatsächlich irgendwann kriminell werden; nicht alle, aber sicherlich einige, die das Gefühl haben, dass ihnen immer der „Schwarze Peter“ zugeschoben wird.

Sie haben mehr mit Ukrainern zu tun, die christlich und europäisch geprägt sind. Sie zu integrieren dürfte, glaube ich, deutlich einfacher sein als Menschen anderer Glaubensrichtungen, weil sie vielleicht auch offener sind. Wenn Sie sich an Deutschland orientieren wollen und schauen wollen, was bei uns nicht gut gelaufen ist, dann würde ich Sie bitten, das auch zu tun, weil es

tatsächlich die zweite und dritte Generation sein könnte, deren Integration problematisch sein könnte.

Marek Krzakała: Eines der Probleme war die Sprache, vor allem 2022, als die erste Flüchtlingswelle aus der Ukraine kam. Die Kinder sind damals sofort zur Schule gegangen. Daran war einiges gut und einiges nicht gut. Gut war, dass sie sich sofort integrieren konnten, nicht gut war es, weil sie eigentlich Zeit gebraucht hätten, um die Sprache zu erlernen. Daher war eine der Regelungen damals, dass die Kinder, die in der Ukraine in der vierten Klasse waren, hier in die dritte Klasse mussten. Wir hatten damals Kinder, die mit sechs in die Schule gekommen waren - das hatte die PiS-Regierung geändert -, in der der Ukraine kamen sie mit sieben in die Schule. Und dann musste sie hier auch noch eine Klasse tiefer einsteigen. Das bedeutet, dass Sechsjährige auf Achtjährige oder auch Zehnjährige auf Zwölfjährige trafen. Das war ein Problem.

Jetzt können die Kinder, die in die Schule gehen, schon polnisch sprechen, weil sie schon zwei Jahre hier sind. Sprachlich gibt es also keine Probleme mehr. Wie lange sie bleiben und wie sie sich weiterhin in diesem Land fühlen werden, das bleibt abzuwarten. Ich weiß nur, dass man diese Integrationsprozesse unbedingt einführen muss.

Ich stamme aus Rybnik, das ist eine Stadt in Oberschlesien in der Nähe von Gleiwitz. Wir haben rund 140 000 Einwohner und 27 Stadtviertel. Doch wir sagen, dass wir jetzt 28 Stadtviertel haben. Das 28. Viertel ist das sogenannte ukrainische Viertel. Die Stadt hat zuletzt ganz viel getan, damit sich die Ukrainer wohlfühlen. Eine eigene Stiftung wurde gegründet, es geht um Bildung, es wurden Häuser zur Verfügung gestellt, damit sie sich treffen können. Sie bekommen auch rechtliche Hilfe. Und das funktioniert ziemlich gut. Nicht alle wollen sich dort engagieren, aber diejenigen, die das wollen, haben die Chance, dort einfach normal zu leben.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Niedersachsen hat direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ganz viele Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen, auch aus Schlesien. 30 % der Einwohner Niedersachsens haben in irgendeiner Form Bezüge nach Schlesien, zum Beispiel weil sie die Nachfahren dieser Menschen sind. An manchen Orten, wie zum Beispiel in einem Städtchen wie Einbeck in Süd-Niedersachsen, hat sich die Bevölkerung damals in kürzester Zeit fast verdoppelt. Dort gibt es auch überall Siedlungen und Straßennamen, die an die alte Heimat erinnern. Das heißt, das, was Sie dort erleben, das kennen wir auch aus anderen Zusammenhängen.

Abg. **André Bock** (CDU): Sie hatten vorhin angedeutet, dass Deutschland aufgrund der höheren Zahlen mehr Erfahrungen bei den Themen Einwanderung, Zuwanderung und Migration hat. Es wurden - egal, wer im Bund oder in den Ländern in Regierungsverantwortung war - zahlreiche Programme auf den Weg gebracht, um mehr Integration etc. zu ermöglichen. Schauen Sie sich diese Programme genau an, um zu sehen, was wir in Deutschland gemacht haben, und projizieren das sozusagen auf Polen, weil Sie solche Programme nicht haben, oder haben Sie eigene Programme entwickelt, bei denen es sich lohnt, dass wir einmal einen Blick darauf werfen, um zu sehen, ob sie etwas für Deutschland und/oder Niedersachsen wären? Das wäre meine erste Frage.

Meine zweite Frage bezieht sich auf Folgendes: Wir reden bekanntlich stets über die Symptome von Migration und der Zuwanderung von Menschen. Sie haben vorhin auch das Thema Wirtschaftsflüchtlinge angesprochen. Mir wird - das sage ich immer wieder - zu wenig über die Ursachen gesprochen. Deutschland leistet weltweit sehr viel Entwicklungshilfe und geht damit

auch gegen die Ursachen von Wirtschaftsmigration vor. Man kann den Menschen nicht vorwerfen, dass sie sich auf den Weg machen, wenn sie hören - ich überspitze jetzt einmal -, es gebe Länder in Europa, in denen Milch und Honig flössen. Dass sich Menschen aus dieser Perspektive heraus auf den Weg machen, ist völlig normal. Mir wird aber viel zu wenig über die Entwicklungshilfe gesprochen, und am Ende wird mir auch viel zu wenig in diesem Bereich getan, um die Ursachen von Migration zu bekämpfen und um sie besser steuern zu können. Leistet auch Polen Entwicklungshilfe in einem großen Umfang?

Marek Krzakala: In der Tat habe ich noch nicht erwähnt, dass die jetzige Regierung an einer Strategie für Migration und Flüchtlingspolitik arbeitet. Sie soll im Herbst dieses Jahres fertig sein und vorgelegt werden. Das Ministerium für Inneres ist damit befasst. Darauf warten wir jetzt.

Ich will aber nicht sagen, dass wir momentan sozusagen im Dunkeln tappen. Denn auf der einen Seite gibt es die EU-Vorschriften, auf der anderen Seite haben wir lediglich die persönlichen Erfahrungen aus den Kommunen, die es aber nicht auf dem Papier gibt. Das heißt, es muss auch für die nächsten Jahre eine Strategie eingeführt werden. Und diese sollte nicht nur die Ukrainer oder Belarussen betreffen, sondern alle Menschen, die aus anderen Ländern nach Polen kommen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass man innerhalb der EU darüber diskutiert, wie man die Grenzen stärken kann und was wir unter dem Begriff Solidarität verstehen. Denn noch vor ein paar Jahren war dieser Begriff zumindest bei uns sehr flexibel; darunter konnte man alles verstehen.

Zum Thema Entwicklungshilfe. Auch das ist ein Aspekt, wie man gegen die illegale Migration kämpfen kann. Polen leistet hier auch Hilfe, aber nicht in dem Umfang wie Deutschland. Schließlich sind wir mit Blick auf den Wohlstand von den 27 EU-Ländern auf Platz 22 oder 23 - das dürfen Sie nicht vergessen. Unser Bruttoinlandsprodukt ist in diesem Jahr zwar um 4,6 % gewachsen - darauf können die Deutschen neidisch sein -, aber wir sind noch weit davon entfernt, dass unser Bruttoinlandsprodukt unter den ersten zehn der EU-Länder ist.

Abg. Christian Calderone (CDU): Vielen Dank für die Einführung. Ich habe mich auf den Wortbeitrag des Kollegen Kurku gemeldet.

Ich bin dankbar, dass wir von Ihnen einen unverfälschten Blick aus polnischer Sicht auf Deutschland bekommen haben. Deswegen sind wir auch hier und nicht, um als Besserwisser aufzutreten. Es ist in der deutschen Gesellschaft und Politik tief verwurzelt - egal, um welches politische Lager es sich handelt -, dass wir immer meinen, wir wüssten es besser als der Rest der Welt - damit meine ich nicht den Kollegen Kurku im Speziellen, sondern uns als Politik im Allgemeinen. Die deutsche Haltung ist oft: Wir wissen es besser in der Energiepolitik, wir wissen es besser in der Umweltpolitik, in der Migrationspolitik oder in der Verteidigungspolitik. - Und so langsam merken wir: Das stimmt nicht so wirklich. Insofern, wie gesagt, herzlichen Dank für diesen unverfälschten Blick. Ich glaube, der Blick nach Polen tut uns durchaus gut.

Wir haben gestern gehört, dass mittlerweile 60 % der Ukrainerinnen und Ukrainer, die nach Polen emigriert sind, arbeiten. An die Zahlen kommen wir in Deutschland lange nicht heran. Wir sind bei 15 bis 20 %, und das wird nicht daran liegen, dass die Polen nur die Fleißigen und wir nur die Faulen bekommen haben, sondern es liegt daran, dass die Republik Polen andere Anreize als die Bundesrepublik Deutschland setzt. Und mit dieser anderen Anreizpolitik scheint es zu gelingen, dass hier viel mehr ukrainische Geflüchtete in Arbeit gelangen als bei uns.

Ich glaube auch, der Blick aus Polen auf die Frage der Integrationsfähigkeit von Zugewanderten aus muslimischen Communities tut uns ganz gut. Ich glaube, wir haben dort tatsächlich ein Problem, zum Beispiel mit Zwangsehen, mit Kinderehen, mit Radikalisierung, mit Parallelgesellschaften - nicht bei jeder einzelnen Person und nicht in der überwiegenden Zahl, aber eben auch, und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden. Deswegen tut es uns ganz gut, glaube ich, wenn wir sehen, wie andere Länder darauf reagieren.

Ich habe eine Frage, über die wir zumindest heute noch nicht gesprochen haben. Sie betrifft das Thema Rückführungen. Sie haben ihren Grenzschutz offenbar im Griff. Angela Merkel hat uns gesagt, in heutigen Zeiten kann man Grenzen nicht mehr schützen. Aber sie machen das hier in Polen bekanntlich sehr intensiv und auch sehr erfolgreich. Nun gelingt das bekanntlich nicht immer. Wie managen Sie die Rückführungen von Personen, von Migranten, die hier keine Bleibeberechtigung haben? Sie haben auf die deutschen Zahlen hingewiesen, ich würde gern auf die polnischen Zahlen schauen.

Marek Krzakała: Wir haben in Polen kein so großes Problem mit Rückführungen wie in Deutschland. Wir haben dafür ein Problem an der polnisch-belarussischen Grenze. Als ich im Frühjahr in Berlin war, habe ich gesehen, dass auch in den deutschen Kinos der Film „Green Border“ gezeigt wurde, der die katastrophale Situation der Flüchtlinge bzw. Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze thematisiert. Hierfür wurde der Film von der damaligen PiS-Regierung sehr stark kritisiert.

Man spricht bei uns oft über sogenannte Pushbacks. Sie wissen, dass vor zwei Jahren an unserer Grenze ein Zaun gebaut wurde. Immer wieder kommt es vor, dass Migranten und Flüchtlinge von Lukaschenko nach Minsk „eingeladen“ werden, wo man ihnen sagt: Ihr kommt problemlos über die Grenze nach Polen und dann weiter in andere europäische Länder. - Diese Menschen zahlen viel Geld dafür, und dann stellt sich heraus, dass die Grenze geschlossen ist. Das ist ein Problem in Polen. Man hört in den Medien immer wieder, dass den Menschen nicht geholfen wird. Jeder sollte einen Asylantrag stellen. Das ist leider nicht der Fall. Daher hört man immer wieder von Menschen, die davon betroffen sind, dass ihnen nicht geholfen wurde. Darauf machen auch die Hilfsorganisationen und die Freiwilligen an der Grenze aufmerksam.

Deswegen kann man die Zahl derjenigen, die einen offiziellen Antrag gestellt haben, nicht mit Deutschland vergleichen. Die Zahl derjenigen, deren Antrag abgelehnt wurde, ist, glaube ich, viel niedriger. Aber das Problem ist, dass nicht so viele einen Antrag gestellt haben. Vor allem wollen die Menschen nicht in Polen bleiben; sie wollen weiter nach Deutschland. Denn Deutschland ist immer ein viel attraktiveres Land als Polen.

Abg. Stephan Bothe (AfD): Auch ich möchte mich für den Vortrag und Ihren Blick auf das Thema bedanken. Ich glaube, dass Polen klug handelt, indem es sich eine eigene Strategie zu den Herausforderungen der Migration erarbeitet.

Ich habe eine praktische Frage. In Deutschland wird seit Jahren eine Diskussion um eine europäische Kontingentverteilung von Asylbewerbern geführt; sie wird von der jetzigen Bundesregierung, von der vorangegangenen und von sämtlichen Landesregierungen gefordert. Hierbei würde jedes Land quasi seinen Anteil der Asylbewerber übernehmen. Wie steht die aktuelle Regierung zu dieser Verteilung von Asylbewerbern innerhalb der Europäischen Union? Die Vorgängerregierung hat es meines Wissens konsequent abgelehnt. Es gibt bekanntlich auch andere osteuropäische Länder, die das ablehnen.

Marek Krzakała: Ich will nicht die ganze Zeit schlecht über die Vorgängerregierung sprechen; sie hat manchmal auch gute Dinge gemacht. Wir bereiten eine Strategie vor, und ich hoffe, dass sie nicht anders als die EU-Strategie sein wird. Das heißt, wir werden in diesem Thema sicherlich mit der Europäischen Union kooperieren. Die Vorgängerregierung hat wirklich alles getan, damit Polen sich von der EU entfernt. Wir hatten ernste Sorgen, dass es nach dem Brexit zu einem „Polexit“ kommt; alles deutete darauf hin. Zum Glück ist es nicht dazu gekommen.

Migranten wurden immer instrumentalisiert. Die katholische Kirche in Polen hat dazu geschwiegen - das war ein weiteres Problem. Ich will jetzt nicht über die Rolle der katholischen Kirche sprechen, aber Sie müssen wissen, dass sich der Einfluss der Kirchen auf die Bevölkerung in Polen wesentlich von dem in Deutschland unterscheidet. Nach der Pandemie hat sich in Polen viel geändert. Viele junge Menschen gehen nicht mehr in die Kirche, und die Kirchen werden von Jahr zu Jahr leerer. Aber der Einfluss, vor allem auf dem Lande, ist sehr groß. Und die katholische Kirche schwieg, auch zum Thema Migration.

Doch zurück zu Ihrer Frage. Die geplante Strategie wird sicherlich in irgendeiner Form mit dem Dublin-System übereinstimmen, und innerhalb des Dublin-Systems ist eine obligatorische Quote nicht vorgesehen. Das heißt, wenn ein Land keine Flüchtlinge aufnimmt, dann muss es einfach zahlen. Aber es gibt eine Wahl, welche Art von Hilfe man leisten möchte. Als in Polen hierzu eine Diskussion aufkam, hat die jetzige Opposition - die damalige Regierung - sofort gesagt, wir müssten Flüchtlinge aufnehmen. Aber das war und ist nicht der Fall; denn es gibt drei Wege, wie man Hilfe leisten kann.

Die Regierung wird sicher vorbringen, dass wir bereits so viele Ukrainer aufgenommen haben. Nach Dublin ist dies auch eine Art von Hilfe. Da es dort aber nicht so präzise steht, hat die damalige Regierung das nicht unterschrieben. Wir werden daran arbeiten, und ich hoffe, kooperativ und nicht so, wie das die damalige Regierung getan hat. Doch Kompromisse innerhalb der EU zu schließen, ist nicht einfach - das wissen Sie. Es gibt 27 Mitgliedsländer, und jedes Land hat seine eigenen Interessen. Deswegen ist es wirklich ein Phänomen, dass die EU weiterhin existiert. Ich hoffe, dass sie noch mindestens bis zum Ende unserer Leben weiterbestehen wird.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Ich möchte zum Schluss nicht nur unsere eigenen Probleme ansprechen und sozusagen Nabelschau betreiben, was in der Vergangenheit alles nicht gut gelaufen ist beim Thema Migration. Stattdessen möchte ich auf das deutsch-polnische Verhältnis insgesamt zu sprechen kommen. Als wir hierhergefahren sind, konnten wir sehen, dass Polen und gerade auch Warschau als Hauptstadt eine tolle Entwicklung vollzogen haben. Es wurde viel Infrastruktur aufgebaut, die teilweise wirklich besser ist als bei uns. Zu dieser Entwicklung kann man Ihnen nur gratulieren.

Auch wenn Sie beim Thema Migration mit der Grenzsicherung zu Belarus für die Europäische Union eine bedeutende Aufgabe übernehmen: Können Sie gegebenenfalls noch Themen außerhalb von Migration und Grenzsicherung nennen, bei denen es sich lohnt, näher hinzuschauen? In welchen Bereichen, denken Sie, könnten Deutschland - gegebenenfalls auch Niedersachsen als Region - und Polen noch weiter und enger zusammenarbeiten?

Marek Krzakała: Ich bin seit 17 Jahren im polnischen Parlament. Ich würde aufgrund dieser Erfahrung sagen, dass wir in den deutsch-polnischen Beziehungen schon einmal weiter waren. Als wir 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernahmen - ab dem 1. Januar 2025 werden wir sie wieder übernehmen -, wurde darüber gesprochen, dass wir vor allem mit den Deutschen auf der

europäischen Ebene zusammenarbeiten wollen. Deutschland sollte europäischer sein und nicht Europa deutscher. Als damals die Regierungskonsultationen stattfanden, gab es eine Liste von mehr als 100 Projekten, in denen wir in allen möglichen Bereichen - Sport, Gesundheit, Bildung - zusammengearbeitet haben. Es gibt, glaube ich, um die 650 Partnerschaften zwischen Städten in Polen und Deutschland. Dazu kommt noch die Arbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks: Mehr als 3 Millionen junge Leute haben am Schüler- und Jugendaustausch teilgenommen. Diese Zahlen zeigen mir, dass der Kontakt wirklich sehr eng ist. Die nächste Regierung unter der PiS hat die Liste dieser Projekte dann einfach verworfen.

Abgesehen davon, dass Deutschland in den vergangenen Jahren eigentlich fast jeden Tag in den pseudo-öffentlichen Medien kritisiert wurde, ging es der Wirtschaft wirklich gut - gerade was die Zahlen des Exports und Imports anging. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber wir sind im Moment der viertgrößte Importeur deutscher Waren. Als ich in die Politik gegangen bin, waren wir, glaube ich, noch auf dem elften Platz. Langsam sind wir dann in dieser Liste gestiegen; und die Wirtschaft kam immer gut zurecht.

Als Polen kein rechtsstaatliches Land mehr war, kam die Sorge auf, dass die Unternehmer in ein anderes Land gehen, wo das Recht besser funktioniert. Die Politiker sollten sich nicht in den Wirtschaftsbereich einmischen und nicht stören. Die Unternehmer kommen aber ganz gut zurecht. Das tut all unseren Ländern gut.

Des Weiteren würde ich in die Jugend investieren. Zu meiner Zeit war es ein Traum für mich, ins Ausland gehen zu können, das heißt, die Möglichkeit zu haben, zu studieren und zu arbeiten, wo ich möchte. Darum habe ich gekämpft. Dass meine Ausbildung jetzt anerkannt wird, finde ich gut, und ich fühle mich innerhalb der EU wohl. Die Frage dabei ist, ob die jetzige junge Generation das Gleiche will. Aber ich schätze es, dass wir gerade in diesem Bereich so viele Fortschritte gemacht haben. Ob in der Wirtschaft, der Bildung oder in jedem anderen Bereich, in dem es möglich ist: Wir sollten kooperieren. Denn, wie gesagt, waren wir schon einmal viel weiter.

Die Regierungskonsultationen, die zuletzt Anfang Juni stattfanden, sind meiner Meinung nach ein guter Ausgangspunkt. Nach den sechs Jahren Pause müssen wir wieder von Neuem anfangen. Aber wir sollten hier auch den Kommunen die Chance geben, wieder enger kooperieren zu können, wie das zum Beispiel auch, wie beschrieben, zwischen Niedersachsen und Schlesien geschieht.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Ich bin Bürgermeisterin in einer Gemeinde in Niedersachsen und selbst auch Mitglied der deutsch-polnischen Gesellschaft. Unsere Partnerstadt Lubaczów besuchen wir heute Abend. Ich habe festgestellt, dass die Beziehungen überaltern. Zum Beispiel findet in der deutsch-polnischen Gesellschaft zurzeit kein Generationenwechsel statt; wenig junge Menschen kommen nach. Wir versuchen über Schulaustausche, die Relevanz dessen in den Vordergrund zu stellen.

Ich möchte aber etwas ganz anderes fragen. Was können wir von Ihnen lernen, damit Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden? Bei uns in Deutschland ist oft das Problem, dass Menschen, die zu uns kommen - zum Beispiel auch Ärztinnen und Ärzte aus der Ukraine -, bei uns nicht arbeiten dürfen. Gestern haben wir erfahren, dass 80 % derer, die hierhergekommen sind, bereits arbeiten. Wie schaffen Sie es, dass die Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden?

Marek Krzakala: Ich kenne die Details nicht. Aber ich glaube, dass der Bedarf an Ärzten und anderen Fachkräften bei uns so groß ist, dass das Ministerium das vereinfacht hat. Das bedeutet nicht, dass die Leute schlechter ausgebildet sind. Ich hoffe, dass es Instrumente gibt, mit denen man das kontrollieren kann. Aber Sie haben schon recht, dass viele, vor allem Ärzte aus der Ukraine, hier mehr oder weniger problemlos arbeiten. Aber, wie gesagt, die Details kenne ich nicht.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Wir haben jahrelang sehr kritisch auf Polen und die PiS-Regierung geschaut. Zuletzt gab es in Ostdeutschland Wahlen, und es sind Parteien an die Macht gekommen, die mehr oder weniger offen zu Putin stehen. Wir wissen auch, dass Putin bei der Frage der Migration eine sehr große Rolle spielt. Wenn Putin aufhören würde, Krieg zu führen, würde sich nicht nur in der Ukraine, sondern weltweit einiges ändern. Wie schaut man in Polen auf die derzeitigen Entwicklungen in Deutschland, also darauf, dass Parteien wie die AfD oder das Bündnis Sahra Wagenknecht einen so starken Zulauf haben und Putin damit natürlich auch einen Einfluss auf die deutsche Politik nimmt? Sachsen ist bekanntlich ein direktes Nachbarland von Polen.

Marek Krzakala: In einer Sache sind sich die Opposition und die Regierungskoalition ausnahmsweise einig: Die Ukraine muss den Krieg gewinnen. Sie darf nicht nur nicht verlieren, sondern sie muss gewinnen. Eine andere Meinung hat nur die Konfederacja - quasi die polnische AfD. Wir sehen die AfD und die Konföderation als Gefahr für die Zukunft. Denn wir sind uns sehr bewusst, dass Putin eine große Gefahr für uns Polen darstellt. Falls er den Krieg gewinnen sollte, dann wären wir als Nächstes an der Reihe.

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Körperkultur, Sport und Tourismus im Sejm

Tadeusz Tomaszewski: Ich darf Sie im Namen des polnischen Sejms herzlich willkommen heißen.⁵ Ich bin Tadeusz Tomaszewski, der Vorsitzende des Ausschusses für Körperkultur, Sport und Tourismus. Neben mir sitzt ein wichtiger weiterer Vertreter des Ausschusses, der stellvertretende Vorsitzende Apoloniusz Tajner, der im Skisport sehr bekannt ist, selbst auch Sportler und Trainer, im Polnischen Olympischen Komitee und auch lange im polnischen Skiverband tätig war. Er ist auch im Ausschuss für Jugend- und Behindertensport tätig.

Unser Ausschuss, wie wahrscheinlich auch Ihr Ausschuss für Inneres und Sport, setzt sich aus Vertretern aller Fraktionen und Gruppierungen, die im Parlament vertreten sind, zusammen. Am Anfang einer Wahlperiode versammeln wir uns im Parlament, und es wird darüber entschieden, welche Gruppierung welchen Ausschuss leitet. Ich bin ein Vertreter von Lewica, der Linken, und Herr Tajner ist aus der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska). Der Ausschuss bereitet zusammen mit der Regierung Entwürfe für Gesetze vor. Darüber hinaus kontrollieren wir den Minister für Sport und Tourismus. Wir arbeiten auch mit der Kommunalverwaltung zusammen und mit Sportverbänden, darunter die größten polnischen Sportverbände und das Polnische Olympische Komitee.

Im polnischen Sport sieht es im Jahr 2024 folgendermaßen aus: Wir haben im Haushalt 4 Milliarden PLN, ungefähr 1 Milliarde Euro, für Sport - vor allem für Investitionen. Wir feiern den 100. Jahrestag der ersten Teilnahme polnischer Sportler an Olympischen Spielen. Es gibt das Programm Olympia, um bestimmte Sporteinrichtungen auszubauen. Zu den Olympischen Spielen in Paris haben wir auch das Sportstipendium für die Plätze 1 bis 8 erhöht. Es bezieht sich auf die Olympischen Spiele, auch die Paralympischen Spiele, und Weltmeisterschaften. Für eine Goldmedaille gibt es ungefähr 100 000 PLN, etwas weniger als 25 000 Euro, vom Sportminister. Das Olympische Komitee hat auch weitere Zuschüsse genehmigt - 250 000 PLN, eine Wohnung und weitere Preise.

Wir haben aber, das muss man sagen, nicht viele Medaillen gewonnen. Ich möchte aber Ihnen gratulieren: Sie haben 33 Medaillen gewonnen, Sie sind auf Platz 10 des Gesamtmedaillenspiegels. Wir hatten auch einige Medaillen, allerdings nur eine Goldmedaille, deswegen stehen wir im Medaillenspiegel nur auf Platz 42. Bei den Paralympischen Spielen läuft es für uns etwas besser. Ich glaube, dort werden wir viel mehr Medaillen gewinnen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen sagen, dass im polnischen Rechtssystem die Preise, Stipendien und Leistungen für Olympiasportler, für Teilnehmer der Paralympics und auch der Meisterschaften für Gehörlose seit 20 Jahren gleich sind. Wir haben bis jetzt drei Goldmedaillen bei den Paralympics, und alle Sportler werden vom Sportminister 100 000 PLN, rund 25 000 Euro, erhalten. Das Paralympische Komitee hat nicht so viel Geld zur Verfügung, deswegen werden deren Preise nicht so hoch ausfallen, aber die Preise von der Regierung sind gleich.

Wir sind stolz darauf, dass die Olympialeistungen, die sogenannte Olympia-Rente, als Idee im Ausschuss für Sport entstanden ist. Jeder Person, die eine Goldmedaille bei einer Weltmeister-

⁵ Das Gespräch wird in polnischer und in deutscher und Sprache geführt und simultan übersetzt.

schaft, bei Olympischen Spielen und Schachmeisterschaften gewonnen hat, steht ab dem 40. Lebensjahr eine Olympia-Rente zu, die ungefähr 1 000 Euro beträgt. Diese Leistung steht dieser Person lebenslang zu und ist unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Irena Szewinska, eine polnische Sportlerin, hat sieben Medaillen für Polen gewonnen. Maria Kwaśniewska-Maleszewska hat die Bronze-Medaille in Berlin gewonnen. Es gibt viele Sportler, die für Polen Medaillen gewonnen haben und keine weitere Möglichkeit hatten, finanzielle Mittel zu erhalten, außer denen, die sie vom Staat bekommen haben. Im Moment haben wir etwa 320 Olympiasportler und 350 paralympische Sportler, die diese Leistungen beziehen. 2015 haben wir es geschafft, die Leistungen von der Einkommenssteuer zu befreien. Sie sind im Moment also steuerfrei. Das ist eine unserer Lösungen.

Vor einigen Jahren gab es zudem nicht genug Mittel für Investitionen in kleineren und größeren Orten, die wichtig für den polnischen Sport sind. Deswegen hat man Zuschüsse aus den Glücksspieleinnahmen bekommen. 20 % der Einnahmen aus dem Glücksspiel fließen in den Fonds, für den der Sportminister zuständig ist. Seit dieser Zeit haben wir mehr Geld für Jugendsport, für Investitionen in den Sport und für den Behindertensport. Generell wird der Sport aus dem Haushalt finanziert. Auch die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele und die Sportarten, die nicht olympisch sind, werden schon seit Jahren damit finanziert. Der Fonds ist mit ungefähr 1 Milliarde PLN, etwa 500 Millionen Euro, hinterlegt.

Als Polen die Fußball-Europameisterschaften 2012 mit organisiert hat, hat der damalige Ministerpräsident Tusk, der auch jetzt wieder Ministerpräsident ist, ein Programm aufgelegt, mit dessen Hilfe mehr als 3 000 zusätzliche Multifunktionsspielfelder gebaut wurden - Einrichtungen, die für mehrere Sportarten geeignet sind. Im Moment möchte man in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungen weitere 1 000 Einrichtungen bauen. Ein Drittel der Kosten wird vom Ministerium finanziert - bei weniger wohlhabenden Gemeinden die Hälfte -, ein Drittel von der Gemeinde und ein Drittel von der Woiwodschaft.

Die Bewerbungen für die Olympischen Spiele laufen, und wir drücken den Deutschen die Daumen für ihre Bewerbung für 2040. Ich glaube, Paris hat neue Standards gesetzt. Ich selbst war fünf Tage in Paris und 30 Tage in Sydney. In Sydney gab es sehr viele neue Sporteinrichtungen. In Paris waren es zwei oder drei neue Einrichtungen, sonst hat man die bestehenden Einrichtungen genutzt. Auch sind sehr viele Zuschauer nach Paris gekommen. Man spricht sogar von der größten Anzahl in der Sportgeschichte.

Die Regierung und wir im Parlament arbeiten daran, die polnischen Sportverbände dazu zu verpflichten, mehr Frauen in ihre Vorstände aufzunehmen. Im Moment kommen ein bis zwei Frauen auf zehn Vorstandsmitglieder. Wir wollen, dass wir zunächst auf einen Anteil von 30 % kommen. Die Reaktionen darauf fallen unterschiedlich aus, aber ich glaube, es ist ein Schritt in die richtige Richtung. In der Politik ist schon eingeführt worden, dass auf einer Liste mindestens 30 % Frauen sein sollen, und die ganze Welt geht in diese Richtung. In der Vertretergruppe aus Polen bei den Olympischen Spielen waren sogar mehr Frauen als Männer.

Wir wollen auch Sportlerinnen während der Schwangerschaft und nach der Geburt unterstützen. Sie haben bisher keinen so guten Zugang zu den Leistungen. Wir möchten auch Sportler, die zugleich Studenten sind, besser unterstützen. Sie sollen einen Zuschuss von 20 % zu ihrem Sportstipendium, das sie bekommen, erhalten. Das Stipendium bezieht sich aber nur auf Personen, die in der Nationalmannschaft sind oder Polen bei internationalen Wettbewerben repräsentieren und Plätze von 1 bis 8 belegen.

Apoloniusz Tajner: Der Herr Vorsitzende hat in aller Kürze dargestellt, wie die Sportpolitik in unserem Land aussieht. Schauen wir uns die Zahl der Olympiamedaillen aus Paris an. Deutschland hat 33 Medaillen gewonnen, Polen zehn; aber wir sind mit Blick auf unsere Bevölkerung auch um zwei Drittel kleiner. Insofern ist es dann doch ungefähr der gleiche Stand bezogen auf die Olympiavorbereitung. Wobei das Potenzial unseres Landes darauf hinweist, dass es doch mehr Medaillen hätte geben können.

Was den Frauenanteil anbelangt, ist festzustellen, dass unter diesen zehn Medaillengewinnern acht Frauen waren. Das Ziel eines Frauenanteils von 30 % in den Vorständen der Sportverbände und Sportclubs ist also durchaus mehr als begründet. Langsam kommen auch mehr Frauen in die Vorstände, und aus meiner Erfahrung kann ich auch sagen, dass sie dort wirklich besser sind als die Männer, wenn sie erst einmal durchgekommen und in den Vorständen angekommen sind.

Meine Beziehungen zu Deutschland sind wegen des Sports, den ich betrieben und dann als Trainer angeleitet habe - Skispringen und Nordische Kombination -, sehr eng. Ich habe viele Freunde in Deutschland, eine Schwester und einen Cousin, der auch Skispringen betrieben hat. Wir waren also häufig in Deutschland - natürlich meistens im Süden, aber auch in Willingen, praktisch in der Mitte Deutschlands, wo es auch eine sehr schöne Skisprungschanze gibt. In Bad Freienwalde bei Berlin gibt es eine deutsch-polnische Skisprungtrainingsgruppe. Ich habe also viele Freunde in der Sportwelt in Deutschland und eine sehr hohe Meinung von den Bedingungen für die Entwicklung des Skisports dort.

Tadeusz Tomaszewski: Bevor wir unser Gespräch begonnen haben, habe ich mich mit der Frau Vorsitzenden unterhalten und erzählt, dass ich selbst aus Gnesen stamme, der ersten Hauptstadt des Königsreichs Polens, die Kaiser Otto III. im Jahr 1000 besuchte. Gnesen liegt in Großpolen, und Großpolen hat im August 2000 mit Niedersachsen einen Vertrag über eine Zusammenarbeit geschlossen. Zudem arbeitet Posen, die Hauptstadt der Woiwodschaft Großpolen, seit 1979 mit Hannover zusammen. Es ist mir also eine große Freude, dass Sie hier sind.

Ich habe gerade das Marschallamt in Posen angerufen, und man hat mich informiert, dass am Wochenende eine Gruppe aus Hannover zu Kajakwettbewerben nach Posen kommen wird. Auch Tennissportler werden kommen. Es gibt also eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Sportclubs und Sportverbänden.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Wir freuen uns sehr, dass wir heute hier bei Ihnen sein dürfen. Als Ausschuss für Inneres und Sport im Niedersächsischen Landtag sind unsere Aufgaben sehr vielfältig. Wir sind zuständig für Polizeiangelegenheiten, den Katastrophenschutz, für die Erstaufnahme von Flüchtlingen, für kommunale Angelegenheiten und zudem für den Bereich Sport.

Einige der sehr erfolgreichen Olympiateilnehmerinnen und -teilnehmer kommen auch aus Niedersachsen. Darüber freuen wir uns sehr. In Deutschland wird allerdings gerade über die Höhe der Gelder, die Olympiateilnehmerinnen und -teilnehmer bekommen sollen, diskutiert. Die bisherige Höhe bewegt sich ungefähr in der auch von Ihnen genannten Größenordnung. Aber da ist sicherlich noch Luft nach oben. Nun hat sich eine niedersächsische Drogeriemarktkette, die auch hier Polen sehr weit verbreitet ist, bereiterklärt, die Gelder für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufzustocken. Das ist sehr ehrenvoll und schön, aber es ist natürlich auch ein wenig blamabel für die deutsche Politik.

Die deutsche Olympia-Bewerbung bedeutet für uns auch, dass wir uns Gedanken über Sportstättenanierungen in Niedersachsen machen. Im Moment sind wir vielleicht nicht gerade sehr gut aufgestellt, was die Sportstätten angeht. Es gibt ein Sanierungsprogramm, das über viele Jahre lang sehr erfolgreich gelaufen ist, und wir sprechen darüber, dass es fortgesetzt werden soll. Wir sind dazu gerade in den Haushaltsverhandlungen.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Der Sport in Deutschland ist sehr stark ehrenamtlich organisiert. Bei den Trainerinnen und Trainern, den Übungsleiterinnen und Übungsleitern auf der untersten Ebene in den Kommunen und Vereinen fangen die Kinder an, Sport zu treiben, und kommen mit dem Sport in Kontakt. Wie ist das in Polen organisiert? Haben Sie auch ein ehrenamtliches System, das mit unserem vergleichbar wäre? Und, wenn ja, wie wird der Sport gefördert? Sie haben davon gesprochen, dass, ähnlich wie bei uns, über das Glücksspielwesen Gelder bereitgestellt werden. Aber stellen auch die Kommunen zusätzlich Gelder für Sportstätten oder für die Vereine bereit?

Wie viele der Kinder und Jugendlichen sind denn bei Ihnen aktiv? Wir stellen fest, dass es gerade nach Corona und dem Lockdown sehr schwierig war, Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene wieder in die Sportvereine zu bekommen. Wie ist das bei Ihnen?

Meine letzte Frage nimmt Bezug auf Olympia. Auch bei den Spielen in L. A. wird es wieder fünf Sportarten geben, die sich das Land, in dem die Spiele stattfinden, selbst aussuchen kann. Dort wird zum Beispiel - wie auch schon in Tokio - wieder Baseball gespielt. Ich weiß, Fußball ist hier bei Ihnen auch eine der bekanntesten und beliebtesten Sportarten. Aber gibt es eine Sportart, von der die Polinnen und Polen sagen würden, das hätten sie gern bei Olympia?

Tadeusz Tomaszewski: Sport ist eine Aufgabe der Gemeinden, der Kreise und Städte und der ländlichen Gebiete, und auf der nächsten Ebene eine Aufgabe der Woiwodschaften. Den größten Anteil an der Finanzierung des Breitensports haben die Gemeinden, die Landkreise weniger. Die Woiwodschaften wählen bestimmte Projekte aus. In Großpolen um Posen herum gibt es zum Beispiel ein Programm für ausgezeichnete Umkleideräume. Die eine Hälfte des Geldes für den Bau eines neuen Umkleideraums gibt die Woiwodschaft, die zweite Hälfte die Gemeinde, der Landkreis oder der Sportclub. Die Einheiten der Selbstverwaltung funktionieren in der Regel in den Kreisstädten, und sie werden von den Gemeinden finanziert.

Was nun die Sorge eines jeden von uns, also die eigene psychische und physische Kondition und die der Kinder und Jugendlichen, angeht: Ja, nach der Pandemie haben auch wir ein Problem damit. Zum einen geht es um Übergewicht, zum anderen um Diabetes bei Kindern. All das führt dazu, dass das Gespräch über Sport und Medaillen heute schon mit der Sporterziehung beginnen muss. In Polen ist der Sportunterricht in mehrere Phasen eingeteilt. In den Klassen 1 bis 3 gibt es gewissermaßen keinen gesonderten Sportunterricht. In der Regel sind es dieselben Lehrerinnen, die den übrigen Unterricht leiten. Das ist eine große Herausforderung für uns. Wir brauchen echte Sportlehrer, damit dieser Anfang gelingt, damit man den Charakter bildet, damit man die Kinder daran gewöhnt, dass man im Alltag Sport macht.

Ab der 4. Klasse haben wir vier Pflichtstunden Sport pro Woche. Die Anzahl der Stunden ist gesetzlich festgelegt. Andere Fächer werden durch einen Ministererlass zum Schulprogramm geregelt. An den höheren Schulen haben wir auch vier Stunden Sportunterricht. Das Problem sind eher die Befreiungen vom Sportunterricht. Denn letztlich ist es doch Aufgabe der Eltern, das Bewusstsein zu entwickeln, dass Sport etwas Positives ist. Um das zu fördern, gibt es auch eine

Werbeaktion von großen Sportstars. In Warschau ist gerade eine Forschungsarbeit über Sport bei Kindern erstellt worden. „Sportunterricht hat Klasse“ heißt sie. Man sieht, dass die Gefahr des Übergewichts besteht, bei Jungen stärker als bei Mädchen. Wir versuchen, diesen Gefahren, die wir auch in den USA und anderen Staaten sehen, zu begegnen.

Der neue Sportminister Slawomir Nitras hat die Sportstätten an Schulen, Gemeinden usw. inventarisiert und dabei das Problem festgestellt, dass insbesondere die Schulsportstätten an Wochenenden geschlossen sind. Um sie zu öffnen, bräuchte man einen Lehrer. Deshalb gibt es jetzt ein neues Programm: die aktive Schule. Es gibt die Möglichkeit, dem Lehrer oder Trainer, der am Wochenende in diesen Schulsportstätten oder in anderen Räumlichkeiten, die bisher geschlossen waren, Sportstunden durchführt, 60 Euro pro Stunde zu zahlen.

Zudem gibt es das neue Programm: Animateur des Schulsports. Dabei soll jemand extra-curricularen Sportunterricht leiten. Die Disziplinen sind an die Sportclubs gebunden. Es gibt zum Beispiel eine Fußballakademie. Ich wohne bei Gnesen, in der ländlichen Gemeinde Niechanowo mit 5 000 Einwohnern. Nach Fußball mit etwa 150 aktiven Kindern ist die zweitstärkste Sportart Hockey, auch daran nehmen ca. 100 Kinder teil. Tischtennis gibt es auch noch. Es hängt von der Geschichte und der Tradition der jeweiligen Sportstätten ab, welche Spezialisierung dort vorhanden ist. Die Trainer bekommen eine Förderung der Gemeinde. An einigen Schulen - das ist nicht überall so - gibt es auch extra-curricularen Sportunterricht. Aber die Organisation, die Förderung des Sports ist durchaus eine Aufgabe der Ehrenamtlichen in den Sportclubs.

Als wir diese Mittel aus dem Glücksspielwesen aktiviert haben, die ich erwähnt habe, entstand eine Förderung von Schülersportclubs. Daran nehmen Eltern, Lehrer und Schüler teil, und wir haben den Kauf von Ausrüstung gefördert. Wenn also jemand Radfahren wollte, bekam er die entsprechende Ausstattung. Das war ein Ansporn, um systematisch etwas gemeinsam zu unternehmen.

Wir haben auch die Registrierung dieser Schulsportclubs und der Sportclubs, die nicht wirtschaftlich tätig sind, vereinfacht. Diese Clubs werden in einer Landkreisliste geführt. Man muss sie nicht an einem Gericht registrieren, und sie bekommen trotzdem eine Rechtspersönlichkeit und sind juristisch Partner für die Gemeinde. Sie können Verträge unterzeichnen, sie können Fördergelder beantragen - zum Beispiel aus dem Erasmus-Programm -, und sie können Projektförderung erhalten.

Dann gibt es natürlich Sportclubs, die in den regionalen Verbänden vereint sind. In der Regel ist dort eine Person fest angestellt, und die anderen machen das ehrenamtlich. Unter den Personen, die mit der Jugend üben, gibt es zwar ein paar fest angestellte Mitarbeiter, aber Herr Tajner kämpft zum Beispiel darum, dass wir dort auch die Trainerrolle einführen. In der Regel hat ein Trainer nicht den gleichen Status wie ein Lehrer, obwohl viele von ihnen durchaus auch pädagogisch ausgebildet sind. Sie haben nicht die gleiche Anzahl von Stunden, nicht denselben Schutz wie Lehrer. Deshalb diskutieren wir jetzt darüber, wie man die Rolle des Trainers ein wenig stärken kann.

Die Trainerfrage ist eine sehr wichtige Frage und bezieht sich insbesondere auf die Sportclubs, die bei Individualsportarten tätig sind, auf kleine Clubs an der Basis. Sie sagten, sie haben sehr viele Ehrenamtliche. Bei uns ist der Sport fast komplett ehrenamtlich organisiert. Der Sport für

Kinder und Jugendliche obliegt in der Regel den Selbstverwaltungen, aber die Selbstverwaltungen haben viele andere Aufgaben. Es gibt immer zu wenig finanzielle Mittel für die eigenen Clubs, auch dort, wo man den Sport positiv betrachtet.

Die wichtigste Rolle in dieser Sportanfangsphase hat für mich der Clubtrainer. Er ist der Mensch, um den sich die Kinder versammeln. Man arbeitet zusammen, und in der Regel sind es die Eltern, die nicht nur ihre Kinder bringen und abholen, sondern auch bei den Trainings unterstützen, es teilweise mitfinanzieren usw. Ich denke, so ist es überall. Viele Personen, die Sport betrieben haben, gehen weg und versuchen, irgendwo anders Geld zu verdienen. Nur die Menschen, die wirklich sehr sportbegeistert sind, bleiben beim Sport. Sie bekommen 200 bis 500 Euro monatlich - es ist also nur ein Zusatzgeld -, und ein Trainer tut das dann in der Regel, weil er es mag und nicht fürs Geld. Entscheidend ist der Mensch, der es tut. Kinder gibt es überall, man muss sie nur irgendwie mitreißen und mitnehmen. Sehr viel hängt also von der ehrenamtlichen Tätigkeit ab, und deshalb engagiere ich mich dafür, dass man die Rolle dieser Trainer, die Arbeit, die sie in ihren Städten und Gemeinden leisten, stärkt und mehr schätzt.

Vergangenes Jahr gab es in Polen eine familiäre Tragödie. Der achtjährige Kamil wurde von seinem Stiefvater so schwer misshandelt, dass er gestorben ist. Daraufhin ist ein neues Gesetz erlassen worden: das „Lex Kamilek“ zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Und daraus folgt auch für den Sport, für die freiwillige Feuerwehr, für alle Bereiche, in denen wir es mit Kindern zu tun haben, ziemlich viel. Dazu gehört auch durchaus so etwas wie die Stärkung des Frauenanteils im Sport; auch dort müssen wir Fortschritte machen. Es gab Dinge, die vernachlässigt wurden, und es kam zu unguten Situationen in den Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern im Sport. Auch das soll jetzt in der Novellierung des Gesetzes über den Sport gestärkt werden.

Was die Teilnahme an Sportangeboten anbelangt: Etwa 30 % der Kinder und Jugendlichen nehmen ein- bis zweimal pro Woche an organisiertem Sport teil.

Zu den neuen Sportarten: Im Moment habe ich keine Idee. Im vergangenen Jahr haben wir in Krakau in Kleinpolen die dritten Europaspiele ausgerichtet. Da gab es zum Beispiel Sommerskispringen. Auch gibt es Wettbewerbe im Gravelbikefahren. Das ist in Polen ziemlich beliebt, und viele Menschen kommen zu den Rennen. Aber ich glaube nicht, dass das für die Olympiade geeignet ist, denn neben den Sportlern ist die Ausrüstung entscheidend, und das ist nicht das, worum es bei Olympia geht.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Sie hatten erwähnt, dass in Sydney viele neue Sportstätten gebaut worden sind. Gleiches hat Deutschland 1972 auch gemacht, und jetzt diskutieren wir darüber, dass wir die Sportstätten nach 50 Jahren sanieren müssen. Wobei ich glaube, dass wir nicht nur sanieren, sondern auch in Neubauten investieren müssen, um weiterhin flexibel zu sein. Ich selbst komme aus dem Sport, bin sehr sportlich und weiß, welche positiven Auswirkungen der Sport mit sich bringt. Ich hoffe, dass wir auch mit Blick auf die Olympia-Bewerbung tatsächlich den Mut haben, etwas Positives für unseren Sport zu schaffen.

Sie haben die 33 Olympia-Medaillen angesprochen und die Summe, Gott sei Dank, ein wenig relativiert. Es sind viele Medaillen, aber nicht im Vergleich zu der Zahl von Medaillen, von der wir kommen. Wir werden stark dafür kritisiert, dass wir „nur“ 33 Medaillen bekommen haben. Ich glaube, die Wurzel des Problems liegt auch hier darin, dass man zu wenig in den Sport investiert, um später Spitzensportler hervorzubringen, die dann die Medaillen nach Hause bringen.

Sie hatten vorhin gesagt, wie Sie Ihre olympischen Athleten später unterstützen. Können Sie diese 1000 Euro in Relation zu einer üblichen Rente in Polen setzen? Ist das viel oder ist das wenig Geld?

Tadeusz Tomaszewski: Ich habe kurz überprüft, wie die durchschnittliche Rente in Polen aussieht. Sie beträgt 4 300 PLN. Es ist also das gleiche Niveau. Aber für die normale Rente muss man als Mann 65 Jahre alt sein und die Beiträge gezahlt haben. Ein Sportler braucht nur 40 Jahre alt zu sein, muss eine Medaille gewonnen und seine Karriere beendet haben. Natürlich wird auch diese Leistung jedes Jahr aufgewertet, so wie im Zivildienst oder bei den Beamten. Wenn bei anderen diese Leistung aufgewertet wird, dann auch bei der Olympia-Rente. Der Sportminister hat die Mittel in seinem jährlichen Haushalt, und die Gelder werden dann aus diesem Fonds ausgezahlt.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Dann würde mich interessieren, wie Sie das Ehrenamt weiterhin attraktiv halten. Sie hatten von einer Unterstützung in Höhe von 200 bis 500 Euro gesprochen. Gibt es ausreichend viele Menschen, die sich ehrenamtlich für den Sport engagieren?

Apoloniusz Tajner: Ich engagiere mich sehr stark dafür, dass die Trainer in den Clubs eine systematische Unterstützung bekommen, eine Finanzierung seitens der Regierung, die dann durch die Selbstverwaltung der Clubs erreicht, damit die Clubs die Mittel dafür haben, einen Trainer zu engagieren. Wir sind uns bewusst, dass so ein Trainer nicht Vollzeit arbeitet. Aber wenn man den Stundensatz anheben würde und jeder Club Mittel dafür hätte, einen Trainer zu engagieren, der auch dann mehr verdienen würde, würde das dazu führen, dass mehr Sportler, mehr Menschen mit sportlicher Erfahrung, mit Qualifikationen, die als Trainer oder Sportlehrer arbeiten können, im Sport bleiben und in Clubs arbeiten würden. Aus diesen Clubs kommen dann letztlich Nationalsportler, Olympiasportler. Wenn das System nicht funktioniert, bekommen die Sportler weniger Medaillen, wenn es gut funktioniert, mehr. Deswegen suchen wir nach einer Möglichkeit, die Gelder dafür zu bekommen. Es wären dann 5 000 bis 6 000 PLN.

Die Arbeit mit den Ehrenamtlichen ist vor allem die Arbeit mit Sportlehrern, mit Eltern und mit Personen, die eine bestimmte soziale Position haben. Sie sind im Stadtrat oder bekleiden ein Amt und sind in einem Sportclub tätig. Ich bin zum Beispiel in der Volksvereinigung tätig, also in einem Verband, der in ländlichen Gebieten tätig ist und dort Sport fördert. Dort sind die Ehrenamtlichen alles. Die Ehrenamtlichen bereiten das Spielfeld vor, waschen die Trikots, sind Trainer. Sie sind sozusagen positiv verrückt. Es kommt also schon auf die lokale Politik an, wie sie unterstützt, wie sie dazu ermuntert, dass die Menschen ihre Freizeit, die Zeit, die sie für ihre Familie haben, auch für Sport verwenden.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Ich würde gern zum Ende das Stichwort „E-Sports“ nennen. In den Augen vieler ist das kein Sport und hat nichts mit körperlicher Ertüchtigung zu tun. Wie wird das in Polen gesehen?

Tadeusz Tomaszewski: Tatsächlich entwickelt sich der E-Sport gerade sehr. Es gibt Wettbewerbe im Spodek in Katowice, die mehrere Tausend Teilnehmer aus ganz Europa nach Katowice bringen. Es gibt auch einen Verband für diese Sportart. Die Meinungen dazu sind aber unterschiedlich, vor allem, weil es eine Art intellektueller Wettbewerb ist. Der vorherige Vorsitzende des Olympischen Komitees hatte bekanntlich auch eine Meinung dazu. Vor dem Hintergrund dessen, was wir im Alltag erfahren, dass man, anstatt sich zu bewegen, am Computer sitzt oder am Handy spielt, gibt es keine eindeutige Entscheidung des Staates, ob das unterstützt werden soll

oder nicht. Aber auch ohne zusätzliche Unterstützung entwickelt sich diese Sportart stark. Es geht offenbar auch so.

Gespräch mit Vertretern der Stadt Lubaczów

Der **Ausschuss** trifft sich mit Vertretern der Stadt Lubaczów, Partnerstadt der niedersächsischen Gemeinde Tostedt. Die Ausschussmitglieder sprechen mit Bürgermeister **Krzysztof Szpyt** und **Artur Pachla**, Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft, über die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Stadt, die Effekte des EU-Beitritts Polens auf den Ort sowie über die Entwicklung der Stadt und Herausforderungen und Chancen mit Blick auf den demografischen Wandel, die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt.⁶

⁶ Das Gespräch wird in polnischer und in deutscher Sprache geführt. Danuta Rakoczy-Szpyt, Ehefrau des Bürgermeisters, fungiert als Dolmetscherin.

*52. Sitzung am 4. September 2024***Besuch des polnisch-ukrainischen Grenzübergangs Budomierz**

Der **Ausschuss** fährt zum ukrainisch-polnischen Grenzübergang Budomierz. Dort sprechen die Ausschussmitglieder mit dem Leiter der Grenzstelle, **Oberstleutnant Zbigniew Mikus**, und seinem Stellvertreter **Major Ireneusz Pępuś**. Der Grenzübergang, in dem sowohl der Grenzschutz als auch der Zoll untergebracht sind, wurde 2013 fertiggestellt und nach EU-Standards errichtet. Die Baukosten haben rund 140 Millionen PLN betragen. Rund 200 Mitarbeitende des Grenzschatzes sind für den Übergang und einen Grenzabschnitt von 16 km zuständig. Die ukrainischen und die polnischen Behörden arbeiten dort eng zusammen.

Neben der Kontrolle des Grenzverkehrs finden auch Schulungen für Zoll und Grenzschatz statt. Dafür werden entsprechende Räume vorgehalten. Auch ein Lageraum und Zellen für illegal Einreisende sind vorhanden. Allerdings habe es bislang erst sehr wenige Fälle von illegalen Einreisen über die Grüne Grenze gegeben, berichtet **Oberstleutnant Zbigniew Mikus**.⁷

Der Grenzübergang ist auf den Autoverkehr ausgerichtet. Busse und Lkw bis 7,5 t werden ebenfalls abgefertigt. Ein Wartesaal für Businsassen ist geplant. Eine Grenzüberquerung zu Fuß findet nur in Ausnahmefällen statt, beispielsweise nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine.

Besuch der Stadt Lubaczów

Der **Ausschuss** besucht das **Kresy Museum**, das die Geschichte der Region Ostpolen nachzeichnet. Ferner besichtigen die Ausschussmitglieder das **Aquasfera**, das moderne Schwimmbad der Stadt, das mit Solarenergie betrieben wird und dessen Bau mit EU-Mitteln gefördert wurde.

⁷ Das Gespräch wird in polnischer und in deutscher und Sprache geführt. Artur Pachla, Vorsitzender der deutsch-polnischen Gesellschaft Lubaczów, fungiert als Dolmetscher.

*53. Sitzung am 5. September 2024***Briefing durch das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland Krakau**

Konsulin **Dagmar Hillebrand** begrüßt den Ausschuss im Generalkonsulat. Sie und Protokollreferentin **Aleksandra Barchańska** informieren die Ausschussmitglieder über die politische Situation in der Woiwodschaft Kleinpolen, in deren Sejmik die PiS die Mehrheit hat und dort auch den Marschall stellt.

In dem Gespräch kommen folgende Themen zur Sprache:

- das polnische System der Woiwodschaften sowie deren Zuständigkeiten und Kompetenzen,
- die polnische Parteienlandschaft,
- die innerparteilichen Konflikte in der PiS der Woiwodschaft Kleinpolen und den angrenzenden Woiwodschaften Heiligkreuz und Karpatenvorland,
- Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Krakau und Umgebung,
- die Bedeutung der katholischen Kirche und von Papst Johannes Paul II. in Polen bzw. Krakau,
- das Verhältnis Polens zu Deutschland, der EU, Russland und den USA,
- die Auswirkungen des Angriffs Russlands auf die Ukraine und
- die Rolle des Konsulats als Durchgangsstation für Reisen von Diplomatinen und Diplomaten sowie Politikerinnen und Politikern in die Ukraine.

*54. Sitzung am 5. September 2024***Gespräch mit dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Kleinpolen**

Der Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Kleinpolen, **Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda**, begrüßt den **Ausschuss** im Marschallamt der Woiwodschaft und stellt die anderen anwesenden Vertreter der Woiwodschaft vor.⁸ Die weiteren Gesprächspartner sind:

- **Jan Wiesław Duda**, Mitglied des Sejmik der Woiwodschaft Kleinpolen und Mitglied des Umweltausschusses,
- **Miroslaw Drózdź**, Mitglied des Sejmik der Woiwodschaft Kleinpolen und Leiter des Ausschusses für Familie und Soziales,
- **Krzysztof Sułowski**, stellvertretender Direktor des Arbeitsamtes der Woiwodschaft Kleinpolen, und
- **Michał Ciechowski**, Direktor der Sejmik-Kanzlei.

Im Folgenden erläutert **Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda** die Struktur der Verwaltung von Kleinpolen und die jeweiligen Zuständigkeiten von Sejmik, Marschall und Woiwoden. Ferner gibt er einen Überblick über das polnische Staatswesen und erklärt die Funktionsweise sowie die Finanzierung des aus drei Ebenen - Gemeinden, Kreise, Woiwodschaften - bestehenden polnischen Systems.

Anschließend stellt Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD) den Ausschuss und seine Aufgaben sowie die Schwerpunkte der Reise vor und skizziert die Verbindungen Niedersachsens zu Polen.

Auf die Frage der Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE) nach der Anerkennung von Berufsabschlüssen ausländischer Arbeitnehmer führt **Krzysztof Sułowski** aus, dass es auch in Polen diesbezüglich Probleme gebe, insbesondere aufgrund der Sprachbarriere. Zwar würden Beratung und Übersetzungshilfe angeboten, dies falle aber nicht in den Aufgabenbereich der Woiwodschaft. Letztlich lägen der Arbeitsmarkt und die Anerkennung von Abschlüssen von ausländischen Arbeitssuchenden im Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung. Allerdings sei in diesem Jahr das Programm „Lebe und arbeite“ mit einem Budget von 19 Millionen PLN aufgesetzt worden, das bis 2029 laufen solle. Es adressiere Flüchtlinge von außerhalb der EU; in der Praxis seien das in erster Linie Ukrainerinnen und Ukrainer. Mit den Mitteln würden zum Beispiel Arbeitgeber unterstützt, die Flüchtlinge beschäftigten, indem die Arbeitskosten für drei Monate übernommen würden. Ferner entstehe gerade ein Integrationszentrum als erster Anlaufpunkt für arbeitssuchende EU-Ausländer.

Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda ergänzt, dass zwar die Zentralregierung für die Migrationspolitik zuständig sei, der Woiwodschaft allerdings umgewidmete EU-Mittel für den sogenannten humanitären Schild zur Unterstützung der Bevölkerung der Ukraine zur Verfügung gestellt worden seien. Dieser Schild umfasse Bereiche wie Transport, Arbeitsmarkt, Bildung, Sozialpolitik und NGOs.

⁸ Das Gespräch wird in polnischer und in deutscher Sprache geführt und durch Dolmetscherin Danuta Bułatecka-Gąszcz konsekutiv übersetzt.

Jan Wiesław Duda fügt hinzu, man müsse zwischen den Menschen aus der Ukraine und anderen ausländischen Personen unterscheiden. Letztere bräuchten ein Visum und eine Arbeitsgenehmigung, um in Polen zu arbeiten. Diese müsse vom Arbeitgeber bei der zentralen Verwaltung beantragt werden. Insofern kämen Arbeitsmigranten häufig bereits gezielt nach Polen.

Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda führt anschließend zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung Polens, der niedrigen Arbeitslosenquote und dem entsprechend großen Bedarf an Arbeitskräften aus. Allerdings würden auch viele qualifizierte Arbeitskräfte, wie beispielsweise Pflegepersonal, Polen verlassen. Insofern sei es wichtig, durch gute Arbeitsbedingungen konkurrenzfähig zu bleiben.

Im Übrigen sei Polen ein gutes Beispiel für Integration. Das Land habe bei einer Bevölkerung von 37 Millionen Menschen in den vergangenen zwei Jahren 3 Millionen Menschen aufgenommen. Das entspreche etwa 8 % der Gesamtbevölkerung. Dabei seien nicht nur Menschen aus der Ukraine gekommen, sondern auch aus dem Fernen Osten, aus Indien und Vietnam. Bis vor Kurzem seien alle Migranten legal nach Polen gekommen. Nun gebe es erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgrund der Situation an der Grenze zu Belarus Probleme.

Ziel sei es, reguläre Migranten so gut wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die Qualifikation der Menschen so anzupassen, dass sie in ihrem eigentlichen Beruf arbeiten könnten. Dies versuche man durch Maßnahmen wie die ständige Diagnose des Arbeitsmarktes, durch ein Arbeitsmarkt-Barometer oder der Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu erreichen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) fragt, wie es von der polnischen Bevölkerung aufgenommen worden sei, dass EU-Mittel nun für die Integration von Flüchtlingen umgewidmet worden seien, und inwiefern sich das öffentliche Leben durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und die dadurch verursachte Bedrohungslage verändert habe.

Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda gibt einen Überblick über die polnisch-ukrainische Geschichte und beschreibt die territorialen Veränderungen beider Länder über die Jahre und stellt fest, trotz der wechselhaften Geschichte hätten die Polen die Flüchtlinge aus der Ukraine mit offenen Armen aufgenommen. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen seien sehr gut. Zwar stelle die Partei Konfederacja die Unterstützung der Ukraine infrage, aber die polnische Regierung vertrete eine andere Haltung. Die Mittel für die Integration von Flüchtlingen stammten auch aus Mitteln, die zum Beispiel während der Coronapandemie nicht in den Kulturbereich hätten fließen können, hinzu kämen Haushaltsmittel.

Abschließend erkundigt sich Abg. **André Bock** (CDU), ob Dr. Duda konkrete Wünsche an Niedersachsen das deutsch-polnische Verhältnis betreffend habe.

Prof. Dr. Jan Tadeusz Duda sagt, er wünsche sich ein stärkeres Interesse der Deutschen an der Geschichte Polens und des Ostens. Denn die Historie nicht zu kennen, führe zu Vorurteilen. Ein weiterer Wunsch sei, dass Deutschland Polen als gleichwertigen Partner auf Augenhöhe betrachte und nicht als das arme Land im Osten. Das heutige deutsch-polnische Verhältnis bewerte er grundsätzlich als sehr gut. Letztlich seien auch sehr viele Polen nach Deutschland ausgewandert. Polen seien Menschen, die überall zurechtkämen, sehr kreativ seien und aus dem Nichts etwas schaffen könnten. Insofern könne Deutschland durchaus auch von Polen lernen.

Jan Wiesław Duda fügt hinzu, auch er wünsche sich einen partnerschaftlichen Umgang zwischen Polen und Deutschland. Die Polen seien sehr stolz auf ihre 1000-jährige Geschichte und wollten ernst genommen werden. Er hoffe, dass Deutschland und Polen künftig noch stärker an einem besseren Verständnis füreinander arbeiteten.

* * *

*55. Sitzung am 6. September 2024***Besuch des Staatlichen Museums und der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau**

Der **Ausschuss** besucht im Rahmen eines geführten Rundgangs das Vernichtungslager Auschwitz II - Birkenau sowie das Stammlager Auschwitz I. Im Namen der Landtagspräsidentin legt Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD) einen Kranz an der „Schwarzen Wand“ im Stammlager nieder, um den dort Hingerichteten zu gedenken. Ferner stellt sie ein Grablicht am Internationalen Denkmal für die Opfer des Lagers in Auschwitz-Birkenau auf.

Besuch der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim

Der **Ausschuss** besucht die Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim. Bei einem Arbeitessen tauschen sich die Ausschussmitglieder mit der Direktorin **Joanna Kłęczar-Déodat**, dem Leiter der Bildungs- und Programmabteilung, **Jerzy Wójcik**, sowie Bildungsreferentin **Elżbieta Pasternak** über die Arbeit der Jugendbegegnungsstätte aus.

Im Anschluss werden sie von Projektkoordinator **Jérôme Déodat** durch den Ausstellungspavillon „Birkenau“ geführt, den Gerhard Richter gestaltet hat und in dem Fotoverversionen seines Gemäldezyklus „Birkenau“ dauerhaft zu sehen sind.

Besuch der Auschwitz Jewish Center Fondation

Der **Ausschuss** besucht die Auschwitz Jewish Center Fondation in Auschwitz. Dort werden sie von Kurator **Dr. Artur Szyndler** durch das Jüdische Museum sowie durch die Synagoge geführt und über die Geschichte des jüdischen Lebens in Auschwitz sowie die Arbeit der Stiftung informiert.
